
KURDISTAN REPORT
Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten
conseil de l'europe, cour europeenne
droits de l'homme, c.p.t mettez fin
LIBERTÉ POUR ÖCALAN
STATUT POLITIQUE
POUR LE PEUPLE KURDE !
Nr. 161 Mai/Juni 2012
2,50 €

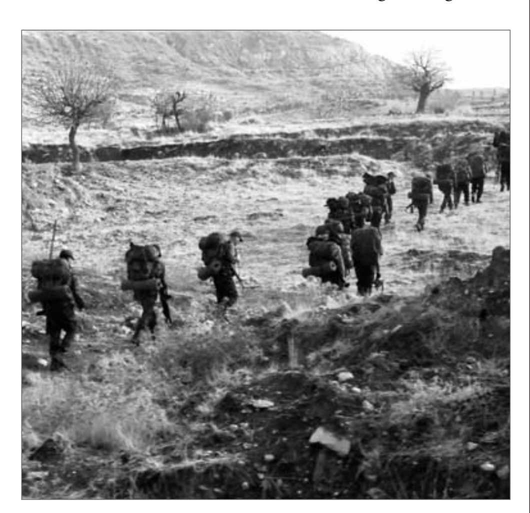
Im Kurdistan Report Nr. 161 Mai/Juni 2012 berichten wir über:



Straßburg: Mit einer Pressekonferenz haben die Hungerstreikenden ihre Aktion am 52. Tag erfolgreich beendet. Foto: ANF



Das Newrozfest musste in diesem Jahr von Jung und Alt gegen die türkischen Sicherheitskräfte durchgesetzt werden. Foto: Hamburger Delegation



Die Operationen des türkischen Militärs nehmen mit der Schneeschmelze kontinuierlich zu. Foto: DIHA

Liebe Leserinnen und Leser,

gerade erreicht uns die Meldung, dass die 15 HungerstreikaktivistInnen in Straßburg am 52. Tag den Streik beendet haben. Am 1. März haben sie die Initiative in die Hand genommen, und wie sie selbst sagen, mit dem vordersten Ziel, „das Gefängnissystem Imralı und die verschärfte Isolationspolitik [*die gegen Abdullah Öcalan angewandt wird*] für die Öffentlichkeit aufzudecken und die entsprechenden Institutionen diesbezüglich dazu zu bewegen, ihren Aufgaben nachzukommen“. Sie beenden diese Hungerstreikphase mit erhobenem Kopf, denn sie sehen, „dass gegenüber den legitimen Forderungen des kurdischen Volkes bei den entsprechenden Institutionen ein Bewusstsein geschaffen worden ist. Zudem sehen wir auch, dass ein großer Freundschaftskreis der Solidarität mit dem kurdischen Volk und seiner Freiheitsbewegung entstanden ist“. Dies ist eine positive, richtige Bewertung dieser Aktionszeit.

In dieser Zeit des Hungerstreiks konnten ca. 14 000 Unterschriften von Menschen gesammelt werden, die sich mit den Forderungen solidarisch erklärt haben. Etwa 10 000 Menschen kamen in dieser Zeit nach Straßburg, um sich mit den Hungerstreikenden zu solidarisieren. 350 Freundinnen und Freunde haben sich in dieser Zeit dem Hungerstreik für jeweils fünf Tage angeschlossen. Außerdem wurden in vielen Städten befristete Solidaritätshungerstreiks durchgeführt. Es gab Demonstrationen und Kundgebungen und andere Aktivitäten, um den legitimen Forderungen der KurdInnen Nachdruck zu verleihen. Neue Kontakte entstanden, bestehende konnten vertieft werden.

Es ist gut, dass die FreundInnen die Aktion beendet haben, denn 52 Tage, ohne Nahrung zu sich zu nehmen, sind eine lange Zeit und gehen an die körperliche Substants. Vier der FreundInnen mussten in dieser Zeit in ein Krankenhaus eingeliefert werden, weil ihr Körper schon zu stark geschwächt war. Und trotzdem haben sie sich weiter an der Aktion beteiligt. Zu hoffen ist, dass keine körperlichen Schäden zurückbleiben.

In den Gefängnissen der Türkei waren inhaftierte PKK- und PJAK-Mitglieder seit dem 15. Februar in einem unbefristeten Hungerstreik. Deniz Kaya erklärte am 20. April für die Gefangenen: „… Solange die Isolation Öcalans, die Festnahmewellen gegen die Bevölkerung und das Verbot für die kurdische Sprache anhalten, wird der Widerstand in aller Härte weiter anhalten, auch wenn die Hungerstreikaktion in den Gefängnissen nun zunächst ein Ende gefunden hat“. Deniz Kaya bedankte sich im Namen aller Hungerstreikenden für die Unterstützung des kurdischen Volkes und der Völker der Türkei. Vor allem die revolutionäre und demokratische Öffentlichkeit habe eindrucksvoll ihre Solidarität gegenüber dem Hungerstreik bekundet.

Aber noch einmal zu den Hungerstreikenden von Straßburg. Denn sie müssen auch realistisch einsehen, dass die zentralen Forderung materiell noch nicht ihr Ziel erreichen konnten, aber: „Die Forderungen nach der Sicherstellung der Gesundheit und seiner Sicherheit sowie der Freiheit Öcalans werden in Form einer Kampagne anhalten. Wir sehen, dass das wichtigste Standbein dieser Kampagne, und zwar das Bewusstsein darüber, dass die Freiheit möglich ist und nur durch den Widerstand erreicht werden kann, geschaffen wurde.“

Die kurdische Bevölkerung ist auf den Beinen, auch zu Newroz hat sie gezeigt, dass sie sich von der AKP-Regierung nicht weiter unterjochen lässt. Diese hatte mit Verboten der Newrozfeierlichkeiten die Menschen provoziert und musste eine derbe Niederlage einstecken. Überall in den Regionen, in denen die Feierlichkeiten verboten waren, setzte sich die Bevölkerung gegen eine große Übermacht von türkischen Sicherheitskräften durch und feierte selbstbestimmt und in Eigeninitative ihr Widerstandsfest.

Schließen wir uns den Forderungen der kurdischen Bevölkerung nach einem gerechten Frieden, der nur über ein Ende der Isolationspolitik gegen Abdullah Öcalan und die Freiheit aller politischen Gefangenen führt, an.

Die Redaktion

Aktuelle Bewertung

Die kurdische Politik im Mittleren Osten verstehen

Nilüfer Koç

Die Kurden sehen zu können hilft auch, die kurdische Politik zu verstehen. Seit der Teilung Kurdistans durch den Vertrag von Lausanne von 1923 kommen sie stets als Opfer der Brutalität der kolonialen Mächte vor. Von ihnen war immer in Zusammenhang mit der Repressionspolitik der kolonialen Machthaber zu hören. Die kurdischen Aufstände, die sich ab und zu Gehör verschafften, gingen als Reaktionen auf die Unterdrückung in die Geschichte ein. Infolgedessen wurde das Bild, wenn es um Kurdistan ging, von aktiven und agierenden Protagonisten, sprich regionalen und globalen Staaten, und passiven und reagierenden Faktoren, wie den Kurden, geprägt. Infolge der Lausanner „Teile-und-herrsche-Politik" wurde die Instrumentalisierung der kurdischen Fragen, somit der Kurden, seitdem zu einem festen Bestandteil der internationalen Diplomatie. Dieses Bild, das sich bis heute aufdrängt, stellt gegenwärtig ein gravierendes Problem dar, wenn es darum geht, die kurdische Politik im Mittleren Osten zu verstehen.

Am Status der Kurden darf sich nichts ändern | Dass sowohl die globalen als auch die regionalen politischen Akteure diesem Bild treu bleiben, ist nachvollziehbar. Denn ein wesentliches Ziel der westlichen Mächte mit dem Lausanner Vertrag war es, die kurdische Tragödie ungelöst zu lassen, damit die Kurden in Form der kurdischen (Spiel-)Karte jederzeit zugunsten der westlichen Interessen gegen die Lokalmächte einsetzbar waren. Die westlichen Mächte tun auch alles, damit dieser Status quo in der gegenwärtig in der Region wütenden rasanten Veränderungswelle gewahrt bleibt. Am Status der Kurden darf sich nichts ändern, heißt daher die gemeinsame Devise der Global Player. Die Kurdinnen und Kurden müssen im Veränderungsprozess in der Türkei, in Syrien und im Iran schweigen. Auch müssen sie die mittlerweile paranoide Welle der Massenfestnahmen durch die türkische Regierungspartei AKP als ihr Schicksal hinnehmen. Ganz zu schweigen davon, dass sie mundtot gemacht werden sollen. Die Tatsache, dass die AnwältInnenbesuche beim kurdischen Volksführer Abdullah Öcalan seit dem 27. Juli 2011 untersagt sind, ist in diesem Zusammenhang eine klare Botschaft. Den Kurden wird zu verstehen gegeben, sich der Interessenpolitik der Mächtigen zu fügen, damit der Status quo des Lausanner Vertrages aufrechterhalten bleibt. Es gibt daher keine andere Erklärung, warum der Europarat, das Antifolterkomitee CPT und die zuständigen EU-Gremien ihrer Verantwortung nicht gerecht werden und warum sie schweigen zur Totalisolation Öcalans, zur Festnahme Tausender kurdischer PolitikerInnen, zur sexuellen Misshandlung kurdischer Kinder und Jugendlicher in den Gefängnissen, zur bestialischen Ermordung von 34 kurdischen Zivilisten in Roboski und zu den Militäroperationen der türkischen Armee, die mehrfach Gebrauch gemacht hat von verbotenen chemischen Waffen gegen die kurdische Guerilla. Die Türkei verübt systematisch Menschenrechtsverletzungen, und das internationale Schweigen ermutigt die AKP, den politischen Genozid, d. h. die Ausschaltung Tausender durch Verhaftung, fortzusetzen. Um die Mauer des Schweigens um Kurdistan zu durchbrechen, vor allem um gegen die internationale Drohung gegen die Kurden die Stimme zu erheben, haben 15 kurdische Frauen und Männer am 1. März einen unbefristeten Hungerstreik in der Hochburg des Europarates in Straßburg begonnen. Ihre Forderung ist klar: Freiheit für Öcalan – Anerkennung eines politischen Status für Kurdistan. Auch weitere Millionen von Kurdinnen und Kurden machen sich diese Forderungen zu eigen.

Die Strategie der Kurden | Seit nun mehr als 30 Jahren sagen die Kurdinnen und Kurden, dass sie sich geändert haben. Sie wollen die Anerkennung ihrer Existenz als Volk. Sie wissen, dass Kurdistan für einen neuen Mittleren Osten immer wichtiger wird, und sie wissen, dass ihre Politik der Neugestaltung einen maßgeblichen Einfluss auf die Region haben wird.

Im Schatten der internationalen wie regionalen Politik jedoch wird der kurdische Faktor umso attraktiver, da die Kurden aufgrund der Überzeugungskraft von Abdullah Öcalans Strategie über einen eigenen Weg, einen eigenen Lösungsansatz verfügen. Nämlich den dritten Weg. Den Versuch eines entgegen der politischen Kontroverse zwischen den regionalen und globalen Mächten auf Dauerhaftigkeit basierenden politischen Weges. Vor allem aber ist der dritte Weg auf die Stimme, Wünsche und Forderungen der Völker ausgerichtet. Der dritte Weg der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK setzt gerade auf diejenigen, die die Machtpolitik übersieht oder nicht ausreichend zur Kenntnis nimmt. In Kurdistan hat sich in den letzten Jahren der dritte Weg unter den KurdInnen in der Türkei, im Iran, Irak und in Syrien als eine gesellschaftliche Alternative radikal durchgesetzt. Inmitten des politischen und gesellschaftlichen Chaos des Mittleren Ostens

erarbeiten die Kurden die praktische Grundlage des im UN-Sinne auch für die Kurden gültigen Rechts, nämlich des Rechts auf Selbstbestimmung. Die kurdische Lösung, als Demokratische Autonomie definiert, hat in Kurdistan Fuß gefasst. Aus diesem Grunde ist die politische Forderung daher längst keine nur verbale Forderung mehr. Im Gegenteil: Millionen Frauen bekräftigten dies am 8. März in ganz Kurdistan. Wenige Tage später erfolgte die Bestätigung auf nationaler Ebene auf den Newroz-Kundgebungen.

8. März und Newroz 2012: Höhepunkt des neuen kurdischen Selbstbewusstseins | Es ist keine Besonderheit mehr, dass Kurdinnen am 8. März, dem internationalem Frauentag, und das kurdische Volk insgesamt am kurdischen Nationalfeiertag Newroz durch aktive Teilnahme ihre Forderungen kundtun. Doch sowohl der 8. März 2012 als auch das diesjährige Newroz-Fest waren etwas Besonderes. Angesichts der Tatsache, dass mehr als 6 000 kurdische Politiker und Politikerinnen – MenschenrechtsaktivistInnen, AnwältInnen, JournalistInnen, BürgermeisterInnen, ParlamentarierInnen – inhaftiert sind, ging die kurdische Bevölkerung ohne politische Führung auf die Straßen. Fazit ist, dass KurdInnen sich selbst leiten können, da sie über ihre eigenen lokalen Selbstorganisierungsstrukturen verfügen. Ein weiteres Fazit ist: Millionen gingen auf die Straßen und Barrikaden, obwohl es keine AktivistInnen mehr gab, die sie wie in den Jahren zuvor mobilisierten.

Was die diesjährigen Newroz-Feierlichkeiten außerdem zu etwas Besonderem machte, war der Fakt, dass die AKP-Regierung sämtliche Kundgebungen per Innenminister-Dekret hatte verbieten lassen. Für die Durchsetzung des Verbots waren zusätzliche Polizei- und Militäreinheiten nach Kurdistan beordert worden. Millionen von Kurdinnen und Kurden erklärten dieses Verbot im vollen Bewusstsein für nichtig, obwohl das AKP-Regime zuvor über die türkischen Medien tagelang Drohungen verbreitet hatte. Millionen haben daher mit Newroz die Ablehnung der türkischen Staatsautorität manifestiert.

Bemühungen für eine gesamtkurdische Nationalkonferenz | Es ist offensichtlich, dass Millionen von Kurdinnen und Kurden sowohl der kurdischen als auch der internationalen Politik eindeutige Signale gegeben haben: Erstens, dass sie die Autorität des AKP-Regimes nicht mehr anerkennen. Zweitens gaben sie deutlich zu erkennen, dass sie bereit sind, für ihre Forderungen alle Risiken auf sich zu nehmen. Nun muss die kurdische Politik, aufbauend auf dieser historischen Haltung der Bevölkerung, auf diplomatischer Ebene noch mutiger und offensiver vorgehen. Ohne jeglichen Zweifel wird sich die kurdische Politik den Wünschen und Forderungen der Menschen nach Freiheit beugen, denn auch sie signalisiert ihre Bereitschaft, in der Phase der Umwälzungen die Interessen des kurdischen Volkes, die Freiheit, in der absolut komplizierten politischen Balance des Mittleren Ostens durchzusetzen. Die Stimmen für eine einheitliche, das heißt nationale kurdische Politik werden immer lauter. In diesem Zusammenhang gibt es Bemühungen, den Debatten über eine gesamtkurdische Nationalkonferenz praktische Schritte folgen zu lassen. Eine solche Konferenz hat große Realisierungschancen. Erstens, weil immer mehr kurdische Parteien sich durch die Forderungen der Bevölkerung nach einer gemeinsamen Politik unter Druck gesetzt sehen. Zweitens, weil viele Parteien in der Analyse der gegenwärtigen politischen und diplomatischen Entwicklungen im Mittleren Osten zu dem Konsens kommen, dass die Zeit für eine nationale Konferenz gereift ist.

Ein weiterer Grund dafür, warum gerade heute eine nationale Konferenz möglich ist, ist die klare kurdische Politik in der Frage des Zusammenlebens mit den Nachbarvölkern und selbstverständlich ihre Haltung zur territorialen Integrität der Staatsgrenzen der Türkei, Syriens, Iraks und Irans. Einheitliche kurdische Politik auf nationaler Ebene resultiert nicht aus dem Gedankengut eines kurdischen Nationalstaates, das Grenzverschiebungen impliziert. Wie auch am Beispiel Irakisch-Kurdistans oder der Forderungen der KCK nach Demokratischer Autonomie ablesbar, die kurdische Politik sieht mehr weitge-



Newroz 2012 in Amed: Trotz Verbot des Newrozfestes machten sich Hunderttausende auf den Weg, unter ihnen auch die gewählten PolitikerInnen und BürgermeisterInnen. Foto: Hamburger Delegation

hende lokale Selbstverwaltung vor. Genauso wie in der UN-Charta zur Selbstbestimmung formuliert. Diese Lösung ist nicht nur für die Türkei, den Iran, Syrien tragbar, sondern auch für die internationalen politischen Mächte.

AKP gegen kurdische Einheit | Auf Akzeptanz wird die westliche Politik, die auf die AKP als strategische Partnerin im Mittleren Osten setzt, bei den KurdInnen nicht stoßen. Konkret heißt das, keine Macht der Welt kann diese davon überzeugen, dass die AKP zum Beispiel in Syrien eine Politik praktizieren wird, die den KurdInnen nicht schadet. Nicht nur, dass die AKP seit dem 14. April 2009 einen systematischen Krieg in Form eines politischen Genozids gegen die KurdInnen in der Türkei führt, auch ihre gegenwärtige Politik im syrischen Teil Kurdistans richtet großen Schaden an. Mit geheimdienstlichen, wirtschaftlichen und polizeilichen Mitteln versucht sie permanent, die kurdischen Parteien in Syrien gegeneinander aufzuhetzen. Parallel dazu ist sie bemüht, die kurdische Regionalregierung im irakischen Kurdistan unter Druck zu setzen, damit die aktiver gegen die KCK vorgeht. Die AKP zieht systematisch gegen die Eventualität einer kurdischen Einheit ins Feld. Zugleich trachtet sie danach, das syrische und das iranische Regime durch Diffamierungen gegen die Kurden aufzustacheln. Der westlichen Welt gegenüber fährt sie eine ähnliche antikurdische Politik. Dabei arbeitet sie an der internationalen Diffamierung der PKK durch absichtliche Falschinformationen über deren angebliche Zusammenarbeit mit dem syrischen oder dem iranischen Regime. Ziel hierbei ist eindeutig ihre eigene Vermarktung. Es geht der AKP primär darum, mit allen Mitteln zu verhindern, dass die Kurdinnen und Kurden angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen ihre politischen Chancen auf ihre Freiheit verbessern können.

Ratsam ist es im gegenwärtigen Veränderungsprozess auch, auf die KurdInnen und ihre Vorschläge zu hören. Das kann für die Suche nach möglichen friedlichen Lösungen bereichernd sein. Das Investieren in die AKP heißt, die uralte kurdische Frage, als einen wesentlichen Konflikt des Mittleren Ostens, nicht in Richtung Frieden anzugehen, sondern als destabilisierenden Faktor offenzuhalten. Sowohl die systematisch steigende Bilanz der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei als auch die aggressive Politik gegenüber den Nachbarländern zeugen davon, dass die AKP bei der Neugestaltung der Region fehl am Platze ist. ♦

PKK- und PAJK-Gefangene beenden ihren Hungerstreik

Die inhaftierten PKK- und PAJK-Mitglieder, die sich seit dem 15. Februar im unbefristeten Hungerstreik befunden haben, haben erklärt, dass sie ihre Aktionen ab sofort beenden. Ausschlaggebend für diese Entscheidung seien die Reaktionen der Bevölkerung und der Aufruf der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK gewesen.

Die Verkündung der Beendigung des unbefristeten Hungerstreiks in den Gefängnissen der Türkei tätigte im Namen der PKK- und PAJK-Gefangenen Deniz Kaya. Kaya ging ausführlich auf die Beweggründe des Hungerstreiks ein und betonte hierbei aber auch, dass die Isolation Abdullah Öcalans weiterhin anhalte. Solange die Isolation Öcalans, die Festnahmewellen gegen die Bevölkerung und das Verbot für die kurdische Sprache anhalten, wird der Widerstand in aller Härte weiter anhalten, auch wenn die Hungerstreikaktion in den Gefängnissen nun zunächst ein Ende gefunden hat, so Kaya.

Kaya bedankte sich im Namen aller Hungerstreikenden für die Unterstützung des kurdischen Volkes und der Völker der Türkei. Vor allem die revolutionäre und demokratische Öffentlichkeit habe eindrucksvoll ihre Solidarität gegenüber dem Hungerstreik bekundet.

KCK-Exekutivkomitee hatte zur Beendigung der Hungerstreiks aufgerufen

Am Tag zuvor hatte das Exekutivkomitee der KCK sowohl an die Hungerstreikenden in den Gefängnissen der Türkei als auch an die Hungerstreikenden in Straßburg appelliert, ihre Aktionen neu zu bewerten und gegebenenfalls zu einem Ende zu bringen. Die Hungerstreikenden dürften den Grundsatz des PKK-Vorsitzenden Öcalan, dass gerade auch im Widerstand es möglichst zu keinen Todesfällen kommen dürfte, nicht außer Acht lassen. Aus Sicht der gewissenhaften Menschen, die an die Werte der Demokratie und Menschenrechte gebunden seien, habe die Aktion bereits ihre Mission erfüllt.

Zugleich kritisierte die KCK die Haltung des Europarates und des CPT. Diese würden durch ihre Tatenlosigkeit dazu beitragen, dass die AKP-Regierung in ihrer kurdenfeindlichen Politik gestärkt wird. Daher seien der Europarat und das CPT in ihrer gegebenen Position Unterstützer eben dieser Politik.

Hinsichtlich des Hungerstreiks in Straßburg wiederholte die KCK ihre bereits zuvor gemachte Aussage, dass die Initiative bei den Hungerstreikenden selbst liege. Allerdings habe die Aktion, die nun über 50 Tage anhält, ihren Zweck erfüllt. Die Hungerstreikenden sollten vor dem Hintergrund, dass der Vorsitzende wolle, dass im Widerstand möglichst keine Todesfälle in Kauf genommen werden sollten, ihre Situation nochmals neu bewerten.

Die KCK verkündete abschließend, dass die Hungerstreiks auch als eine Warnung an die AKP-Regierung verstanden werden sollten. Werde sich an den Isolationsbedingungen Öcalans sowie an der antikurdischen Politik der Regierung nichts verändern, werde die KCK ihren Widerstand auf allen Ebenen weiter erhöhen.

Quelle: ANF, 20.04.2012, ISKU

Hungerstreik in Straßburg nach 52 Tagen erfolgreich beendet

„Wir appellieren an diejenigen, die moralische Werte und ein Gewissen haben“

Martin Dolzer, Soziologe und Autor

Straßburg ist eine Stadt, die ich schon seit meiner Kindheit aufgrund ihrer Atmosphäre und Architektur geliebt habe. In einem Zelt vor der Kirche St. Maurice in Straßburg befinden sich seit dem 1. März 15 kurdische, in Europa lebende Intellektuelle, KünstlerInnen und PolitikerInnen in einem unbefristeten Hungerstreik. Sie wollen das Schweigen über die menschenverachtende Politik der Regierung Erdoğan gegenüber der kurdischen Bevölkerung aufbrechen. Wochentags haben die FreundInnen täglich Kundgebungen vor dem Sitz des Europarats oder des Europäischen Komitees zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung (CPT) veranstaltet.

„Wir haben uns dem unbefristeten Hungerstreik von 1 500 politischen Gefangenen in der Türkei, der seit Mitte Februar durchgeführt wird, solidarisch angeschlossen. Jede Woche nehmen rotierend ca. 35 weitere Menschen teil. Meist bleiben sie fünf Tage, um mit uns gemeinsam zu leben, zu diskutieren und ein kraftvolles Zeichen für den Frieden zu setzen“, erfahre ich im Gespräch mit Fuat Kav, dem Sprecher der Hungerstreikenden. Er verdeutlicht, dass die Haftbedingungen in der Türkei sich seit den achtziger Jahren nicht wesentlich verbessert haben. Erneut sind Folter und Misshandlungen an der Tagesordnung. Erst kürzlich wurde bekannt, dass in mehreren Gefängnissen, u. a. in Pozanti, auch Kinder systematisch von Wärtern und anderen Häftlingen vergewaltigt werden.

Nach der Motivation für die drastische Aktionsform des Hungerstreiks gefragt, erklärt Kav: „Es geht uns um die friedliche Lösung der kurdischen Frage. Seit den Kommunalwahlen 2009 ließ die Regierung Erdoğan im Rahmen der ‚KCK-Verfahren‘ mehr als 6 000 kurdische PolitikerInnen und MenschenrechtlerInnen festnehmen. Darunter befinden sich u. a. 6 ParlamentarierInnen, 31 BürgermeisterInnen, 36 AnwältInnen, über 100 JournalistInnen und unzählige Frauenaktivistinnen. Wir fordern ihre Freilassung. Der Aufbau demokratischer, kommunaler Strukturen wird zynischerweise als Terrorismus gewertet.“

Am 18.04. gaben die 15 KurdInnen, gemeinsam mit einer interfraktionellen Gruppe von 20 EuropaparlamentarierInnen, der kurdischen Abgeordneten Leyla Zana sowie dem Anwalt Nelson Mandelas, Essa Moosa, eine Pressekonferenz. Dazu versammelten sich gut 500 Menschen. „Wir kämpfen dafür, dass der Europarat politischen Druck auf die Türkei ausübt, die Menschenrechte einzuhalten. Es darf nicht sein, dass wirtschaftliche Interessen im Mittleren Osten höher bewertet werden als die Würde der Menschen und die Rechte der KurdInnen“, so die Hungerstreikenden in ihrer Erklärung.

Der Hungerstreik war bis dahin sehr erfolgreich. Für viele hundert Menschen, die die Aktiven aus Solidarität besuchten, wurde ein Raum der respektvollen Kommunikation geschaffen. Zudem hat die Aktion die in Europa lebenden KurdInnen mobilisiert. Letztendlich konnten auch die Verantwortlichen im Europarat und im Europaparlament nicht mehr dazu schweigen.

Bei der Pressekonferenz brachte die Gruppe der EuropaparlamentarierInnen ihre Solidarität mit den Hungerstreikenden und die Sorge um deren Leben zum Ausdruck. „Die verantwortlichen PolitikerInnen müssen bezüglich der Demokratisierung der Türkei sowie der Rechte der KurdInnen endlich handeln und nicht nur zahnlose Dokumente produzieren“, forderte die belgische Europaabgeordnete Frieda Brepoels.

„Die Türkei unterliegt als Mitglied des Europarats fundamentalen menschenrechtlichen und internationalen juristischen Instrumenten und Verträgen. Diesbezügliche Forderungen der Hungerstreikenden sind richtig, nachvollziehbar und erfüllbar“, erklärte Essa Moosa, der nach der Überwindung der Apartheid Richter am obersten Gericht Südafrikas war und die Verfassung des Landes entscheidend mitgestaltete. „Abdullah Öcalan ist derjenige, der wie Nelson Mandela in Südafrika in der Position ist, einen Weg zum Frieden zu bereiten. Jetzt wird dem Politiker seit acht Monaten selbst der Besuch von AnwältInnen und Verwandten verweigert“, so die Hungerstreikenden.

Sie fordern zu Recht, dass das Antifolterkomitee CPT sich sofort um seine Haftsituation und Gesundheit kümmern muss.

„In Südafrika inhaftierte das Apartheidsregime ca. 20 000 politische Gefangene. Darunter, wie derzeit in der Türkei, viele Kinder. Den Hungerstreikenden geht es neben den Grund- und Freiheitsrechten um einen Friedensdialog. Die wichtigste Organisation in diesem Dialog ist die PKK. Auch wenn diese zurzeit als terroristische Organisation gebrandmarkt wird, handelt es sich juristisch betrachtet um eine Befreiungsbewegung, die für die Rechte und die Freiheit der kurdischen Bevölkerung kämpft und mit dieser auf vielfältige Weise verbunden ist. Der ANC wurde auch sehr lange als terroristische Organisation eingestuft und später, im Rahmen der Überwindung der Apartheid, Mandela als Vertretung der Bevölkerung und der ANC als legitime Befreiungsbewegung anerkannt.

Die Realitäten müssen respektiert werden, um eine Gesellschaft transformieren zu können. Der türkische Staat und die kurdische Bewegung könnten aus unseren Erfahrungen lernen. Natürlich sind wir in Südafrika lediglich Schritte der Aufarbeitung gegangen und haben die Gesellschaft bisher noch nicht so weitgehend transformieren können wie erhofft. Ich befürchte jedoch, dass sich in der Türkei, wenn es nicht jetzt zu einem dialogischen Lösungsansatz in Bezug auf die für das Land zentrale kurdische Frage kommt, erneut ein verheerender Bürgerkrieg entwickelt", analysierte Essa Moosa.

Die Sacharow-Preisträgerin und Abgeordnete der Partei für Frieden und Demokratie (BDP), Leyla Zana, hatte sich u. a. mit dem EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz (SPD) sowie dem EU-Erweiterungskommissar Štefan Füle getroffen und mit ihnen die Türkeipolitik der EU und die Situation der Hungerstreikenden erörtert. Sie hatten sich daraufhin ebenfalls besorgt über das Schicksal der Hungerstreikenden geäußert und sie um eine Beendigung ihrer Aktion gebeten. Die Gespräche bezeichnete Zana als konstruktiv. Auf einer Pressekonferenz der Vereinigten Europäischen Linken im Europaparlament kritisierte sie die gewaltorientierte Politik der türkischen Regierung und äußerte sich besorgt: „Ich hoffe, dass der Schatten des Todes, der in der Türkei allgegenwärtig ist, nicht auch noch Straßburg erreicht."

„Ab dem 50. Tag beginnt eine sehr kritische Phase. Vier Hungerstreikende mussten ins Krankenhaus gebracht werden. Es steht zu befürchten, dass einige AktivistInnen nicht nur langfristig ihre Gesundheit verlieren, sondern auch sterben könnten", informierte der die Streikenden betreuende Arzt im Gespräch. Die Situation der in den türkischen Gefängnissen befindlichen 1500 politischen Gefangenen im Hungerstreik ist erheblich kritischer. Kemal Pir [*ein Mitbegründer der PKK*] sagte in einem Hungerstreik gegen die Folter in den türkischen Gefängnissen 1982: „Wir lieben das Leben so sehr, dass wir bereit sind, dafür zu sterben." Er starb am 4. Oktober 1982, dem 56. Tag des Hungerstreiks, Hayri Durmuş starb nur wenige Tage später. Auch Ali Çiçek und Akif Yılmaz verloren ihr Leben. Dieser Widerstand führte dazu, dass die Gefängnissituation in Amed (Diyarbakır) nach unerträglichem Leiden in der ganzen Welt bekannt wurde. Auch die Hungerstreiks der IRA-Gefangenen richteten sich gegen Folter in den berüchtigten H-Blocks. Bobby Sands starb am 5. Mai 1981 am 66. Tag, neun weitere Freiheitskämpfer starben kurz darauf. Die britische Regierung verbesserte daraufhin die Haftbedingungen. Beide Hungerstreikaktionen hatten den Widerstand erheblich gestärkt.

Am Freitag, den 20. April 2012 beendeten die Hungerstreikenden in den türkischen Gefängnissen ihre Aktion. Am 21. April folgten die Hungerstreikenden in Straßburg diesem Beispiel. Deniz Kaya erklärte im Sinne der politischen Gefangenen: „Wir beenden unseren Hungerstreik im Bewusstsein des öffentlichen Meinungsbildungsprozesses in Kurdistan, der Türkei und Europa sowie dem Aufruf unseres Vorsitzenden folgend, Tote im Verlauf dieser Widerstandsform zu vermeiden." Dies geschah aus einer Position der Stärke. Neben Stellungnahmen führender europäischer PolitikerInnen hatte sich unter anderem Erzbischof Tutu mit den Hungerstreikenden solidarisiert und die europäischen Herrschenden zu Zugeständnissen aufgefordert. In den Tagen seit dem 10. April hatten sich Protestaktionen von KurdInnen in ganz Europa intensiviert. Unter anderem wurden Schiffe auf dem Rhein und auf der Elbe in Hamburg besetzt. Besonders die Besetzung einer Hamburger Hafenfähre erzeugte auch bei weiten Teilen der Mainstream-Medien eine mehr oder weniger differenzierte Auseinandersetzung mit der Situation, den Forderungen der Hungerstreikenden und der kurdischen Frage.

Fragwürdig ist, wie weit die Europäische Union und der Europarat das Ziel haben, auf einen Dialog in der kurdischen Frage hinzuwirken. In Anbetracht der strategischen, außenpolitischen Zielsetzungen mit der Türkei als Energiedrehscheibe bei der kolonialen Neuordnung des Mittleren Ostens, anhaltenden Waffenexporten und der zunehmenden Kriminalisierung der in Europa politisch aktiven KurdInnen scheint das eher unwahrscheinlich. Die AKP dient weiter als Rollenmodell für einen neoliberalen, vermeintlich modernen Islam, der jedoch autoritär und feudalistisch ausgerichtet ist. Momentan geht es konkret auch um die Umgestaltung Syriens. Die türkische Regierung will in diesem Rahmen auf jeden Fall verhindern, dass sich in der Türkei basisdemokratische Strukturen im Rahmen der Demokratischen Autonomie entwickeln oder in Syrien die kurdische Bewegung gestärkt aus einer Neuaufteilung hervorgeht. Auch die westlichen Hegemonialmächte haben daran wenig Interesse.

„Wir appellieren an diejenigen, die moralische Werte und ein Gewissen haben. Der Widerstand der KurdInnen gegen die menschenverachtende Politik der AKP und der Kampf gegen lang anhaltendes Unrecht und Unterdrückung ist völkerrechtlich legitim und kein Terrorismus. Um den Menschen das bewusst zu machen, befinden wir uns im Hungerstreik", sagten die AktivistInnen bei meinem ersten Besuch. „Das habt Ihr kraftvoll unter Einsatz Eures Lebens erreicht. Die Impulse, die Ihr dabei gegeben habt, sind historisch und werden noch lange nachwirken. Euch Gesundheit und serkeftin! [*kurd.: viel Erfolg!*]", rufe ich Euch auf diesem Weg zu. ♦

(Martin Dolzer besuchte um den 30. und am 48. Tag die Hungerstreikenden in Straßburg.)



Straßburg: Pressekonferenz am 52. Tag des Hungerstreiks, auf der die 15 AktivistInnen die Beendigung des Streiks erklären. Foto: ANF

Straßburg: Erklärung zur Beendigung des Hungerstreiks

„Unser Hungerstreik, den wir am 1. März in Straßburg mit der Forderung ‚Freiheit für Öcalan, einen Status für Kurdistan' begonnen hatten, befindet sich heute im 52.Tag.

Wir, 15 AktivistInnen der ‚Initiative für die Freiheit Öcalans', bestehend aus fünf Frauen und zehn Männern, haben bei unserem Hungerstreik die Sicherstellung der Gesundheit und der Sicherheit sowie die Freiheit des Repräsentanten des kurdischen Volkes, Herrn Öcalan, in das Zentrum unserer Forderungen gestellt. Unsere dringlichste Forderung hierbei war die Durchbrechung der Isolation Öcalans. Unser Ziel war es, das Gefängnissystem Imralı und die verschärfte Isolationspolitik für die Öffentlichkeit aufzudecken und die entsprechenden Institutionen diesbezüglich dazu zu bewegen, ihren Aufgaben nachzukommen. Der deutlichste Beweis dafür, dass Institutionen wie der Europarat oder das CPT ihrer Aufgabe nicht gerecht werden, ist ihr Schweigen gegenüber der Tatsache, dass seit fast neun Monaten kein Lebenszeichen von Herrn Öcalan die Öffentlichkeit erreichen konnte. Weder seinen Familienangehörigen noch seinen AnwältInnen wird die Konsultation ermöglicht. Die aktuelle Phase ist dadurch gekennzeichnet, dass die Befürchtungen und Sorgen des kurdischen Volkes und seiner FreundInnen hinsichtlich der Situation von Herrn Öcalan ihren Höhepunkt erreicht haben.

Aus diesem Grund, also um dazu beizutragen, dass diese Sorgen der kurdischen Bevölkerung ausgeräumt werden können, um zu einem Sprachrohr der Forderungen des kurdischen Volkes zu werden, und um in der Gesellschaft eine Sensibilität gegenüber dieser Sachlage zu schaffen, haben wir diesen Hungerstreik 52 Tage lang geführt.

Wir möchten der Öffentlichkeit mitteilen, dass unsere Aktion eine neue Etappe erreicht hat. Wir sehen, dass gegenüber den legitimen Forderungen des kurdischen Volkes bei den entsprechenden Institutionen ein Bewusstsein geschaffen worden ist. Zudem sehen wir auch, dass ein großer Freundschaftskreis der Solidarität mit dem kurdischen Volk und seiner Freiheitsbewegung entstanden ist.

Auch das kurdische Volk hat uns durch seine Opferbereitschaft, seine Unterstützung und seine Aktionen zu keiner Sekunde unserer Aktion alleingelassen und große Mühen für die Freiheit seines Repräsentanten aufgebracht.

Die Forderungen nach der Sicherstellung der Gesundheit und seiner Sicherheit sowie der Freiheit Öcalans werden in Form einer Kampagne anhalten. Wir sehen, dass das wichtigste Standbein dieser Kampagne, und zwar das Bewusstsein darüber, dass die Freiheit möglich ist und nur durch den Widerstand erreicht werden kann, geschaffen wurde. Unsere Aktion hat in den 52 Tagen große Unterstützung durch die Öffentlichkeit erfahren. Wir sind uns dessen bewusst, dass der erste Schritt für das Aufbrechen der Isolation Öcalans von den Institutionen Europas getätigt werden muss. Der Appell des Generalsekretärs des Europarates vom 13. April, des Präsidenten des Europaparlaments vom 18. April, die Erklärung der KCK vom 20. April sowie die Ergebnisse aus den Gesprächen mit verschiedenen Menschen aus den Freundeskreisen haben uns von dieser Sachlage noch weiter überzeugt. Wir denken auch, dass die entsprechenden Institutionen unsere Forderungen ernst nehmen und auch praktische Schritte einleiten werden.

Damit diese Institutionen ihre Arbeiten beschleunigen und ruhiger agieren können, erklären wir, dass unsere Aktion ihren Zweck erfüllt hat, und beenden mit sofortiger Wirkung unseren Hungerstreik.

Wir bedanken uns bei allen, die uns von der ersten Sekunde an nicht alleingelassen haben, die uns mit ihren Gedanken, ihrem Bewusstsein und ihren Aktionen unterstützt haben. Wir bedanken uns beim kurdischen Volk, bei unseren FreundInnen und GenossInnen aus Europa und bei den VertreterInnen der alternativen und oppositionellen Medien. Wir wollen betonen, dass wir unsere Errungenschaften als Ergebnis eines gemeinsamen und kollektiven Widerstandes ansehen. Auch möchten wir unseren Dank gegenüber den Verantwortlichen der Kirche St. Maurice zum Ausdruck bringen. Sie haben nicht nur ihre Pforten für uns geöffnet und uns eine Obhut gegeben, sondern uns auch auf diplomatischer und anderen Ebenen bis zum Ende unterstützt. Vielen Dank hierfür."

Quelle: ANF, 21.04.2012, ISKU

„Neue Strategie“ soll den Freiheitskampf in Kurdistan liquidieren

„Erdoğan bereitet die Gesellschaft auf den Krieg vor“

Interview mit Murat Karayılan

Am 28. und 29. März veröffentlichte die Nachrichtenagentur Firat News ein Interview mit dem Exekutivratsvorsitzenden der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), Murat Karayılan, mit den Fragen von Deniz Kendal und Gülistan Tara über die Entwicklungen in Syrien und der Türkei. Im Folgenden geben wir eine gekürzte Fassung in deutscher Übersetzung wieder.

Während die Isolation des kurdischen Repräsentanten Abdullah Öcalan durch die AKP heute den 245. Tag dauert, halten die Protesthungerstreiks an. Was sagen Sie dazu?

(…) Die Totalisolation unseres Vorsitzenden ist im Kern Folter. International wird Isolation als Folter anerkannt. Das System von Imralı an sich ist ein Foltersystem. 24 Stunden am Tag wird dort psychologischer Krieg geführt. Es ist wichtig, sich die Bedeutung der seit 245 Tagen anhaltenden verschärften Totalisolation des kurdischen Volksvertreters Abdullah Öcalan, der seit 13 Jahren auf der Gefängnisinsel festgehalten wird, bewusst zu machen. Dies ist eine Isolation des gesamten kurdischen Volkes, sie bezeichnet die Haltung gegenüber dem kurdischen Freiheitskampf. Unser Vorsitzender führt dort einen unglaublichen Kampf des Willens.

Die [*Regierungspartei*] AKP will auf der Gefängnisinsel Imralı mit niederträchtigen und jegliche ethischen, menschlichen und rechtlichen Normen verletzenden Methoden Zugeständnisse erzielen. An Imralı wird klar ersichtlich, inwieweit sich die AKP Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verbunden fühlt und wie sie sich dem kurdischen Volk annähert. Mit seiner Imralı-Politik verletzt das AKP-Regime nationale und internationale Gesetze und ethische Normen. (…)

Die im Inland, in den Gefängnissen wie auch im Ausland durchgeführten Hungerstreiks aus Protest gegen diese Politik der AKP sind wichtig und von Bedeutung. Nach Presseinformationen beläuft sich die Zahl der Hungerstreikenden in den Gefängnissen insgesamt inzwischen auf mehr als 1000. Außerdem wird der Hungerstreik in Straßburg entschlossen fortgesetzt. Sowohl diese Aktionen als auch der Widerstand unseres Volkes beim diesjährigen Newroz zeigen, wie entschlossen unser Volk und unsere Kader sind, wenn es um den Vorsitzenden Öcalan geht. Überall wird sich der Widerstand des kurdischen Volkes und seine Verbundenheit mit seinem politischen Vertreter entwickeln und ausweiten.

Der AKP-Kolonialismus versucht, die Isolationshaftbedingungen unseres Vorsitzenden zu normalisieren. Er tut so, als wäre die Isolation das Normalste auf der Welt, als wäre sie keine Kriegserklärung. Wir werden nie und nimmer diese Isolationspolitik akzeptieren und stillschweigend hinnehmen. (…)

Seit Monaten gibt es keine Nachricht von unserem Vorsitzenden. Wenn ein Volk seinen Vorsitzenden nicht verteidigen kann, wird es auch nicht in der Lage sein, die eigene Zukunft zu verteidigen. Vor diesem Hintergrund sollten alle patriotischen Institutionen sowie alle demokratischen Kräfte, die für den Frieden sind, gegen diese Kriegsmentalität des türkischen Staates auf Imralı Position beziehen. Vergessen wir nicht, dass Krieg und Faschismus nur mit Widerstand gegen diese Art von Politik zu bekämpfen sind.

Die „neue Strategie“ der AKP-Regierung, die sie um Newroz herum einführte, fand in der türkischen Presse ein breites Echo. Wie bewerten Sie diese viel diskutierte Strategie?

Diese „neue Strategie“ soll den Freiheitskampf in Kurdistan liquidieren. Viele Kolumnisten in der türkischen Presse sehen in ihr die „Rückkehr zu den 90er Jahren“. Die Bewertung ist in groben Zügen richtig. Aber die Angriffe der AKP-Regierung auf den kurdischen Freiheitskampf sind weit komplexer als in den 90ern, das Konzept geht weit über das Niveau der 90er hinaus.

Dabei wird darauf geachtet, die Fehler der 90er, wie z. B. so viele Kurden wie möglich zu töten, nicht zu wiederholen. Die neue Strategie sieht vor zu töten, wenn es darauf ankommt, aber nach Möglichkeit viel mehr Kurden zu verhaften oder irgendwie zu neutralisieren, die religiösen Gefühle und die Armut des kurdischen Volkes auszunutzen, die Gesellschaftsstrukturen zu verändern, um eine Schicht von Kollaborateuren zu erzeugen. Parallel zur psychologischen Kriegsführung wird ein Vernichtungskonzept entwickelt. (…) Daher meinen wir, dass das Konzept von heute das der 90er Jahre übertrifft. Sie sagen selbst, es ist keine Rückkehr zu den 90ern, sie behaupten, damit erfolgreich zu sein.

Die Behauptung, diese Strategie beinhalte nichts Neues, bezieht sich lediglich darauf, dass der Staat erneut zur Gewaltanwendung übergeht. Das Neue sind zum einen die intensivierte psychologische Kriegsführung und zum anderen die vermehrten nationalen und internationalen Bündnisse zur Schaffung einer Schicht kurdischer Kollaborateure.

Die AKP weiß selbst, dass die widersprüchliche Taktik „Kampf gegen die PKK, Dialog mit ihrem verlängerten Arm“ [*gemeint ist die Partei für Demokratie und Frieden BDP; Anm. d. Ü.*] keine Chance auf Realisierung hat und folglich zum Scheitern verurteilt ist. Dahinter steht keine Lösungsabsicht, sondern ein Vernichtungskonzept, eine Strategie, mit der die Kurden insgesamt geschwächt werden sollen. Bekanntlich ist es nicht möglich, die PKK und das kurdische Volk voneinander zu trennen, so wie es nicht möglich ist, die PKK und andere kurdischen Strukturen getrennt zu behandeln. Es ist in der Kurdenpolitik auch unmöglich, den Vorsitzenden in Isolationshaft zu halten und gleichzeitig das Problem lösen zu wollen.

Welcher kurdische Politiker oder Revolutionär wird mit dem türkischen Staat Verhandlungen führen, während der Vorsitzende Öcalan in verschärfter Isolation gehalten wird? Das wird niemand akzeptieren und riskieren. Das ist unmöglich. Das eigentliche Ziel dieser Strategie ist eine Zersplitterung der Kurden. Unter dem Motto „Kampf gegen die PKK, Dialog mit der BDP“ soll die Saat der Zwietracht zwischen PKK und BDP gesät werden. Eine hinterlistige Taktik ist es auch, die PKK zur Entwaffnung zu zwingen und dem politischen Vertreter Südkurdistans Barzani eine Rolle beizumessen, d. h. Widersprüche und Konflikte zwischen PKK und Südkurdistan zu erzeugen.

Jeder weiß, dass die PKK eine unabhängige Organisation ist, die mit anderen kurdischen Organisationen lediglich freundschaftliche Beziehungen aufbaut. Daher werden wir dem Druck von außen nicht nachgeben und uns nicht beeinflussen lassen. Die PKK trifft ihre Entscheidungen ausschließlich aus ihren Führungsgremien. Trotzdem zu versuchen, externen Druck auszuüben, soll nur Unstimmigkeiten zwischen den Kurden schaffen, sowohl zwischen PKK und BDP als auch zwischen PKK und PDK [*Regierungspartei in der Autonomen Region Kurdistan*]. Ich denke, dass weder die BDP noch die PDK in eine solche Falle tappen werden. Die Absicht der Türkei ist zu offensichtlich. Es geht ihr darum, die klassische Politik der Zersplitterung noch perfider fortzuführen.

Wir haben mehrmals dargelegt, welche Institutionen in einer Gesprächs- und Verhandlungsphase welche Verantwortung tragen. Selbstverständlich ist die BDP auch eine politische Akteurin und Verhandlungspartnerin. Aber dadurch, dass die Isolationspolitik auf Imralı angewandt und ein Vernichtungskrieg gegen die Guerilla geführt wird, wird die BDP als Protagonistin automatisch ausgeschlossen. Es ist unrealistisch, mit dem einen Teil der Kurden im Dialog stehen zu wollen, während der andere Teil bekämpft wird. Diese Taktik bedeutet nichts anderes, als die eine Seite zu bekämpfen und diejenigen, die sich ergeben, unter die eigene Kontrolle zu nehmen. Es ist offensichtlich, dass jeder Kurde und jeder Politiker diese abgefeimte Politik durchschaut.

Was steckt hinter dieser Strategie?

Als Antwort reicht es aus, sich die gegenwärtige Praxis anzuschauen. Erstens: Auf Imralı herrscht ein Isolations- und Foltersystem, in dem jegliche rechtlichen und moralischen Werte mit Füßen getreten werden. Dieser schwerwiegende Angriff bedeutet Krieg gegen das kurdische Volk. Außerdem stecken mehr als sechstausend kurdische Politiker ungerechterweise und rechtswidrig im Gefängnis, nur um sie zu neutralisieren, zur Kapitulation zu bewegen und die kurdische Politik zu schwächen. Zusätzlich wurde das diesjährige Newroz nach zwölf Jahren friedlicher Feiern mit unhaltbarer Begründung verboten und mit Gewalt überschattet.

Auf beiden Seiten verlor jeweils ein Mensch sein Leben, über 500 wurden verletzt und weitere Hunderte festgenommen. Die AKP trägt allein die Verantwortung für diese erschreckende Bilanz. Das Verbot kam von höchster Stelle, von [*Ministerpräsident*] Erdoğan selbst. Sie wollten auf alle Fälle verhindern, dass Newroz friedlich verläuft. Es lag wohl in ihrem Interesse, die Kurden zu diesem Anlass einzuschüchtern, dem geltenden Vernichtungskonzept entsprechend. Aber der großartige Widerstand unseres Volkes hat ihnen die notwendige Antwort gegeben. Parallel zu Newroz haben sie mit den Militäroperationen gegen die Guerilla in Cudi, Xîzan (Hizan), Dersim (Tunceli) und Çelê (Çukurca) Kurdistan in einen Kriegsschauplatz verwandelt.

Die sexuellen Angriffe auf kurdische Kinder im Gefängnis von Pozanti haben die Würde des gesamten kurdischen Volkes verletzt. Wo ist jetzt die Journalistin, die diese schrecklichen Vorfälle aufdeckte? Im Gefängnis. Der kurdische Jugendliche T. T., der in einem Interview die konkreten Vorfälle enthüllte, wurde trotz vorheriger Entlassung erneut inhaftiert. Die Aussagen des Vaters gegenüber der Presse sind herzzerreißend. Der Staat übt Rache, weil seine Taten aufgedeckt wurden. Mit willkürlichen Szenarien werden die Menschen in die Gefängnisse gesteckt: „Die sind PKKler, ihr könnt mit ihnen machen, was ihr wollt.“ Diese Haltung ist inakzeptabel. (...)

Dann wurde Ahmet Türk, die älteste und reifste Persönlichkeit der kurdischen Politik, der sein Leben lang für den Frieden arbeitet, der sich unermüdlich um die friedliche Lösung der kurdischen Frage bemüht, von Staatsbeamten bei einem geplanten Angriff zum zweiten Mal mit Fäusten geschlagen. Wir werden diese Faustschläge nicht vergessen. Sie waren ein Schlag gegen den Willen des kurdischen Volkes. (...)

In Kurdistan sind unzählige Massaker verübt worden. Mehr als drei Monate sind seit dem Massaker in Roboski vergangen. Ist der Vorfall aufgeklärt, sind die Täter gefasst? Nein! Wurden am 28. März 2006 nicht 13 unserer Menschen in Amed ermordet? Waren es keine Menschen? Sieben von ihnen waren noch Kinder und ein weiterer war ein 78-Jähriger. Sind die Polizisten bestraft worden, die Uğur Kaymaz und seinen Vater

im Kugelhagel töteten? Nein. Ist derjenige, der Ceylan Önkol tötete, gefasst worden? Nein. Şerzan Kurt wurde von der Polizei auf offener Straße erschossen. Sind sie für diese Tat zur Rechenschaft gezogen worden? Nein. Es gibt Dutzende ähnliche Vorfälle. Dieser Staat, der den Kurden mit der Mentalität gegenübertritt: „Ich töte Kurden, wann ich will, ich erteile oder verweigere ihnen die Genehmigung, wann es mir passt, ich bestimme, wann sie ihr Fest feiern", versucht sie mit Diskriminierung und einer Herren- und Untertanen-Beziehung zu regieren. Die Kurden wollen das nicht mehr akzeptieren, wir akzeptieren es nicht. Wir werden das Massaker von Roboski niemals vergessen. Wir werden die Diskriminierung, die die AKP nach dem Erdbeben in Wan gezeigt hat, um es zu entvölkern, nicht vergessen. Wir werden das Foltersystem Imralı niemals akzeptieren. (...) Übertrifft all diese Praxis nicht die 90er Jahre?

Die AKP versucht die kurdische Frage mit umfassender Einschüchterung und totalem Krieg zu „lösen". Sie trifft seit längerem entsprechende Vorbereitungen. Dafür hat sie sowohl ihre diplomatischen Beziehungen intensiviert als auch die Gesellschaft präpariert. Aus diesem Grunde ist Erdoğans Ton seit einiger Zeit äußerst aggressiv, damit schürt er chauvinistische Gefühle und bereitet die Gesellschaft auf den Krieg vor. Das jüngste Gesetz über die „zivilen Märtyrer" ist dafür ein Paradebeispiel, sie versuchen, die Menschen für den Tod und das Töten bereit zu machen. Es ist die Botschaft an die Gesellschaft: „Wir werden allen Getöteten als Märtyrer begegnen und ihren Familien beistehen. Also habt keine Angst vor dem Tod und vor dem Töten." Eine andere Erklärung gibt es nicht. Kurzum, ein totaler Angriff macht gegenwärtig die Situation aus.

Was wird Ihre Bewegung dagegen unternehmen?

Was können wir als PKK in einer Situation tun, in der wir von überall hier einem totalen Angriff ausgesetzt sind, in der mit den USA über den Ankauf noch tödlicherer Waffen wie der Predator [*waffenfähige Drohne von General Atomics*] verhandelt wird, in der die südkurdischen Kräfte an ihren Liquidierungsplänen gegen die PKK beteiligt werden sollen, in der in Cudi, Xîzan (Hizan), Dersim (Tunceli), Amed (Diyarbakır) und Çewlik (Bingöl) Militäroperationen durchgeführt werden und in der unsere Menschen erniedrigenden Angriffen ausgesetzt sind? Was sollten wir tun? Ich frage alle unsere Freunde und alle, die für Frieden und Demokratie sind. Wenn Ihr an unsere Stelle wäret, wenn gegen Euch alle diese Angriffe laufen würden, was würdet Ihr tun?

Es findet ein offener Angriff, ein Vernichtungsangriff statt. Wir wollen das Problem mit demokratischen und friedlichen Methoden lösen. Die Entwicklungen in der Region seit letztem Jahr führten dazu, dass die AKP umgeschwenkt ist und unsere Friedenshand ausgeschlagen hat. Aus diesem Grunde hat sie die Phase des Dialogs auf Imralı und in Oslo beendet [*Verhandlungen mit Öcalan auf Imralı und 2011 zuerst geheim gehaltene Gespräche von Vertretern des Geheimdienstes MIT mit der PKK*] und stattdessen einen totalen Krieg erklärt. Was können wir dagegen tun? Offensichtlich ist das Einzige, was uns übrig bleibt, Widerstand zu leisten. Auf der Grundlage einer Strategie des revolutionären Volkskriegs gegen die Angriffe des türkischen Kolonialismus bis zuletzt Widerstand leisten. Heute sind die Bedingungen für einen Erfolg durch Widerstand besser als je zuvor. Wir können die Absicht des türkischen Staates lesen. Wir sind äußerst vorsichtig. Auch wir haben unsere Vorbereitungen. Wäre Newroz friedlich verlaufen, hätte der Staat die positive friedliche Botschaft des kurdischen Volkes mit entsprechenden positiven Schritten beantwortet, wäre die Isolation auf Imralı aufgehoben und wären die Militäroperationen eingestellt worden, dann würde der diesjährige Frühling anders begangen werden. Aber das Gegenteil ist der Fall.

Außerdem gibt es ein Konzept für breite Bündnisse mit allen auf der Grundlage unserer Vernichtung. Wir schlafen natürlich nicht. Auch wir treffen unsere Vorbereitungen und unsere Aussichten auf Erfolg durch Widerstand sind größer als je zuvor. Aber unsere Wahl ist klar. Wir leisten nicht nur Widerstand gegen die ungerechten entwürdigenden Angriffe, wir leisten auch Widerstand, um unsere Zukunft in Freiheit gewährleisten zu können. Die Hoffnung, mit dem Widerstand zu siegen, mit dem Widerstand eine freie Zukunft zu schaffen, ist größer als je zuvor. (...)

Sie haben gegenüber der Presse erklärt, wenn der türkische Staat eine Intervention gegen die syrischen Kurden beginnen sollte, würde sich Kurdistan in einen Kriegsschauplatz verwandeln. Ist die Wahrscheinlichkeit für einen Angriff größer geworden, vor allem nach dem Gespräch zwischen Obama und Erdoğan in Seoul? Die Türkei hat ihren Botschafter und alle ihre Bürokraten aus Syrien abgezogen. Ist das ein Anzeichen für eine bevorstehende Militärintervention?

Es ist gegenwärtig offensichtlich, dass die Türkei in Syrien intervenieren möchte. Sie beabsichtigt, mit der Errichtung einer Pufferzone an der türkisch-syrischen Grenze im künftigen Syrien eine Rolle zu spielen und dabei ihr Gewicht zur Geltung zu bringen. Allerdings denke ich, dass die internationalen Kräfte wie auch die Araber dem ihre Zustimmung noch nicht erteilt haben. Das ist auch der Grund, warum die Türkei noch wartet. Wenn sie allerdings auf dem so genannten „Gipfel der Freunde Syriens" am 2. April in Istanbul die notwendige Grundlage bekommt, wird sie sich die Chance auf eine Pufferzone an der Grenze nicht entgehen lassen.

Warum will der türkische Staat eine Pufferzone?

Es gibt viele Gründe dafür: Die Türkei will bei der Neugestaltung Syriens eine Rolle spielen und dabei vor allem verhindern, dass die Kurden in der neuen syrischen Verfassung einen Status erhalten.

Vertreter der Türkei und der AKP haben die damaligen türkischen Einwände gegen die US-Invasion im Irak von 2003 bedauert: „Hätten wir uns daran beteiligt, so hätten die Kur-

den nicht die gegenwärtige Stärke erreicht und es wäre kein föderaler kurdischer Staat entstanden.“ Deshalb möchten sie jetzt bei der Neugestaltung Syriens im Voraus intervenieren und einen politischen Status für die Kurden in Syrien verhindern.

Während der türkische Staat die angesprochenen Vorbereitungen trifft, verbreitet er die Behauptung, Ihre Bewegung unterhalte Beziehungen zu Syrien. Ist dem so?

Die Behauptungen, wir hätten Beziehungen zu Syrien, sind nicht wahr. Hier möchte ich ganz klar betonen, dass sie von der Türkei lanciert wurden. Wir haben keine solchen Kontakte. Wer das Gegenteil behauptet, sollte Beweise vorlegen. Abgesehen davon ist bekannt, dass wir eine Bewegung sind, die auf der Seite von Volksbewegungen steht. Wir sind der festen Überzeugung, dass die anwachsenden Freiheitskämpfe der Völker im Mittleren Osten gegen Diktaturen der Beginn eines neuen Prozesses sind, und auch, dass das kurdische Volk in dieser Phase seine Freiheit erlangen wird. Die Freiheit der Völker ist für uns als Bewegung ein grundlegendes Prinzip. Aus diesem Grund pflegen wir keine Beziehungen zu Staaten und Regimen wie dem Baath-Unterdrückungsregime, das sich durch Gewalt behauptet, sich demokratischen Reformen verweigert und keinerlei Schritte zu einer politischen Lösung der kurdischen Frage macht.

Warum sieht die Türkei die Notwendigkeit, diese Behauptung immer wieder zur Sprache zu bringen?

Dabei verfolgt die Türkei gewisse Ziele: Erstens beabsichtigt sie, Syrien damit unter Druck zu setzen. Vor kurzem äußerte ein Minister der AKP-Regierung: „Die PKK wollte Beziehungen zu Syrien aufbauen, doch wollte es die syrische Führung nicht.“ Sie wissen, dass eine solche Beziehung nicht existiert, allerdings bauen sie über Fiktionen ihre Propaganda auf. Auf der anderen Seite wissen wir, dass türkische Vertreter Syrien bedroht haben: „Haltet Euch fern von der PKK.“ Syrien wurde dabei ein Ultimatum gestellt. Deshalb war Syrien nicht offen für eine Beziehung zu uns und wir genauso wenig.

Das zweite Ziel der Türkei ist, auf internationaler Ebene den Eindruck entstehen zu lassen, die PKK stehe auf der Seite von Syrien und Iran. Durch diese Behauptung will sie von den USA größere Unterstützung gegen unsere Bewegung erreichen.



Eine Hamburger Newrozdelegation besuchte die Angehörigen des Massakers von Roboski. Am 28. Dezember 2011 wurde eine Gruppe Grenzhändler im Grenzgebiet zum Irak vom türkischen Militär angegriffen. Sie töteten 34 unbewaffnete Zivilisten.
Foto: Hinrich Schultze

Das dritte Ziel der Türkei mit dieser Behauptung ist es, ein Argument für eine Intervention in Syrien zu liefern.

Dann sollen sie doch Beweise vorlegen. Sie sollen doch nachweisen, welcher unserer Vertreter mit welchen Stellen des syrischen Staates in Kontakt steht. Sie sollen auch aufzeigen, welche Unterstützung uns Syrien geleistet hat. Aber das können sie nicht, da so etwas nicht existiert.

Die Behauptung einer angeblichen Zusammenarbeit zwischen syrischem Regime und PKK wird dadurch untermauert, dass kurdische Demonstrationen nicht angegriffen würden …

Zu Zeiten Hafiz al-Assads waren die Kurden kein spezielles Angriffsziel für das Regime. Es gab damals eine Art stillschweigender Übereinkunft. Auch Bashar al-Assad bemüht sich gegenwärtig, seit Beginn der Aufstände, um eine Politik der stillschweigenden Übereinkunft mit den Kurden. Demonstrationen in kurdischen Gebieten wurden weitgehend nicht angegriffen, kurdische Kundgebungen nicht so gewalttätig angegangen wie die in Homs und Idlib. Natürlich haben die Kurden es unter diesen Voraussetzungen vermieden, hart gegen den Staat vorzugehen. Syrien verfolgte diese Taktik nicht nur gegen eine bestimmte Partei, sondern gegenüber allen dortigen Kurden. Diese zeigten demgegenüber eine ähnlich ausbalancierte taktische Haltung. Insofern hat das nichts mit uns zu tun. Das ist die Politik des Staates gegenüber den Kurden wie auch umgekehrt. Eine ähnliche politische Haltung war auch in der Vergangenheit von Zeit zu Zeit in den Vordergrund getreten.

Doch kommt es in letzter Zeit vermehrt zu Angriffen. In mehreren Städten gab es Tote. Zahlreiche Mitglieder der PYD [*Partei der Demokratischen Einheit*], die der PKK zugerechnet wird, wurden von syrischer Seite getötet, mehrere sind noch immer in Haft. Wäre das alles möglich, wenn es tatsächlich eine so gute Beziehung gäbe? Noch vor einer Woche wurde Frau Gulê Selmo, Mitglied der PYD in Heleb (Aleppo), durch syrische Staatskräfte umgebracht. In Kobanê wurde ein PYD-Mitglied erschossen, noch vor zwei Tagen wurden in Dirbesiye (Derbassiyeh) zwei kurdische Jugendliche, von denen einer PYD-Mitglied war, getötet.

Daran zeigt sich, wie unsinnig die These von den angeblich so guten Beziehungen zwischen der PKK und Syrien ist. Auch wenn es keine eskalierenden Konfrontationen zwischen syrischem Staat und Kurden gibt, so ist das Verhältnis doch ständig angespannt und es finden an vielen Stellen Auseinandersetzungen statt. Unserer Auffassung nach ist die Haltung der kurdischen Bevölkerung wie auch der kurdischen politischen Parteien, sich nicht zum Angriffsziel machen zu lassen, richtig und sollte auch beibehalten werden. Die Kurden sollten ihren Kampf mit gewaltlosen politischen Mitteln führen und für ihre Rechte eine zivile Volksbewegung aufbauen. Das ist der richtige Weg. Selbstverständlich sollten sie sich weiterhin sowohl für die Demokratisierung Syriens als auch für eigene autonome Rechte einsetzen, was sie auch tun.

Auch die Behauptung, die PKK organisiere sich in Syrien, steht auf der Tagesordnung.

Im Allgemeinen empfindet die kurdische Bevölkerung in Syrien Sympathie für unseren Vorsitzenden Abdullah Öcalan. Als PKK jedoch verfügen wir in Syrien weder über Organisationstrukturen, noch haben wir Mitglieder dort. Selbstverständlich unterstützen wir die Kurden in Syrien genauso wie in den anderen Teilen Kurdistans. Aber die PYD ist eine andere Partei als die PKK. Wir unterhalten nicht nur Beziehungen zur PYD, sondern zu allen dortigen politischen Organisationen. Wir unterstützen den dortigen Freiheitskampf mit einem Lösungsansatz, der ein demokratisches Syrien und ein demokratisch-autonomes Kurdistan vorsieht. Daher ist es eine absichtliche und politisch bezweckte Behauptung, wir würden in Syrien arbeiten und hätten Kontakte zum Regime. Leider lassen sich auch einige unabhängige Kräfte von solchen unbegründeten Behauptungen beeinflussen.

Was wird aber passieren, wenn die Türkei in Syrien militärisch interveniert und hierbei auch kurdische Dörfer und Gebiete zu kontrollieren versucht? Wie werden sich die Kurden verhalten, wenn eine Intervention in Syrien erfolgt, ohne dass die kurdischen Gebiete betroffen sind?

Genauso wie die kurdischen Organisationen in Syrien erklären, sind auch wir der Auffassung, dass die Kurden sich gegen eine Intervention verteidigen sollten. Als PKK werden wir im Streit zwischen zwei kolonialistischen Staaten keine Partei ergreifen.

Wir sind prinzipiell gegen Interventionen, nicht nur im Falle Syriens. Andererseits werden wir in einem solchen Falle selbstverständlich nicht zu den Waffen greifen und keine Front dagegen bilden. Wir denken nicht, dass ein Eingriff von außen zu positiven Resultaten führen kann, und schon gar nicht eine Intervention der Türkei in Syrien. Wir sind gegen eine Intervention durch die Türkei. Wir befürworten Revolutionen, die durch die Eigendynamik der Völker zustande kommen. Alles, was importiert wird, ist eine Fälschung und unrealistisch. Interventionen von außen bringen keine Freiheit und keine Demokratie.

Falls es zu einer Intervention von außen kommen sollte, die türkische Armee in das kurdische Gebiet einmarschiert und die Kurden dort genau wie im Norden [*auf türkischem Staatsgebiet*] zu unterdrücken beabsichtigt, so bin ich zuversichtlich, dass unsere dortigen kurdischen Brüder und Schwestern dagegen Widerstand leisten werden. Und auch wir und die Kurden in anderen Teilen Kurdistans würden als Unterstützung darauf reagieren und unseren Kampf im Norden ausweiten. Dies ist der Rahmen, in dem wir uns bewegen würden. Wenn aber die Türkei nicht im kurdischen Gebiet, sondern im übrigen Syrien interveniert, so werden die Kurden, auch wenn sie aus prinzipiellen Gründen gegen Eingriffe von außen sind, keine praktischen Schritte dagegen unternehmen.

Ich möchte betonen, dass die AKP-Regierung nicht nur gegen die Kurden in Syrien ist, sondern eine Strategie zur Schwächung aller Kurden verfolgt. Es handelt sich um eine feindliche politische Haltung. Im Norden ist eine Angriffswelle gestartet worden. Die Kurden dort werden mit allen erdenklichen Methoden der Einschüchterung und Schwächung angegriffen. In den Rahmen dieser Strategie fallen auch die Pläne zu Militäroperationen und repressiver Politik in Südkurdistan. Dabei argumentiert die Türkei mit dem Vorwand des Kampfes gegen die PKK. Jedoch richtet sich diese Politik gegen alle Kurden. Was würde es im Klartext bedeuten, wenn die Türkei ihre Hände auch nach Westkurdistan ausstreckte? Dass sie damit in West- wie in Süd- und Nordkurdistan eine Kriegsposition einnähme, eine klare und deutliche Kriegserklärung an alle Kurden. Selbstverständlich würden diese dagegen Widerstand leisten.

Die gegenwärtige Politik der AKP sieht so aus: Beeinflussung der Kurden über gute Kontakte zur Barzani-Bewegung. Ich aber denke, dass Barzani sich nicht instrumentalisieren lassen wird. Er sollte es auch nicht, im Gegenteil, er sollte Stellung dagegen beziehen. Denn es ist deutlich, dass die aktuelle AKP-Politik auf die Schwächung aller Kurden baut. Mit einer Intervention in Syrien soll die Festschreibung eines politischen Status der Kurden dort, in welcher Form auch immer, verhindert werden. Denn die AKP beharrt darauf, den Kurden im Norden einen Status zu verweigern. In diesem Zusammenhang ist sie auch bemüht, den Status quo im Süden zu schwächen.

Die AKP hat mit dem Nationalrat Syriens als stärkster syrischer Oppositionskraft die Vereinbarung getroffen, eine verfassungsrechtliche Anerkennung der kurdischen Identität abzulehnen. Über dieses Abkommen wurde in den Medien berichtet. Die AKP will in Syrien einen zentralistischen Staat entstehen lassen, der auf dem sunnitisch-arabischen Chauvinismus aufbaut. Der türkische Staat hat Einfluss innerhalb der syrischen Opposition. Auf der gestrigen Sitzung des Syrischen Nationalrats in Istanbul wurde daher die Forderung kurdischer Vertreter, dass zumindest ein Artikel zur Anerkennung der Identitätsrechte der Kurden aufgenommen wird, vehement abgewiesen. Gleichzeitig bemüht sich die Türkei um die Aufnahme so genannter PKK-feindlicher Kurden in diesen Rat. Der Lösungsansatz, den die Türkei diesem Rat aufdrängt, beruht auf einer engstirnigen nationalistischen Perspektive.

Der türkische Staat betrachtet die kurdischen Gebiete immer noch als Erbstücke des Osmanischen Reiches und erklärt die Kurden zum Angriffsziel. Wir leisten dagegen Widerstand. Die Kurden sind gezwungen, eine eigene Lösung zu finden. Angesichts der kurdenfeindlichen Politik der AKP stellt sich für uns nunmehr die Frage, ob wir weiterhin mit dem türkischen Staat zusammenleben wollen oder nicht.

Wie wird die Haltung der Kurden im Falle der Errichtung einer Pufferzone aussehen?

Ich denke, dass die Kurden eine klare Haltung einnehmen sollten, falls die Türkei die beabsichtigte Pufferzone auf die kurdischen Gebiete verlagert und damit die dortigen Kurden unter Kontrolle bekommen will. Dann wird es für jeden von uns zur Aufgabe, unseren dortigen Brüdern und Schwestern zu helfen. Natürlich werden die kurdischen Organisationen dort selbst über den Werdegang entscheiden. Aus Verantwortungsbewusstsein rufen wir unser Volk in Westkurdistan dazu auf, sich auf keine Spielchen und Provokationen einzulassen. Erst vor zwei Tagen ist mit der Ermordung zweier kurdischer Jugendlicher in Dirbesiye (Derbassiyeh) eine solche Provokation inszeniert worden. In diesem Zusammenhang möchte ich unserem Volk in Westkurdistan sowie den Familienangehörigen von Kemal Ehmed und Ciwan Qetne, die durch Kräfte des syrischen Regimes in einem Hinterhalt ermordet worden sind, mein Beileid aussprechen. Für unser Volk in Westkurdistan ist es wichtig, aufmerksam gegenüber solchen Provokationen zu sein und nicht darauf einzugehen. In gegebenem Falle müssen sie sich selbst verteidigen.

Der Fall in Dirbesiye (Derbassiyeh) sowie die Sitzung des Nationalrates Syriens in Istanbul haben erneut gezeigt, wie wichtig die Stärkung der nationalen Einheit unter den Kurden in Westkurdistan ist. Ich denke, dass sie jetzt darüber debattieren, und ich wünsche sehr, dass diese Debatte zu einer Stärkung der Einheit führt. Sollte es nicht zu einem Konsens kommen, würde dies die Position der dortigen Kurden ernsthaft schwächen. Daher werden wir nicht für eine Partei, sondern für die Einheit unseres Volkes eine Haltung einnehmen. Wir unterstützen also die Forderung unseres Volkes nach einem demokratischen Syrien und autonomen Rechten.

Wir stehen überall auf der Seite der Freiheitskämpfe der Völker. So gesehen auch auf der Seite des syrischen Volkes in seinem Kampf für ein demokratisches Syrien. Denn die Zeiten der diktatorischen Regime sind vorbei. Kein Regime kann sich auf Dauer mit Gewalt und Unterdrückung an der Macht halten. Auch das syrische Regime muss das verstehen, und ebenso sollte die Opposition die Existenz des kurdischen Volkes anerkennen. Die Einsicht, dass der syrische Konflikt über einen demokratischen Wandel behoben werden kann, ist eine Voraussetzung für die Konfliktparteien.

Es ist daher wichtig, die Schritte des UN-Plans unter der Führung Kofi Annans sorgsam zu verfolgen. Sollte es gelingen, den gegenwärtigen Auseinandersetzungen mit einem Dialog entgegenzuwirken, würden sowohl alle Konfliktparteien als auch das syrische Volk davon profitieren.

Sollte das nicht geschehen und es stattdessen zu einer gewalttätigen Intervention von außen kommen, so würde dies die ohnehin bestehenden gewalttätigen Auseinandersetzungen verschärfen und Syrien in einen inneren Krieg führen, der weitere Menschenleben kosten wird. Eine solche Gefahr ist bereits jetzt abzusehen. Angesichts dieser Umstände sollten die Kurden in diesem Teil unserer Auffassung nach nicht auf Gewalt setzen, sondern ihren Kampf mit der Intention eines demokratischen Syriens mit politischen Mitteln fortsetzen. Sie sollten Präventivmaßnahmen ergreifen und ihren Kampf sowohl für ihre legitimen Rechte als auch ihre Sicherheit mit politischen Mitteln weiterführen. Wenn sie aber angegriffen werden, sollten sie sich verteidigen. ♦

Das System von Imralı

Ayşe Batumlu, Rechtsanwältin und Kolumnistin

Eine Szene aus der Vergangenheit: Im türkischen Parlament des 12. März wird über die Hinrichtungen beraten. Die Anhänger von Demirel schreien „drei für drei“. Die, die Menderes an den Militärs nicht rächen konnten, heben ihre Hände für die Hinrichtung der drei Sprösslinge. Die Junten sind darum bemüht, ihre Morde durch andere Morde zu verdecken oder zu „entgelten“. Die 68er-Generation bezahlt die Morde der Junten mit ihrem Leben …[1]

Und danach, das vom 12. September[2] „freigelassene“ Parlament! Was wird in den geheimen Korridoren besprochen, welche Verhandlungen werden geführt, das wissen wir nicht. Aber es ist, als ob der Rachefeldzug gegen die 68er-Generation immer noch weitergeht. Während die Leichen der Menderes vom Imralı-Friedhof geholt und in „Grabmäler“ verbracht werden,[3] wird der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan lebend in ein „Einzelgrab“ in Einzelhaft gesperrt.

Das wahre Imralı-System wird errichtet

Dieses Mal hat Imralı eine andere Funktion als in der Vergangenheit und der frühere Ablauf überlässt seinen Platz einem Mechanismus, wie es ihn kein zweites Mal auf der Welt gibt. Um dies zu erreichen, werden die Architektur der Insel, der Verkehr, die Sicherheitsmaßnahmen und der rechtliche Status alle neu gestaltet.

Imralı untersteht, wie Ihr wisst, dem Justizministerium, ist aber keine Justizvollzugsanstalt, die den für andere Vollzugsanstalten geltenden normalen Gesetzen unterliegt, sie ist einer speziellen Abteilung zugeordnet und komplett außerhalb des Rechtssystems errichtet …

Sie wird einem Zentrum namens Krisenleitungszentrum des Ministerpräsidenten untergeordnet, von dem niemand weiß, aus welchen Leuten es besteht, und das praktisch vom Generalsekretariat des Nationalen Sicherheitsrats MGK koordiniert wird.

Dieses „Zentrum“, das nur im Ausnahmezustand oder bei Katastrophen für einen vorübergehenden Zeitraum einzurichten ist, nahm im Imralı-System einen dauerhaften Zustand an. Bis es vor kurzem neu strukturiert wurde (und die Isolation noch mehr verstärkt wurde) und es als Imralı-Justizvollzugsanstalt in das Justizministerium integriert wurde. Natürlich hat diese Veränderung keine Neuerung im positiven Sinne gebracht. Ganz im Gegenteil, obwohl die Ansprechpartner und Antragsmechanismen klarer wurden, ist die Isolationshaft verschärft worden, alle Anträge blieben ergebnislos. Das Recht auf rechtliches Gehör und Verteidigung eingeschlossen, wurden alle Rechte ohne das Bedürfnis nach oder die Pflicht zu irgendeiner Erklärung eingefroren, so wie sie höchstens in faschistischen Regimen Ausdruck fänden.

In Imralı herrscht, genau wie in der Phase des Prozesses, auch in der Phase der Isolation eine personalisierte Rechtspraxis, Rechtlosigkeit. Der Hauptgrund dafür ist die seit zehn Jahren von der AKP-Regierung betriebene Vernichtungspolitik des Staates Türkei gegenüber der kurdischen Freiheitsbewegung.

Der Bankrott des Imralı-Systems …

Das mit so vielen speziellen Bemühungen „errichtete“ Imralı-System ist der größte „Fehler“ des türkischen Staates und der USA. Diejenigen, die dachten, sie könnten den Anführer des kurdischen Volkes „gefangen nehmen“, benutzen und so das kurdische Volk in die Knie zwingen, die dachten, sie könnten Öcalan mit Todesdrohungen ausnutzen, die sind seinem – mit dem seines Volkes vereinigten – Widerstandswillen begegnet. Das Imralı-System, das dafür ausgelegt worden war, diesen Willen zu brechen, erlebt seit 13 Jahren eine Pleite.

Das Imralı-System ist bankrottgegangen, weil der sehr geehrte Herr Öcalan dem „Zellengrab“ widerstanden hat, weil die legale kurdische Bewegung ihn in Schutz genommen hat, obwohl ihr gesagt wurde „Haltet Abstand zu ihm!“, weil die PKK ihn als einzigen Ansprechpartner [*in der kurdischen Frage*] betrachtet und ihre Linie stets beibehalten hat, weil Millionen von Kurden ihn als ihren Willensträger bezeichnet haben und für ihn eingetreten sind.

Die Schwierigkeiten dieses Widerstandes sind indiskutabel. Dass er seit Jahren mit keinem Menschen Berührungskontakt hatte, einen Händedruck eingeschlossen, dass all sein Tun, jeder Augenblick aufgezeichnet wird, dass er keines seiner Rechte wahrnehmen kann, dass vor allem die Kommunikationskanäle jederzeit beschränkt werden – wenn man sich all dies vor Augen hält, dann kommt man zu dem Schluss, dass dieses Szenario mehr zum Ziel hat als nur seine Vernichtung; es hat die Vernichtung und Assimilation des gesamten kurdischen Volkes zum Ziel. Dass er gegen diese „weiße Folter“ einen klaren Kopf bewahrt, alles genau abwägen kann, und

seine Fähigkeit, die in seiner Person dem kurdischen Volk gestellten Fallen zu erahnen, das wird von den Architekten dieser Folter mit Angst und Erstaunen registriert. Dieser unglaubliche Widerstand hat das beispiellose Foltersystem zum Einsturz gebracht.

Die Politik der Spaltung der kurdischen Bewegung

Die Regierung, deren Vernichtungskonzept damit zunichte war, versuchte nun durch das Kappen der ohnehin eingeschränkten Kommunikation mit Imralı und die darauffolgende Propagierung ihrer „neuen Strategie" [*vgl. Interview Karayılan S. 10*] die BDP in eine neue Falle zu treiben, indem sie diese zwingen wollte, ihre Verbindungen zu Imralı und Kandil aufzugeben. Doch seit 13 Jahren hat die legale kurdische Bewegung in ihrem Widerstand klar gezeigt, dass sie in derartige Fallen nicht hineintappt; sie ist sich darüber bewusst, dass diese Bemühungen zur Spaltungs- und Vernichtungsstrategie gehören und dass sie sich dieser alten Krankheit nicht hingeben wird.

Da gibt es noch die Desinformation „Kandil hat Öcalan lebendig begraben", den Versuch, Öcalan und seine Organisation gegeneinander auszuspielen. Auf der einen Seite ist die Rede von Befehlen Öcalans und deshalb werden die Besuche der Anwälte verboten, auf der anderen Seite wird behauptet, die PKK befolge nicht Öcalans Befehle, und so versucht, die heutige „Grabestaktik" der Verantwortung der Organisation zuzuschieben. Manche Liberale werden zum Werkzeug dieses Plans, indem sie einerseits den Personenkult um Öcalan kritisieren und andererseits bei jeder Gelegenheit betonen, Kandil höre nicht auf Imralı. Die psychologische Kriegsführung dieses Chores ist genau das, was die Regierung, die eine kurdenlose Lösung anstrebt, sich wünscht.

Es klappt aber nicht. Das Volk hat ihn mit drei Millionen Unterschriften zu seinem Willensträger erklärt, Tausende



Der Hungerstreik in Straßburg fand große Solidarität in Europa. Jeden Tag gab es verschiedenste Initiativen, um die legitimen Forderungen der KurdInnen in die Öffentlichkeit zu tragen. Erstes Ziel der Initiativen war und bleibt, die nun schon monatelange vollkommene Isolation von Abdullah Öcalan zu durchbrechen.
Foto: ANF

Menschen wurden bestraft, weil sie ihn „sehr geehrter Herr Öcalan" genannt hatten, und trotzdem haben Tausende damit weitergemacht und so die Verbote durchbrochen, jetzt skandiert das Volk auf allen Plätzen „Freiheit für Öcalan!".

Im Zellengrab von Imralı ist nur noch sein Körper gefangen. Seine Gedanken haben die Freiheit erlangt. Um diese Gedanken herum verfassen Tausende Jugendliche Schriften, internationale Foren sprechen lobend über seine Werke und Ideen. Das geschlechtsfreiheitliche Gesellschaftsideal organisiert Millionen von Frauen, das ökologische Gesellschaftsparadigma trotzt in Mesopotamien, wo die Menschheit ihren ersten Weizen aß, der kapitalistischen Moderne.

Warum die Isolation?

Die AKP und ihr Ideengeber USA haben die kurdische Volksbewegung als eine klassische nationale Befreiungsbewegung interpretiert. Sie dachten, in der kurdischen Bewegung verhielte es sich so ähnlich, wie es in anderen nah-/mittelöstlichen Gesellschaften sehr verbreitet ist, dass man dem Anführer treu untergeben ist und wenn der zum Schweigen gebracht wird, dann auch die Dynamik der ihm verbundenen Bewegung dahin ist. Aus diesem Grunde hat man Öcalan zum Schweigen zu bringen versucht.

Sie haben sich geirrt. Denn die kurdische Volksbewegung weist einen qualitativen Unterschied zu den klassischen Volksbefreiungsbewegungen auf. Sie hat die härtesten Demokratisierungsprozesse hinter sich. Die Bevölkerung ist von unten nach oben organisiert worden. Genau das ist die Grundstruktur von Serhildans [*Volksaufständen*]. Das, was Öcalan geschaffen hat, ist nicht, dass die Organisation und ihre Ideale von Millionen verinnerlicht werden, sondern dass die Millionen mit der Leitung, der Organisation und den Idealen eins werden und alles zusammen zu einer Synthese verschmilzt. Die Methode, ihn mundtot machen zu wollen – von der Bevölkerung einmal abgesehen –, hat den Öcalanisierungsprozess weiter vertieft.

Die Hauptstütze dieser Phase ist die Realität des geschlechtsfreiheitlichen Gesellschaftsparadigmas. In der patriarchalischsten Gesellschaft des Mittleren Ostens vollzieht sich ein grandioses Erwachen der Frau, der Frau, die auf die Straßen geht und ihre Freiheit in jedem Haus, Schritt für Schritt kämpfend, erobert und so den Untergang der klassischen Führer- und Männerherrschaft gewährleistet.

Der Mann ist die Krise des herrschenden Staates, genau diese ist durch den Prozess der Frauenbefreiung vertieft worden. In diesem Zusammenhang stellte der Widerstand der Frau die größte Hürde dar auf dem Wege, die Gesellschaft zum Schweigen zu bringen, indem Öcalan zum Schweigen gebracht werden sollte. Die Regierung bereitet sich auf einen langfristigen Krieg vor, der Iran, Israel, die arabischen Länder und Syrien einschließt. Krieg ist die Fortsetzung der Innenpolitik mit anderen Mitteln. Aus diesem Grunde verfolgt der türkische Staat die Strategie „Krieg im Innern, Krieg in der Region". Auf den Krieg nach außen bereitet er sich vor, indem er die Feinde im Inneren auszuschalten sucht. Deshalb meint er, Verhandlungen mit Öcalan seien nicht nötig, um eine Friedensphase einzuleiten, und will ihn zum Schweigen bringen. Denn nur Öcalan kann den Frieden herbeiführen. Nur Öcalan kann Kandil an den Verhandlungstisch bringen. Aber weil die Regierung keinen Frieden will und sich auf einen umfassenden Krieg vorbereitet, unterzieht sie Öcalan einer umfassenden Isolation.

Statt des letzten Wortes …

Es wurde bereits ausgeführt, dass das Imralı-System eine Pleite erlitten hat und dass die kurdische Bevölkerung mit einer Überzeugung, die sie keinen Schritt mehr zurückweichen lässt, überall die Parole „Freiheit für Öcalan!" zum Ausdruck bringt. Diese Forderung ist der Hinweis auf einen Schlüsselschritt bei der Lösung einer historischen, sehr weitläufigen Frage.

Die seit über 30 Jahren geprobte Politik der Verleugnung, Vernichtung und Assimilation hat alle Völker der Türkei an den Rand des Abgrunds gebracht.

Der beste Weg da heraus ist: die Beendigung der militärischen und justiziellen Operationen, eine Abkehr von der verstaubten Politik der Vergangenheit, das gleichberechtigte Zusammenleben der Völker in der Verfassung abzusichern und so ins Leben zu rufen.

Es sind jedoch 300 Tage vergangen seit dem Abbruch aller Kommunikationskanäle mit Öcalan, als dem wichtigsten Akteur, mit dem der Staat sprechen sollte. Dies ist äußerst gefährlich. Denn es kann eine schlimmere Atmosphäre der Konfrontation hervorrufen als in der Vergangenheit.

Um dieser gefährlichen Phase ohne Schäden zu entgehen, ist der beste, konkreteste und für den Frieden der strategischste Vorschlag die Forderung „Freiheit für Öcalan!". ♦

Fußnoten:

1) Nach dem ersten kemalistischen Militärputsch in der Türkei vom 27.05.1960 wurden 1961 drei Politiker (der durch den Putsch gestürzte ehemalige Ministerpräsident Adnan Menderes und zwei seiner Minister) auf der Gefängnisinsel Imralı gehängt. Mit dem zweiten Militärputsch in der Türkei am 12.03.1971 wurde die Regierung von Ministerpräsident Süleyman Demirel gestürzt. Am 06.05.1972 wurden die drei Führungskader Hüseyin Inan, Deniz Gezmiş und Yusuf Aslan der aus der 1968er Studentenbewegung entstandenen revolutionären Organisation THKO (Volksbefreiungsarmee der Türkei) in Ankara hingerichtet.

2) Datum des dritten Militärputsches 1980; das türkische Parlament arbeitet noch heute auf der Grundlage der im Wesentlichen unveränderten Verfassung der Putschgeneräle.

3) Im öffentlichen Umgang wurde Menderes seit den 1980er Jahren rehabilitiert, seine Gebeine und die der beiden mit ihm Gehängten 1990 in ein eigens errichtetes Mausoleum in Istanbul überführt.

Kürtleri Cezalandırma Kanunu – Gesetz zur Bestrafung der Kurden

Der kurdisch-gordische Knoten der AKP

Ragıp Duran, Journalist und Schriftsteller

Die politische Bewegung der Kurden verzeichnete auf dem Feld der Kommunal- und Parlamentswahlen und beim Referendum zum 12. September[1] [*über eine Reform der Putschverfassung*] einen bedeutenden Sieg. Dieser Erfolg erregte die Missgunst der AKP und der Gülen-Gemeinde. Denn dadurch wurde deutlich, dass die Kurdenproblematik nicht mehr ohne Einbeziehung der Kurden gelöst werden kann und dass die politische Bewegung der Kurden nun die einzige politische Kraft ist, die in der Lage ist, der AKP auf jedem Gebiet Widerstand zu leisten. Diejenigen, deren politisches Handeln bankrott gegangen ist, versuchen nun mit Hilfe der Polizei und der Staatsanwaltschaft im Rahmen der sogenannten „KCK-Operationen" Herr der Lage zu werden.

„Jeden Morgen sind wir nach dem Aufstehen gezwungen, die Nachrichten über die Festnahmen auf dem Mobiltelefon zu lesen. Wir gehen ins Internet und lesen, wie viele Freunde aus ihren Häusern gerissen und festgenommen worden sind. In Istanbul scheint der Dienstag und in der Region der Donnerstag ein besonderer Tag dafür zu sein. Ich weiß nicht, ob die Polizei einen besonderen Grund hat, eben diese Tage auszuwählen …"

Die Istanbuler BDP-Abgeordnete Sebahat Tuncel nimmt im Parlament im Büro der stellvertretenden BDP-Fraktionsvorsitzenden Pervin Buldan Stellung zu den Fragen eines französischen Journalisten:

„In der Tat begann am 14. April 2009 der Staat mit einer Verhaftungswelle unter dem Namen ‚KCK-Operationen'; bisher sind mehr als zehntausend Menschen in Untersuchungshaft gekommen, davon wurden über 6400 verhaftet. Das kurdische Volk wird im Grunde seit 1925 mit verschiedenen Unterdrückungs-, Verhaftungs-, Assimilations-, Einschüchterungs- und Ermordungskampagnen konfrontiert. Gegen all das ist Widerstand geleistet worden."

In dieser Phase drängen sich zwei Fragen auf:

1. Selbst zur Zeit der schmutzigsten und blutigsten Phasen des Krieges gab es keine Verhaftungswelle solchen Ausmaßes und solcher Dauer. Warum jetzt?
2. Gibt es gegen diese weitreichenden Angriffe eine entsprechende Reaktion im In- oder Ausland?

Die erste Frage beantwortet der BDP-Abgeordnete Hasip Kaplan:

„Im Grunde hat der politische Erfolg, den unsere Partei beim Referendum zum 12. September und bei den Kommunal- und Parlamentswahlen erreichen konnte, die politischen Machthaber sehr gestört. Die Boykottbeteiligung [*beim Referendum*] war in der Region sehr hoch. Unsere Partei hat die Zahl der Bürgermeister von 50 auf 100 gesteigert. Bei der Parlamentswahl haben wir die Zahl unserer Abgeordneten von 20 auf 36 vergrößern können. Die sich durch diese Zahlen ausdrückende politische Kraft hat dazu geführt, dass der Wunsch der AKP, oder anders gesagt, der Wunsch des Ministerpräsidenten Erdoğan, die kurdische Frage ohne Kurden zu lösen, unerfüllbar wurde. Erdoğan hatte, um die MHP zu schwächen, im Wahlkampf erklärt, es gebe kein kurdisches Problem. Die verwendete nationalistische Rhetorik hat die politischen Machthaber zu der in der Vergangenheit bereits erprobten und auf Gewalt beruhenden Verleugnungspolitik verleitet. Aufgrund der Tatsache, dass die kurdische Bewegung derzeit die einzige politische Kraft ist, die auf allen Ebenen der AKP Widerstand leisten kann, hegt Erdoğan den Wunsch, sie zu zersplittern."

Später wird von ihm eine Liste der im Rahmen der Verhaftungswelle der KCK-Operationen Festgenommenen vorgelegt: Bürgermeister, BDP-Kommunal- und -Landesvertreter, Stadtverordnete, Mitglieder der Stadträte, Journalisten, Rechtsanwälte … Aufgrund der stetig steigenden Zahlen ist eine genaue Bezifferung schwierig. In der letzten Februarwoche lag die Zahl der Verhafteten bei knapp 7 000.

Unter den KCK-Festnahmen gibt es auch sehr bekannte Persönlichkeiten: beispielsweise Hatip Dicle. Oder Ragıp Zarakolu [*wurde mittlerweile wieder freigelassen*], Prof. Büşra Ersanlı oder Ayşe Berktay. Auf eine Anfrage bezifferte das Innenministerium die Zahl der Festnahmen mit 1051. Da eine hohe Zahl, unter denen sich auch im öffentlichen Gedächtnis bereits als demokratisch registrierte Intellektuelle

befinden, im Inland, aber insbesondere im Ausland Reaktionen auslösen würde, werden offiziell nur diejenigen als verhaftet genannt, die mit dem Vorwurf der „Leitung einer Organisation“ konfrontiert sind. Die restlichen 6 000 sind der „Mitgliedschaft“ beschuldigt.

Interessant ist eigentlich, dass die im Rahmen der Anti-Terror-Gesetze verhafteten KCK-Beschuldigten noch nicht einmal ein Taschenmesser bei sich getragen haben. Nach Aussage Hasip Kaplans ist in der Anklageschrift weder im Rahmen der Durchsuchung und Festnahme noch im Rahmen der Verhaftung der Vorwurf der Gewalt Gegenstand der Anklage.

Der Co-Vorsitzende der BDP, Selahaddin Demirtaş, hat sich bereits geäußert: „Im Grunde handelt es sich hier um BDP-Verhaftungen. Die unter KCK-Vorwand Verhafteten sind nahezu alle Sympathisanten und Mitglieder unserer Partei.“ Beispielsweise wurden 25 Jugendliche verhaftet, die Mitglieder im „BDP-Jugend-Rat“ sind, wobei sie im Rahmen einer Mitgliedschaft in einem „KCK-Jugend-Rat“ in Haft kamen. Diese Struktur wird in der BDP-Satzung als „Rat der patriotisch-demokratischen Jugend“ bezeichnet. Die BDP-Abgeordneten fragten beim Innenministerium an: „Existiert eine illegale Organisation mit dem Namen ‚Rat der patriotisch-demokratischen Jugend‘“? Das Innenministerium hat dazu „Nein“ gesagt, aber in der Anklageschrift gibt es eine solche!

Apropos Innenministerium, da ist man gezwungen, „Neues großes Modell türkische Größe“ Idris Naim Şahin zu benennen. Was war noch mal Terrorismus? Gemälde, Skulptur, Gedicht, Erzählung, Roman, wissenschaftliche Studien … Im Grunde sind die KCK-Verhaftungen ein Produkt dieser weiten Definition. Aus dieser Definition heraus wird jeder, der an einem BDP-Parteigebäude vorbeigeht, eine kurdische Parole ruft, jeder, der sich auf demokratische Art und Weise für mehr Rechte für das kurdische Volk äußert oder seine Stimme der BDP gibt, verhaftet. Auf diese Weise kämpft die AKP gegen den Terror. Die kurdische Frage wird gelöst, indem die Kurden draußen, einer nach dem anderen, dezimiert werden …

Bei den bereits seit drei Jahren andauernden KCK-Prozessen herrscht die „Kurdisch-Krise“ (eigentlich handelt es sich um eine aufgezwungene „Türkisch-Krise“), weshalb wegen des Arbeitstempos der Justiz kein Fortschritt erzielt werden kann.

Die Anschuldigungen sind vage und mehr als nur merkwürdig. Entweder gibt es keine konkreten Informationen, keine Beweise und Belege, oder wenn, dann nur sehr wenige. Geheime Aufzeichnungen, abgehörte Telefonate, geheime Zeugenaussagen, geheime Informationen durch Verhöre, viele im Nachhinein erzeugte Beweise lassen zusätzliche Zweifel an den angeblichen Verbrechen entstehen … Nachdem die Richter mit Sonderbefugnissen die Prozesse als „geheim“ erklärt haben, können Rechtsanwälte – auch einige Rechtsanwälte sind inhaftiert –, die sich mit diesen Fällen beschäftigen, keine Informationen erhalten, und sie wissen meistens nicht einmal, was exakt der Grund für die Festnahme des jeweiligen Mandanten ist. Aber so sind in der Berichterstattung der regierungsnahen Medien oftmals Anklagen veröffentlicht worden, die in dieser Form noch gar nicht gerichtlich erwirkt worden waren. Dabei steht mehr die Politik als die Justiz auf der Tagesordnung. Eine gerechte Verhandlung ist bis heute nicht in die Justizsäle gelangt. Kranke mit einem Attest werden vielleicht nie wieder gesund werden können!

Außerdem hat noch die zu Anfang benannte „Gemeinde“ ihre Finger bei den KCK-Operationen im Spiel. Die Kurdenpolitik der AKP wird unter dem Deckmantel von Polizei und Justiz von der Gemeinde in die Tat umgesetzt. Auch wenn es in letzter Zeit zwischen Gemeinde und AKP Differenzen gibt, sind trotz der verschiedenen Ansichten beide in der kurdischen Frage derselben Meinung, weil beide sich von den Kurden gestört fühlen. Zu Beginn der KCK-Prozesse gab der Rechtsanwalt Hatip Dicles, Eşber Yağmurdereli, nach einem Besuch eine Äußerung seines Mandanten weiter: „Wir haben in den kurdischen Gebieten drei Feinde: die AKP, die Gülen-Bewegung und die Zeitung Taraf.“ Tatsächlich sind alle drei seither bemüht, Dicles Behauptung, mit allen erdenklichen Mitteln, zu beweisen.

Es mag sein, dass die Gemeinde im Polizei- und Justiz-Sektor gut organisiert ist. Auch im Medienbereich scheint sie stark vertreten zu sein. Der akademische und der touristische Bereich werden verstärkt. Aber sie haben ein wichtiges Manko: die Masse! Das Anliegen der Gemeinde ist es, die BDP-, KCK- und PKK-Existenz aus dem Weg zu räumen und diesen Leerraum zu füllen. Es wird nach der Prämisse gehandelt: „Wenn wir die kurdischen Führungsleute einsperren, werden wir die Masse draußen führen.“ In der Tat ist ein großer Teil der Entsandten des Diyanet [*„Amt für Religiöse Angelegenheiten“ in der Türkei*] im Umkreis von Diyabakır und Batman Bewunderer von Fethullah Gülen. Die Geschäftsmänner der Gülen-Gemeinde investieren in letzter Zeit in der Region verstärkt, vor allem im Bereich Bergbau. Die Zahl der klein- und mittelständischen Unternehmen, an deren Türen jeden Morgen zehn Zaman-Zeitungen [*Gülen-nahe Tageszeitung*] hinterlassen werden, steigt stetig.

Es gibt eine wichtige Besonderheit, die die Gemeinde nicht versteht und nicht verstehen wird: Die Kurden haben beispielsweise wütende Jugendliche, die sich ohne zu zögern für Öcalan anzünden würden. Kurdische Mütter und Väter schicken ihre Kinder in die Berge und warten hoffnungsvoll und geduldig auf ihre Rückkehr. Die Angehörigen der Gemeinde dagegen sind mit monatlichen Einnahme- und Ausgabebilanzen, mit Gewinnen und mit den CDs der Predigten des Herrn Hoca [*türk.: Lehrer*] beschäftigt. Beim Paradox der religiösen und der nationalen Zugehörigkeit sind die Kurden im Vorteil. Die Behauptungen der Gemeinde über den Islam und das weiße Kurdentum sind keine allgemeingültige Realität in der kurdischen politischen Welt. Diese Welt bringt, im Gegensatz zur Gemeinde, wahrhaftigere Moslems hervor und ist noch dazu schwarz.

Kommen wir zu der zweiten Frage: Warum gibt es keine gebührende Reaktion? Sebahat Tuncel beantwortet diese Frage: „Eigentlich gibt es Reaktionen. Die Kurden sind jeden Tag auf den Beinen, sie sind jeden Tag auf der Straße. Ich bin seit fünf Jahren Abgeordnete und kann sagen, dass ich bis jetzt quasi keinen Tag ohne eine Demonstration oder Kundgebung erlebt habe. Erst letzte Woche protestierten Zehntausende von Menschen in Istanbul, Adana, Batman und Diyarbakır gegen

die KCK-Verhaftungen. Es befinden sich immer noch 400 Gefangene im unbefristeten Hungerstreik. Der unbefristete Hungerstreik hat die Forderungen zum Gegenstand, in der kurdischen Frage eine friedliche, politische Lösung zu finden, und die Freiheit von Herrn Öcalan. Auch wir haben am sechsten und am siebten Tag zur Unterstützung und in Solidarität zwei Tage lang am Hungerstreik teilgenommen. Im Parlament haben wir die Hungerstreik-Westen angezogen. In den Zeitungen erschien diese Nachricht in zwei Zeilen und im Fernsehen wurde sie 40 Sekunden lang ausgestrahlt, mehr nicht, und aus Europa war gar nichts zu hören. Das Europaparlament hat lediglich seine Bedenken gegen die KCK-Verhaftungen ausgesprochen, das ist alles. Es gibt also Reaktionen, doch werden sie nicht in den Medien widergespiegelt, denn die großen Medien sind uns verschlossen. Wir können nur das Rednerpult im Parlament nutzen."

Diejenigen, die regelmäßig die Region besuchen, wissen ganz genau, weil sie es auch sehen, hören und erfahren, dass seit Beginn der KCK-Operationen die Zahl der Jugendlichen, die in den Süden gehen, offensichtlich gestiegen ist. Außerdem wird dieser Anstieg von zwei Änderungen begleitet. Früher sind mehrheitlich die Kinder mit ländlichen Wurzeln und die Kinder, die vor ihrer Vertreibung schon mit der PKK in Kontakt gewesen waren, in die Berge gegangen. Mittlerweile bevorzugen auch Kinder aus den Städten und dem Mittelstand Kandil, Hewler oder Diyarbakır. Die zweite Änderung ist das Alter derjenigen, die sich anschließen. Die in die Berge gehen, sind immer jünger. Früher haben sich schwerpunktmäßig Studenten für den Süden entschieden, aber mittlerweile wird überall erzählt, dass immer mehr aus der Mittelschule und sogar Kinder aus Grundschulen ihre Hoffnung verlieren und sich dann der PKK anschließen und auf den Weg in die Berge machen.

Familienangehörige, deren Kinder sich für die Berge entschieden haben, wenden sich an BDP-Abgeordnete und fragen: „Ist unser Sohn wirklich in die Berge gegangen? Findet das bitte heraus und informiert uns." Die BDP-Abgeordneten können in dieser Hinsicht nichts tun. „Wir können diese Familien nur anhören und versuchen, sie zu besänftigen. Anscheinend sind wir dabei nicht sehr erfolgreich. In letzter Zeit, also seit die KCK-Operationen intensiviert worden sind, sagen die Angehörigen auf der einen Seite, dass sie ihre Kinder an ihrer Seite sehen möchten, und auf der anderen Seite sind sie wütend auf uns: ‚Was macht Ihr in diesem Parlament? Tag für Tag werden Hunderte von Euren Mitgliedern, Freunden ins Gefängnis gesteckt und es scheint so, als ob Ihr hier nicht viel erreichen könnt.'"

Es gibt einen bedeutenden Widerspruch, nicht nur bei der AKP, sondern auch bei der türkischen herrschenden Klasse: Ankara sagt seit langer Zeit, dass die PKK die Waffen niederlegen soll. Die PKK hat sich schon seit längerem für den politischen, friedlichen, diplomatischen Weg entschieden. Der klarste Beweis dafür sind die fünf Treffen von Oslo[2]. Die Kurden wollen mit den Fähigkeiten der BDP Politik machen, aber die BDP wird mit den KCK-Operationen unter Druck gesetzt. Die KCK-Operationen lassen die militärischen Entscheidungen der PKK charmant erscheinen. Die in den Süden gehenden Jugendlichen erzählen, dass ihre Hoffnung auf ein friedliches Zusammenleben mit den Türken, auf eine demokratische Lösung und auf einen Neubeginn der Verhandlungen schwindet. Manche BDPler geben besorgt zu: „Obwohl wir es nicht so wollen, sehen wir in letzter Zeit häufig Zeichen der Abtrennung."

Dabei hatte das AKP-Regime eine Zeitlang eine demokratische Öffnung konzipiert, so planlos und unvorbereitet sie auch war. Wahrscheinlich war das aufrichtig. Aber Aufrichtigkeit in der Politik ist nicht wichtiger und nicht nötiger als der Wille. Die negative Haltung der Gülen-Gemeinde beeinflusste das ebenfalls. Nachdem sie bei den Wahlen über 50 % der Stimmen hatten, wurden Gerechtigkeit und Recht ins Regal gelegt: „Wir können alles machen, was wir wollen. Was wir tun, ist das Richtige." Die sich annähernde AKP wurde plötzlich zur verschlossenen und verhaftenden AKP. So wie jede Macht, die in Bedrängnis gerät, dachte die AKP, den Ausweg in Nationalismus und Gewalt gefunden zu haben.

Wie unmöglich es auch ist, in einem Land, in dem Krieg herrscht, eine neue Verfassung zu erstellen, setzen trotzdem viele Hoffnungen in die Vorbereitungen für eine neue Verfassung. Fortgeschrittene Demokratie [*Parole der AKP*] – sollte die neue Verfassung die KCK-Operationen in juristischer Hinsicht beinhalten, wird diese Verfassung auch die kurdische Problematik nicht lösen. Außerdem ist die kurdische Frage keine juristische, sondern eine politische. In der AKP ist die Meinung vorherrschend, dass die kurdische Frage mit der Realisierung eines TOKI-Projekts [*der staatlichen Wohnungsbaubehörde*] gleichgesetzt werden kann. Die kollektiven Rechte der Kurden interessieren sie nicht. Das Einzige, was sie sagen, ist, dass die PKK die Waffen niederlegen soll. Obwohl die PKK keine Angriffe auf die Zivilbevölkerung verübt, kriminalisiert das Regime jegliche politische und friedliche Aktion der Kurden und die Kurdenfrage gerät mit der Identifizierung mit dem Terrorismus ins Stocken. Die Kurden lernen, wie sie aus der tausendjährigen Sackgasse herauskommen. Wenn die AKP dabei auf ihrem Eigensinn beharrt, wird sie gegen die Wand stoßen. Sie merkt das nur nicht … ♦

Der Artikel stammt aus Ragıp Durans Blog zur Kritik der Medien vom 10.03.2012: http://apoletlimedya.blogspot.de/ (Abruf vom 12.04.2012).
Der Schriftsteller und Journalist Ragıp Duran ist bekannt für seine offene kritische Haltung gegenüber der türkischen Presse, die er als zentralistisch gesteuert bezeichnet. Insbesondere kritisiert er ihre Hetzkampagnen gegen die Kurden und die anderen Minderheiten. Neben Kolumnen in verschiedenen türkischen Medien schreibt er für eine französische und eine libanesische Zeitung.

Fußnoten:
1) Der Militärputsch vom 12. September 1980 ist in der gängigen Literatur als der 12. September bekannt.
2) zwischen Vertretern des nationalen Geheimdienstes MIT und der PKK im letzten Jahr

Über das freiwillige Ende der freien Presse in der Türkei

Türkische Medien: Sprachrohr des Regimes

Murat Çakır

Die Presse- und Meinungsfreiheit sei ein hohes Gut der Demokratie und die AKP-Regierung habe in den letzten neun Jahren nie dagewesene mutige Schritte in Sachen Pressefreiheit unternommen – so der türkische Premier Erdoğan auf einer Galaveranstaltung aus Anlass des 25-jährigen Bestehens der Tageszeitung »Zaman«.

Nun, sicherlich war die Veranstaltung des Flaggschiffs der islamisch-neoliberalen Gülen-Bewegung eine gute Bühne für den Premier. Widerspruch hatte er nicht zu erwarten. Von der Freiheit, im eigenem »Stall« zu sprechen, ermuntert fand Erdoğan für verhaftete JournalistInnen in der Türkei nur verächtliche Worte: »Man führt gegen die Türkei eine Schmutzkampagne, indem man Polizistenmörder, Frauenbelästiger und Putschbefürworter als Journalisten bezeichnet«.

Diese Begründung gehört zum Standardrepertoire der türkischen Regierung. Rund zwei Monate vorher, am 12. Oktober 2011, erklärte der EU-Minister Egemen Bağış vor der internationalen Presse: »In der Türkei gibt es keinen einzigen Journalisten, der wegen der Ausübung seines Berufes verhaftet wurde. Alle in dem Fortschrittsbericht erwähnten Journalisten wurden nicht wegen ihres Berufes, sondern wegen illegaler Tätigkeiten verhaftet.«

Wer's glaubt, wird selig! Würde mensch sich nur über die gängigen türkischen Medien informieren, hätte mensch den Eindruck, dass die Türkei ein Musterbeispiel der Pressefreiheit ist. Doch die Realität sieht anders aus. Zahlreiche unabhängige Institutionen, so z. B. der Internationale PEN-Club oder die Organisation »Reporter ohne Grenzen« beziffern die Zahl der zu Unrecht inhaftierten JournalistInnen in der Türkei auf über 110. Auf der Liste der Pressefreiheit rangiert die Türkei damit auf Platz 148 von 179 Ländern.

Gleichschaltung der Medien und Feindstrafrecht | Vor diesen Realitäten können auch konservative europäische Institutionen nicht schweigen, die ansonsten AKP-freundlich agieren. So sieht z. B. die Konrad-Adenauer-Stiftung die Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei besonders gefährdet.

Das kommt nicht von ungefähr: Seit ihrem Machteintritt hat die AKP-Regierung zahlreiche Instrumente zur systematischen Gleichschaltung der Medien eingeführt. Vor allem mit der Novellierung des Strafgesetzbuches in 2005 und den Änderungen im »Gesetz zur Terrorismusbekämpfung« wurde die Arbeit der kritischen JournalistInnen erheblich erschwert. Die Erdoğan-Regierung schreckt nicht davor zurück, gegen oppositionelle JournalistInnen das Feindstrafrecht anzuwenden.

Gegenwärtig sind fast 7 000 Internetseiten gerichtlich verboten. Gegen die Tageszeitung Özgür Gündem sind 550 Verfahren anhängig. Obwohl die Presse- und Meinungsfreiheit gesetzlich gewährleistet ist, wird sie durch Willkürjustiz und Feindstrafrecht ad absurdum geführt. So wird beispielsweise als Straftatbestand angesehen, »gegen die grundlegenden nationalen Interessen zu verstoßen«. Staatsanwälte mit Sondervollmachten definieren dann die »nationalen Interessen« und zerren kritische JournalistInnen vor Sondergerichte.

Einige JournalistInnen sind seit Jahren in Haft – ohne zu wissen, wessen sie beschuldigt werden, da die Anklage zur Geheimsache erklärt wurde.

So wurden insbesondere kurdische JournalistInnen mit dem Vorwurf, »Mitglied einer terroristischen Organisation zu sein« verhaftet. Nachrichten zu schreiben, über Missstände zu informieren oder über Massaker der Armee zu berichten, die von den gängigen Medien totgeschwiegen werden, reichen aus, um als »Terrorist« abgestempelt und mit dem Vorwurf, »terroristische Straftaten begangen zu haben, ohne Mitglied der Terrororganisation zu sein«, verhaftet zu werden. Alleine 30 MitarbeiterInnen der Dicle-Nachrichtenagentur, 12 der Zeitschrift Azadiya Welat und 12 JournalistInnen der Tageszeitung Özgür Gündem sind mit diesen Vorwürfen seit Monaten in Haft.

Einige JournalistInnen sind seit Jahren in Haft – ohne zu wissen, wessen sie beschuldigt werden, da die Anklage zur Geheimsache erklärt wurde.

Mit dieser Praxis versucht die AKP nicht nur die kurdischen bzw. linkssozialistischen Medien mundtot zu machen, sondern baut damit ein immenses Bedrohungspotential gegenüber jeglicher kritischer Berichterstattung auf. Der Premier spielt hier eine besondere persönliche Rolle.

Es gehört zu den fast alltäglichen Ritualen von Erdoğan, sich mit der kritischen Presse und JournalistInnen auseinanderzusetzen. Insbesondere bei den Sitzungen der AKP-Fraktion im türkischen Parlament nimmt er nicht nur Zeitungen unter Beschuss, sondern namentlich genannte JournalistIn-

nen, die kurz danach von ihren ArbeitgeberInnen fristlos entlassen werden. So erging es beispielsweise den renommierten Journalistinnen Nuray Mert, Ece Temelkuran oder der Fernsehmoderatorin Banu Güven. Selbst ehemals regierungsfreundliche Stimmen wie Mehmet Altan werden davon betroffen, wenn sie sich »unrühmlich« verhalten.

Einschüchterungs- und Züchtigungsmethoden | Erdoğan bedient sich bei seinem »Kampf« gegen die »AKP-feindliche Presse« meist auch der Medienunternehmen selbst. Wenn Medienunternehmen sich zu kritisch gegen die AKP-Regierung positionieren, werden sie zu Zielen von behördlichen Attacken. So bekam beispielsweise das größte Medienunternehmen der Türkei, die Doğan-Holding, deren einige Tageszeitungen und Fernsehsender über die Regierungsarbeit kritisch berichteten, 2010 eine Steuernachzahlungsaufforderung von nahezu einer Milliarde Euro. Holdinginhaber Aydın Doğan war gezwungen, sich von einigen seiner Tageszeitungen zu trennen, Firmenanteile zu verkaufen und MitarbeiterInnen zu entlassen.

Doch damit nicht genug: Die zuständigen Ministerien wurden angewiesen, Firmen, die im Besitz von Aydın Doğan sind, bei staatlichen Ausschreibungen nicht mehr zu berücksichtigen. Genau das war für Doğan-Holding ein besonders harter Schlag, da sie in anderen Wirtschaftsbereichen, so z. B. im Energiesektor, stark engagiert ist.

Die Drohung, bei staatlichen Ausschreibungen keinen Zuschlag zu bekommen, oder die Angst, horrende Steuernachzahlungsaufforderungen zu erhalten, wirken disziplinierend. Dennoch, das Ende der freien Presse in der Türkei ist auch freiwillig. Denn die gängigen Medien gehören großen Unternehmensgruppen, die in verschiedenen Wirtschaftszweigen tätig und auf staatliche Aufträge angewiesen sind. Die gängigen Medienunternehmen sind große Konzerne, die von der neoliberalen Politik der AKP-Regierung am meisten profitieren. Die Grenzen der Pressefreiheit in den gängigen Medien werden von den wirtschaftlichen Interessen der Konzerne definiert.

Daher ist es nicht nur die staatliche Zensur, die die journalistische Arbeit erschwert, sondern auch die Selbstzensur der Redaktionen, die von den Zeitungsverlegern unter Druck gesetzt werden.

Im Oktober 2011 lud Erdoğan ausgesuchte Zeitungsverleger und Chefredakteure zu einem Treffen ein. Während dieses Treffens forderte er die Medien auf, ihre Berichterstattung auf »nationale Interessen« auszurichten und regierungskritische JournalistInnen zu entlassen. Nach diesem Treffen erklärte Erdoğan vor Fernsehkameras, dass er die Zeitungsverleger aufgefordert habe, »bei der Berichterstattung über die Bekämpfung des Terrors besondere Verantwortung zu zeigen«.

Wie diese »besondere Verantwortung« aussieht, konnte mensch nach dem Massaker von Roboski verfolgen. Ende Dezember 2011 wurden in Roboski 34 junge Kurden, die meisten Angehörige einer einzigen Familie, bei einem Bombenangriff der türkischen Armee getötet. Während kurdische Medien wie Roj TV oder die Nachrichtenagentur ANF binnen kurzer Zeit darüber berichteten, brauchten die türkischen Medien für erste zaghafte Berichte mehr als neun Stunden – in diesem Informationszeitalter eine Ewigkeit. Doch danach begann die perfide Manipulation der Öffentlichkeit. Mit rassistischen Kommentaren wurden die Opfer zu Tätern gemacht und die Armee reingewaschen. Obwohl einige kritische Stimmen in den gängigen Medien zu hören waren, verfolgen die meisten türkischen Zeitungen heute eine Strategie des Vergessens.

Daher ist es nicht nur die staatliche Zensur, die die journalistische Arbeit erschwert, sondern auch die Selbstzensur der Redaktionen, die von den Zeitungsverlegern unter Druck gesetzt werden.

Diese Einschüchterungs- und Züchtigungsmethoden haben dazu geführt, dass nun die AKP-Regierung fast 90 Prozent der türkischen Medien kontrolliert. Presse- und Meinungsfreiheit sieht wahrlich anders aus.

Die Rolle des Westens | Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit ist eine der unsäglichen Traditionen der »modernen« Türkei, eines Landes, das einem Zeitungs- und Parteienfriedhof gleicht. Verbote, Bombenattentate, extralegale Hinrichtungen von JournalistInnen (laut einer Studie des Journalisten Necati Abay wurden in den letzten 103 Jahren 115 JournalistInnen in der Türkei ermordet), anhaltende Repressalien und Verhaftungen gehören zum Alltag von JournalistInnen und kritischen Medien.

Die entwickelten kapitalistischen Länder spielten dabei immer eine unrühmliche Rolle. Ihre Unterstützung und Zusammenarbeit war die wichtigste Stütze der Herrschenden in der Türkei. Auch heute kann verfolgt werden, wie der Westen, insbesondere die USA und die EU, durch ihre Unterstützung die Pervertierung der bürgerlichen Demokratie in der Türkei möglich machen. Dabei übernehmen sie auch, wie in der BRD zu sehen ist, die Aufgabe des Vollzugsbeamten außerhalb der Türkei. Kurdische Medien werden auch in Europa kriminalisiert und als »terroristisch« stigmatisiert. Die Bundesregierung scheut dabei auch nicht vor Maulkorberlassen zurück: Dem kurdischen Politiker Muzaffer Ayata, der in der Türkei jahrelang inhaftiert war und in die BRD flüchten musste, wurde nicht nur die politische Betätigung, sondern auch journalistische Tätigkeit per Gerichtsbeschluss verboten (s. S. 63).

Die demokratische Öffentlichkeit in Europa, insbesondere unabhängige MedienmacherInnen stehen vor der Aufgabe, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen. Der Einsatz für die Gewährleistung der Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei bedeutet zugleich die eigenen Freiheitsrechte in der BRD und in Europa zu verteidigen.

Wer angesichts der Berichte aus der Türkei weiter schweigt, wird sich den Vorwurf gefallen lassen müssen, mitschuldig zu sein. Wer die Presse- und Meinungsfreiheit wirklich als ein hohes Gut ansieht und verteidigen will, darf nicht weiter schweigen. Was gemacht werden könnte, bedarf hier keiner weiteren Erläuterung. Ein Blick auf die Website »demokratie-hintergittern.blogsport.de« wird ausreichen. ♦

„Deswegen müssen wir auch im echten Leben immer weiter schreien. Nur so können wir am Leben bleiben!“

... als würde die Menschenrechtsarbeit nie ein Ende finden

Kampagne „Demokratie hinter Gittern“ im Gespräch mit Sevim Salihoğlu, IHD

Sevim Salihoğlu, die stellvertretende Vorsitzende des Menschenrechtsvereins der Türkei IHD, über die neuen Arbeiten des Menschenrechtsvereins hinsichtlich Gewalt an Frauen und die Situation der von sexualisierter Gewalt betroffenen Kinder im Pozanti-Gefängnis.
Sevim Salihoğlu ist seit über zehn Jahren als Menschenrechtlerin aktiv. Sie ist studierte Staats- und Wirtschaftswissenschaftlerin. Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe der Kampagne „Demokratie hinter Gittern“ zum Tag der politischen Gefangenen im März 2012 referierte sie in Frankfurt, Düsseldorf, Hamburg und Berlin u. a. über die allgemeine Situation in den Gefängnissen in der Türkei, die weiter anhaltende Verhaftungswelle und die KCK-Verfahren.



Sevim Salihoğlu auf der Veranstaltung in Hamburg. Foto: A. Bender

Mit welchen Themen beschäftigt sich der Menschenrechtsverein aktuell am meisten?

Der IHD beschränkt sich eigentlich bei seiner Arbeit nicht auf spezielle Themen, sondern fasst die Menschenrechtsarbeit als ein Ganzes auf. Aber natürlich gibt es von Zeit zu Zeit Themenbereiche, bei denen die Menschenrechtsverletzungen einfach schwerwiegend und dringlich sind. Und dann müssen wir uns auf diese Themen mehr konzentrieren. Kurz bevor ich mich für diese Rundreise auf den Weg nach Deutschland gemacht habe, wurden die Vorfälle im Pozanti-Gefängnis öffentlich, wo Kinder sexuell belästigt, vergewaltigt und gefoltert wurden. Wir haben uns in letzter Zeit vor allem damit beschäftigt. Dann gab es eine Phase, in der Frauenmorde dramatisch zugenommen hatten, damals haben wir uns dann vorwiegend mit diesen Fällen beschäftigt. Aber das hindert uns natürlich nicht daran, uns auch um andere Menschenrechtsverletzungen in der Zeit zu kümmern. Allerdings konzentrieren wir uns dann schon auf diese dringlichen Fälle.

Ich möchte zu den beiden Fällen, die Du eben angesprochen hast, noch einige kurze Fragen stellen. Was habt Ihr hinsichtlich der Frauenmorde gemacht?

Wir haben in diesem Jahr einen Beschluss gefasst und in unseren jährlichen Berichten Kategorien hinzugefügt, die sich mit Gewalt an Frauen im Allgemeinen, also Gewalt am Lebensrecht der Frau, sexueller Belästigung, Vergewaltigung, Gewalt an der Frau im öffentlichen Bereich, häuslicher Gewalt an der Frau und den Frauenselbstmorden befassen. Und dabei befassen wir uns nicht nur mit den Fällen, in denen das Opfer direkt zu uns kommt, sondern nehmen auch die Fälle aus der Presse oder unserem Umfeld mit in unseren Berichte auf und verfolgen sie. Diese Arbeit haben wir wegen personeller Engpässe mit unseren PraktikantInnen durchgeführt. Und hierbei haben wir im letzten Jahr allein 170 Morde an Frauen ausfindig gemacht. Und dabei handelt es sich, und das betonen wir immer und überall, nur um diejenigen Fälle, die wir ausfindig machen konnten. Es gibt Mordfälle, die aus vielerlei Gründen noch nicht einmal außerhalb des Stadtteils gelangen, in dem sie geschehen. Wir werden versuchen, die Gründe dieser Morde, natürlich gibt es keine wirklichen Gründe in diesem Sinne, die juristische Verfolgung der Täter zu verfolgen, Vergleichsfälle der Morde usw. ausfindig zu machen und in unsere Berichte einfließen zu lassen. Wir werden versuchen zu untersuchen, wie die Justiz bei der Verfolgung dieser Fälle funktioniert. Hierbei werden wir natürlich auch prüfen, ob es Unterschiede bei der juristischen Verfol-

gung in verschiedenen Teilen des Landes gibt. Das ist eine ganz neue Arbeit für uns. Das Berichten über diese Fälle ist nicht wirklich eine neue Arbeit, aber die Bewertung der Rolle der Justiz in diesen Fällen stellt Neuland für uns dar. Das ist auch für die Türkei eine neue Arbeit. Es gibt Fälle, die uns wirklich schockiert haben. Wenn wir diese Fälle gut vermitteln können, dann wird das eine wirklich bedeutende Arbeit des Menschenrechtsvereins werden. Bei dieser Arbeit haben wir Izmir, Trabzon, Ankara, Wan (Van) und Riha (Urfa) als Zielgebiete ausgesucht. In diesen Gebieten haben wir alle Gewalttaten an Frauen, bei denen die Justiz eingeschaltet wurde, unter die Lupe genommen. Wir haben uns mithilfe der AnwältInnen etwa 3 000 Fälle anschauen können. Das Ergebnis hat uns erschüttert. Es gibt beispielsweise Fälle von 13-, 14- oder 15-jährigen Mädchen, die mit Einwilligung ihrer Väter religiös verheiratet wurden und in einem Alter, in dem sie noch nicht einmal ausgewachsen sind, geschwängert wurden. Bei einigen dieser Fälle haben die ÄrztInnen oder das Pflegepersonal dies an die Staatsanwaltschaft getragen. Doch die Staatsanwaltschaft hat diese Fälle zum Teil einfach mit der Begründung „Geschlechtsverkehr mit beidseitiger Einwilligung" abgetan. Genauso hat die Staatsanwaltschaft diese „Paare" darauf verwiesen sich auch staatlich zu liieren, damit man offiziell den Fall vom Tisch bekommen kann. Es werden also beispielsweise 14-jährige Mädchen von ihren Vätern verheiratet, nach unserer Ansicht, also der Sicht der MenschenrechtsvertreterInnen, werden diese Mädchen dann vergewaltigt und geschwängert. Dann gerät der Fall irgendwie zur Staatsanwaltschaft, von wo aus allerdings das Mädchen dazu gezwungen wird, sich mit ihrem Vergewaltiger zu verheiraten. Auch wenn mit diesem Fall weitere häusliche oder sexuelle Gewalt verbunden ist, wird durch diesen Akt jegliche Möglichkeit rechtlicher Verfolgung genommen. Niemand kann sagen „Warum mischt ihr euch ein, wenn diese Kinder aus eigenem Willen geheiratet haben?" So etwas gibt es nämlich nicht. Mit 14 oder 15 kann mensch keine eigenständige Einwilligung für eine Heirat oder Geschlechtsverkehr geben.

Wir haben außerdem gemerkt, dass die Justiz je nach Örtlichkeit des Geschehens unterschiedliche Urteile fällen kann. In Riha (Urfa) fällen die Gerichte zum Teil andere Urteile als in Trabzon oder im Westen der Türkei. Ein auffallendes Merkmal bei den Gerichtsurteilen zum Thema Gewalt an Frauen war auch, dass in keinem dieser Urteile je Bezug genommen wurde auf internationale Übereinkommen zu diesem Thema, von denen die Türkei ja auch einige unterzeichnet hat. Nicht in einem einzigen Fall gab es so etwas, noch nicht einmal die AnwältInnen der Frauen haben dies getan. Bei 3 000 untersuchten Fällen wurde nicht einmal gesagt, dass dies oder jenes nicht mit internationalen Abkommen in Übereinstimmung zu bringen ist und in diesem Sinne verurteilt werden müsste.

Welche Verbindung seht Ihr zwischen der staatlichen Gewalt an Frauen und der gesellschaftlichen Gewalt an Frauen?

Beide Formen der Gewalt fördern sich gegenseitig. Das militaristische Paradigma des Staates ist eigentlich das Paradigma des Mannes. Und dieses Paradigma nützt dem Mann dementsprechend auch. Bei der Gewalt an Frauen tragen dadurch der Staat, die Nachbarschaft und der Haushalt eine gemeinsame Verantwortung. Das Ganze kann nicht voneinander losgelöst betrachtet werden. Es ist so, als ob der eine es kocht und die anderen es aufessen.

Laut Berichten einiger Frauenorganisationen ist die Gewalt an Frauen während der Regierungszeit der AKP um 1400 % explodiert. Habt Ihr eine ähnliche Tendenz in Eurer Arbeit bemerkt?

Um ehrlich zu sein, uns ist solch eine Entwicklung nicht aufgefallen. Ich glaube nicht, dass die Tatsache, dass die Gewalt an Frauen so sehr an die Öffentlichkeit gelangt ist, mit der AKP zu tun hat. Ich glaube deshalb auch nicht, dass die Gewalt wegen der Politik der AKP oder sonst einer Regierung gestiegen ist. Weil es die Gewalt an der Frau zu jeder Periode und jeder Zeit gab und gibt. In dieser Zeit ist diese Gewalt allerdings durch die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen und insbesondere von Frauenorganisationen noch mehr ans Tageslicht gekommen. Diese Organisationen tragen dies bewusster an die Öffentlichkeit, deswegen sieht es auf den ersten Blick so aus, als sei die Gewalt gestiegen. Es gab diese Gewalt auch vor zehn Jahren, damals war sie versteckter.

Ich glaube nicht, dass dies mit der Regierung zusammenhängt. Das sind auch die Aussagen von RechtsanwältInnen, mit denen wir zusammenarbeiten. Sie sagen auch, dass es früher schon Anklagen wegen Gewalt an den Frauen gab. Der Grund, warum es mehr an die Öffentlichkeit gelangt, ist ganz einfach die Existenz einer aufgeschlossenen Gruppe von Menschen, die sich damit befassen und versuchen, das auf die öffentliche Tagesordnung zu setzen. Normalerweise trägt das Öffentlich-werden dazu bei, dass diese Gewalt auch sinkt. Aber wir müssen auch festhalten, dass die AKP-Regierung keinerlei Bemühungen unternommen hat, diese Gewalt aktiv zu unterbinden. Zumindest gibt es keine ersichtlichen Bemühungen.

Wie ist es dazu gekommen, dass die Ereignisse von Pozanti in die Öffentlichkeit gelangt sind?

MenschenrechtsaktivistInnen machen schon seit Jahren darauf aufmerksam, dass in den Gefängnissen von Pozanti, Bergama, Amed (Diyarbakır) und Sêrt (Siirt) Menschenrechtsverletzungen begangen werden und dies umgehend gestoppt werden muss. Wenn Ihr euch erinnert, haben im Jahr 2011 im Gefängnis von Sêrt (Siirt) beispielsweise zehn Kinder versucht Medikamente zu sammeln, um mit Hilfe dieser Medikamente Suizid zu begehen. Sie wollten dadurch das vergessen machen, was ihnen im Gefängnis widerfahren ist. Selbst wenn den Kindern in den Gefängnissen rein gar nichts widerfahren wäre, ist es falsch, diese Kinder überhaupt in die Gefängnisse zu stopfen. Im Fall von Pozanti haben uns die Kinder, wenn auch über Umwege, erklärt, was ihnen widerfahren ist. Und was dort den Kindern angetan wurde, reicht bis hin zur sexuellen Belästigung und Vergewaltigung. Das sind Sachen, die nie und nimmer akzeptiert werden dürfen.

Aus Sicht des IHD ist es zwar ein Erfolg, dass diese Fälle durch die Arbeit des Vereins an die Öffentlichkeit gelangen, aber das sind zugleich auch Fälle, die uns selbst sehr mitnehmen. Der IHD wird diesen Fall bis zum Ende verfolgen. Wir werden zum einen die rechtlichen Schritte hiergegen genauestens prüfen. Zum anderen haben wir über die Stiftung auch damit begonnen, den Opfern psychologische Hilfe anzubieten. Wir werden weiterhin die nationale und internationale Öffentlichkeit bezüglich dieses Falles auf dem Laufenden halten und sie auffordern, ihren Druck auf die Türkei zu erhöhen. Diese Kinder haben all ihren Mut zusammengenommen und von ihrem Erlebten erzählt. Aber was wird aus den Kindern, die sich das nicht getraut haben? Werden sie weiterhin unbeaufsichtigt dadrinnen vergewaltigt werden? Ein Zitat von Dostojewski fällt mir in diesem Zusammenhang ein, er sagte: „Wenn auch nur ein Kind Leid erfährt, gibt es keinen Gott!" Deswegen darf auch in den Gefängnissen keinem Kind Leid zugefügt werden. Eher noch, es dürfen keine Kinder in Gefängnisse gesteckt werden. Warum steckt ihr diese Kinder bloß in Gefängnisse!?

Wie ist jetzt die Situation dieser Kinder? Wir wissen von einem Jungen, der draußen über ihre Erlebnisse berichtete, dass er wieder inhaftiert wurde. Ebenso wurde die Journalistin, die darüber berichtete, festgenommen. Sollen die Leute diesbezüglich zum Schweigen gebracht werden?

Die Festnahme des Jungen und der Journalistin ist selbstverständlich als Drohung zu verstehen. „Wenn ihr redet und darüber berichtet, passiert euch dies! Und wenn ihr dann hinter Gittern seid, könnte euch dasselbe passieren!" Das ist die Botschaft, die dahintersteckt. Was die anderen Kinder angeht, würden wir es nicht schön finden, wenn sie durch die Presse gereicht und so missbraucht würden. Deswegen wurde sowohl von den Familien als auch von den behandelnden PsychologInnen um Nachsicht der Öffentlichkeit gebeten. Die Kinder haben klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, was ihnen dort widerfahren ist, und wurden zumindest nicht in der Öffentlichkeit mit ihrem Namen genannt. Der IHD gibt bei seinen Arbeiten nie die Namen der betroffenen Kinder an. Das Kind, das zuallererst von der Situation berichtet hat, sitzt nun wieder im Gefängnis. Was die Psyche der anderen Kinder angeht, will ich noch nicht einmal Vermutungen anstellen. Zumindest werden sie aktuell von ihren Familien und von einigen zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützt und es gibt aktuell eine gewisse Sicherheit für sie.

Welche Unterstützung können gerade zu diesem Fall MenschenrechtsaktivistInnen aus Deutschland und anderen Ländern leisten?

Zunächst einmal ist es sehr wichtig, dass sie über die öffentliche Verwaltung ihrer eigenen Länder Druck aufbauen. So können zivilgesellschaftliche Organisationen aus Deutschland vielleicht versuchen, ihre eigene Regierung bezüglich dessen unter Druck zu setzen. Vielleicht reicht ihre Kraft gegenwärtig nicht aus, um ihre Regierung dazu zu zwingen die Panzerlieferungen an die Türkei einzustellen. Aber sie sollten zumindest versuchen, Druck bezüglich der Situation der Kinder zu machen. Die Zivilgesellschaft sollte besonders in Fällen, in denen es um Kinder, um Frauen, um Folter und Vergewaltigung geht, versuchen, ihre eigene Regierung dazu zu bewegen, Druck auf solche Staaten und deren Regierungen auszuüben.

Gibt es noch etwas, was Du ergänzen möchtest?

Es sieht so aus, als würde die Menschenrechtsarbeit nie ein Ende finden. Das treibt mich persönlich auch in eine gewisse Hoffnungslosigkeit. Aber ich bin glücklich, dass ich diese Arbeit im Menschenrechtsverein freiwillig aufgenommen habe. Denn auch wenn ich fünf Studiengänge erfolgreich absolviert hätte, könnte ich nicht so viel lernen wie bei meiner Arbeit. Der Menschenrechtsverein ist zugleich für mich eine Schule. Ich habe vieles in dieser Schule gelernt. Meiner Meinung nach sollte wirklich jede und jeder die Erfahrung machen, in zivilgesellschaftlichen Organisationen gearbeitet zu haben. Das Gefühl, gemeinsam mit anderen AktivistInnen etwas auf die Beine zu stellen und kleine Erfolge zu feiern, ist etwas ganz Besonderes.

Wir wünschen Euch auch ganz viel Erfolg!

Der gemeinsame Erfolg ist sehr, sehr wichtig. Ich möchte noch ein abschließendes Beispiel anführen: Die Menschen sind in einen Flieger eingestiegen und warten für den Abflug auf ihren Piloten. Sie schauen aus dem Fenster und sehen, wie sich zwei Blinde im Pilotenoutfit Arm in Arm mit ihren Blindenstöcken auf den Weg zum Flieger machen. Die Fluggäste sind schockiert und fragen sich, wie diese blinden Piloten sie bloß heil zu ihrem Ziel bringen können. Aber die Türen des Fliegers schließen sich und die Piloten nehmen ihren Platz im Cockpit ein. Der Flieger nimmt auf der Piste seinen Anlauf. Die Passagiere sind voller Angst und praktisch in Todesstarre. Der Flieger müsste auf der Piste eigentlich nach rechts. Doch die Fluggäste sehen, dass der Flieger weiter geradeaus fährt und lassen einen kurzen Angstschrei raus. Doch dann wendet der Flieger tatsächlich nach rechts. Kurze Zeit später muss er nach links wenden. Die Gäste sind wieder ganz aufmerksam und merken, dass der Flieger weiter geradeaus fährt. Der Angstschrei wird ein wenig lauter. Doch der Flieger wendet anschließend auch nach links. Der Flieger wird schneller und hebt anschließend ab. Die Fluggäste merken, dass der Flieger in der Luft ist, aber schnurstracks auf ein Gebäude zufliegt. Sie schreien und schreien. Und dann merken sie, dass der Flieger anschließend noch mehr an Höhe gewinnt und die Gebäude unter sich lässt. Und dann hören die Fluggäste die Stimmen der Piloten aus dem Cockpit: „Eines Tages, wenn diese Menschen nicht mehr schreien, werden wir alle sterben!" Deswegen müssen wir auch im echten Leben immer weiter schreien. Nur so können wir am Leben bleiben! ♦

Die Verhaftungen gehen weiter, aber der internationale Druck auf die Türkei wächst

Demokratie hinter Gittern



Elmar Millich

Auch in den letzten Monaten ist die Verhaftungswelle wegen politischer Aktivitäten in der Türkei nicht abgerissen. Zu den bereits mehr als 6 000 politischen Gefangenen kommen täglich neue dazu. Allein für den Februar meldete die Menschenrechtsstiftung derTürkei (TIHV) 963 Festnahmen. Für die erste Hälfte des Monats März berichtete die kurdische Nachrichtenagentur ANF über 278 festgenommene Personen, von denen 108 in Haft blieben.

Der Personenkreis der Festgenommenen und die ihnen vorgeworfenen Delikte liegen auf der Linie der bisherigen Anklagen im Rahmen der KCK-Verfahren. Im Folgenden nur einige Beispiele aus den letzten Monaten: So wurde 8 inhaftierten Personen in den Städten Riha (Urfa), Izmir und Aydin vorgeworfen, sie hätten an einer Demonstration anlässlich des Geburtstags von Abdullah Öcalan im April letzten Jahres in Amara teilgenommen. Bei Razzien gegen verschiedene Gewerkschaften des öffentlichen Diensts kam es Mitte Februar zu 15 Verhaftungen. Der Vorsitzende des Dachverbandes von Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in der Türkei (KESK) Lami Özgen gab die aktuelle Zahl der sich in Haft befindenden KollegInnen mit 40 an. Davon seien 25 bereits zu jeweils 6 Jahren und 3 Monaten Haft verurteilt worden. Auch häufen sich die Festnahmen von Kindern und Jugendlichen wieder, obwohl die AKP-Regierung aufgrund internationalen Drucks dort Abhilfe versprochen hatte. Am 13. März wurden in Mersin 7 Minderjährige festgenommen, von denen 5 inhaftiert blieben. Vorgeworfen wird ihnen, dass sie „Straftaten im Namen der PKK“ begangen hätten. Für diesen mit langjährigen Haftstrafen bedrohten Vorwurf reicht in der Regel schon die Teilnahme an prokurdischen Demonstrationen aus. Die Repression erfolgt quer durch alle Bevölkerungsschichten und richtet sich auch gegen Studierende. Ende März wurden in Sêwas (Sivas) 13 StudentInnen festgenommen, ohne dass dafür Gründe angegeben wurden. Der Verein der zeitgenössischen RechtsanwältInnen (ÇHD) gab an, dass sich in der Türkei zurzeit 600 Studierende in Haft befänden. Damit sei die Türkei das größte Gefängnis der Welt für Studierende. Trotz internationaler Proteste stehen auch JournalistInnen weiter im Fokus. Die Journalistin Özlem Agus von der Dicle-Nachrichtenagentur hatte im März in der Türkei und darüber hinaus einen Skandal ausgelöst, als sie über die Folter und den Missbrauch von Kindern und Jugendlichen im Pozanti-Gefängnis berichtet hatte (s. S. 35). Kurz nach der Enthüllung saß sie selbst im Gefängnis unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft und Unterstützung einer Terrororganisation. Das Schicksal teilt sie zusammen mit weiteren 103 BerufskollegInnen. Im Index für Pressefreiheit der Organisation Reporter ohne Grenzen rangiert die Türkei derzeit auf Platz 148 (von 179). Immerhin liegt sie zwei Plätze vor Afghanistan. In keinem Land der Erde sitzen so viele JournalistInnen und SchriftstellerInnen hinter Gittern wie in der Türkei, das bestätigen internationale Organisationen wie Human Rights Watch, Reporter ohne Grenzen oder die OSZE. Gegen die prokurdische Zeitung Özgür Gündem wurde im März ein einmonatiges Erscheinungsverbot erlassen, das jedoch bereits zurückgenommen wurde.

Die Absurdität der gesamten KCK-Verfahren zeigte sich bei der Verlesung der Anklageschriften gegen 193 Personen in Istanbul im März. Unter den Inhaftierten befinden sich die wohl zurzeit international bekanntesten Angeklagten nach den türkischen Antiterrorgesetzen, der Publizist und Verleger Ragıp Zarakolu und die Professorin Büşra Ersanlı. Für Herrn Zarakolu werden in der Anklageschrift 7½ bis 15 Jahre Haft wegen „Unterstützung der PKK“ gefordert. Zwar ist Herr Zarakolu inzwischen freigelassen worden, die Anklage gegen ihn bleibt aber weiterhin bestehen. Bei Frau Ersanlı übertrifft sich die Anklage noch und fordert 15 bis 22½ Jahre Haft wegen einer „Leitungsfunktion in der PKK“. Um den Gehalt dieser Vorwürfe zu bewerten, muss man wissen, dass es sich bei beiden Personen um türkische Intellektuelle handelt, die sich für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage aussprechen, aber niemals in direktem Kontakt mit der PKK gestanden haben.

Steiger-Award | Während von offizieller politischer Seite in Deutschland nach wie vor kein Wort der Kritik an den Zuständen beim NATO-Partner zu hören ist, regt sich doch erfreulicherweise allmählich Protest aus der Zivilgesellschaft. Hauptsächlicher Anlass war die für den 17. März geplante Verleihung des „Steiger-Awards" an den türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan in Bochum. Der Steiger-Award, benannt nach der im Ruhrgebiet gebräuchlichen Bezeichnung für den Truppführer im Bergbau (Steiger), ehrt nach eigener Darstellung Menschen, die sich durch Offenheit, Menschlichkeit und Toleranz auszeichnen. Erdoğan sollte diesen Preis in der Kategorie „Europa" wegen seines „jahrelangen Bemühens um einen demokratischen Wandel in seinem Land" erhalten. Für die Laudatio war Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder vorgesehen, der bereits 2004 den russischen Präsidenten Putin als „lupenreinen Demokraten" bezeichnet hatte.

Kurz nach dem Bekanntwerden der geplanten Preisverleihung kam es zu Protesten aus verschiedenen Richtungen. Die Kampagne „Demokratie hinter Gittern", die sich in Deutschland für das Ende der KCK-Verfahren und die Freilassung der politischen Gefangenen einsetzt, gab eine Pressemitteilung heraus, in der dargelegt wurde, dass es für die Preisverleihung aufgrund der aktuellen menschenrechtlichen Situation in der Türkei kaum einen weniger geeigneten Kandidaten als Erdoğan gäbe. Als würdigere Alternative für die Preisverleihung wurde gleich eine Liste von Personen mitgeliefert, die sich wegen ihres Engagements für Demokratie und Menschenrechte zurzeit in der Türkei im Gefängnis befinden. Zusätzlich forderte „Demokratie hinter Gittern" die Preisträger und Laudatoren auf, aus Protest gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei der Veranstaltung fernzubleiben. Auch der Zentralrat der Armenier verurteilte die Preisverleihung aufs Schärfste, weil Erdoğan „für genau das Gegenteil" von Toleranz und Menschlichkeit und dem Zusammenwachsen Europas stehe. Bis heute leugne die Türkei den Völkermord an 1,5 Millionen ArmenierInnen im Osmanischen Reich. Ali Doğan, Generalsekretär der Alevitischen Gemeinde Deutschlands, hatte die Preisverleihung an Erdoğan im Vorfeld als „einen Schlag ins Gesicht aller Minderheiten in der Türkei" bezeichnet, „die staatlich organisierter Intoleranz und Unmenschlichkeit ausgesetzt" seien. Empört zeigten sich die AlevitInnen insbesondere von der jüngsten Entscheidung eines Gerichts in Ankara, wonach die Verfahren gegen Faschisten und Islamisten wegen „Verjährung" eingestellt wurden. Diese waren 1993 an einem Pogrom in der Stadt Sêwas (Sivas) beteiligt, bei dem 34 alevitische Künstler und Intellektuelle getötet worden waren. Der kurdische Dachverband YEK-KOM warf der türkischen Regierung vor, bei militärischen Angriffen Kriegsverbrechen zu begehen und verwies auf die bei einem türkischen Luftangriff Ende 2011 getöteten 34 Dorfbewohner im Grenzgebiet bei Qilaban (Uludere). YEK-KOM werde „nicht hinnehmen, dass im Namen der gelebten deutsch-türkischen Freundschaft die Menschenrechte unseres Volkes in der Türkei/Kurdistan den Profiten des deutschen Großkapitals und der Rüstungsindustrie geopfert" würden. Alle Verbände riefen für den 17. März zu einer großen Demonstration gegen die Preisverleihung an Erdoğan in Bochum auf. Die Proteste zeigten Wirkung. Aufgrund der negativen Presse ruderten die OrganisatorInnen des Steiger-Awards zurück: Man wolle keine Bewertung der türkischen Innen- oder Außenpolitik vornehmen, sondern der Preis ginge stellvertretend an Erdoğan für die guten deutsch-türkischen Beziehungen.

Zahlreiche Politiker in NRW, darunter die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, sagten ihre Teilnahme ab. Schließlich verzichtete Erdoğan selbst kurzfristig auf eine Teilnahme an der Preisverleihung. Er begründete dies mit dem aktuellen Absturz eines türkischen Militärhubschraubers in Afghanistan mit 17 Todesopfern. Die OrganisatorInnen strichen darauf die Preisverleihung in der für Erdoğan vorgesehenen Kategorie „Europa" ersatzlos. Ungeachtet der kurzfristigen Absage Erdoğans demonstrierten am Samstag dennoch 20 000 Menschen in Bochum. Während die AlevitInnen eine Protestversammlung im Stadion abhielten, bildeten KurdInnen, ArmenierInnen, AssyrerInnen und deutsche Linke einen gemeinsamen Demonstrationszug, der in sehr solidarischer Atmosphäre verlief und Ministerpräsident Erdoğan die rote Karte zeigte.

Veranstaltungen und Aktionen zum 18. März | Den 18. März als internationalen Tag des politischen Gefangenen nutzte die Kampagne „Demokratie hinter Gittern" in mehreren Städten, um auf die Situation der politischen Gefangenen in der Türkei aufmerksam zu machen. Vielerorts erfolgten die Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Ortsgruppen der Roten Hilfe. Auf Einladung von „Demokratie hinter Gittern" berichtete Sevim Salihoğlu, stellvertretende Vorsitzende des türkischen Menschenrechtsvereins (IHD), über die aktuelle Situation in der Türkei. Auf Veranstaltungen in Frankfurt, Düsseldorf, Hamburg und Berlin beschrieb sie die menschenunwürdige Situation in den überfüllten Gefängnissen und die Hintergründe der laufenden KCK-Verfahren: „Der IHD hat mehr als 6 200 politisch motivierte Festnahmen gezählt. Bei jeder Razzia gegen die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), der man unterstellt, eine Vorfeldorganisation der PKK zu sein, werden auch MenschenrechtsaktivistInnen, kritische JournalistInnen, BürgermeisterInnen, Parlamentsabgeordnete und Aktive aus der Frauen-, Umwelt- und Gewerkschaftsbewegung verhaftet." Frau Salihoğlu forderte die EU-Länder auf, dafür zu sorgen, dass die Türkei zumindest die von ihr ratifizierten internationalen Rechtsabkommen einhält (ausführliches Interview s. S. 24).
In Nürnberg und München fanden um den 18. März herum Veranstaltungen zum selben Themenkomplex mit Medeni Kırıcı statt, der als Mitglied des Parteivorstands für auswärtige Beziehungen der BDP zuständig ist. Als Mitveranstalter bei den 18.-März-Veranstaltungen traten neben den jeweiligen Ortsgruppen der Roten Hilfe der kurdische Studierendenverband YXK, die Radikale Linke Nürnberg, der FreundInnenkreis Andrea Wolf München, see red!–Linke Initiative Düsseldorf, das kurdische Frauenbüro CENI und der Rechtshilfefonds Azadî auf.

Am 23. März fand symbolträchtig vor dem Schalter der „Turkish Airlines" im Düsseldorfer Flughafen eine Protestaktion für die Freiheit der politischen Gefangenen in der Türkei statt. Verschiedene RednerInnen machten auf die Menschen-



rechtsverletzungen in der Türkei aufmerksam, darunter Vertreter von „amnesty international" und dem VdJ, der Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen. Die Kampagnen „TATORT Kurdistan" und „Demokratie hinter Gittern" stellten ihre Arbeit vor. Eine Aktivistin des kurdischen Studierendenverbandes YXK sowie zwei LINKE-Politikerinnen gingen konkret auf die Lage in der Türkei ein. Auch AktivistInnen von see red!–Linke Initiative Düsseldorf waren dabei. Der Schalter von „Turkish Airlines" war während der gesamten Aktion verlassen. Angestellte hatten zuvor sämtliche Beschilderung abgedeckt bzw. entfernt, augenscheinlich um zu verhindern, dass es Aufnahmen mit dem Symbol der Fluggesellschaft gibt.

Zivilgesellschaftliche Proteste nehmen zu | Erfreulich ist auch, dass sich europaweit JuristInnen am 24. Januar, dem „Tag des bedrohten Anwalts", auf die Situation ihrer KollegInnen in der Türkei konzentrierten. Gegen die unbegründeten Verhaftungen sowie Behinderungen von AnwältInnen in der Türkei gab es Protestkundgebungen in Amsterdam, Athen, Barcelona, Berlin, Bern, Brüssel, Düsseldorf, Den Haag, Hamburg, Madrid, Paris, Rom und anderen Städten vor den türkischen Botschaften und Konsulaten. In einer Petition an Ministerpräsident Erdoğan und Staatspräsident Gül forderten sie die unverzügliche Freilassung aller aus politischen Gründen inhaftierten Anwältinnen und Anwälte und ein faires Verfahren für die Angeklagten in den KCK-Prozessen, einschließlich der Zulassung ausländischer BeobachterInnen. Die Gewerkschaft ver.di protestierte gegen die Razzien und Inhaftierung ihrer türkischen/kurdischen Gewerkschaftskolleginnen Mitte Februar in Ankara. Etwa 50 hauptamtliche GewerkschaftssekretärInnen, Betriebsrats- und einfache Mitglieder forderten in einem Aufruf ein Ende der Repression gegen die Demokratiebewegung in der Türkei und die sofortige Freilassung ihrer Kolleginnen und Kollegen. Auch im kulturellen Bereich gerät die Türkei aufgrund der Menschenrechtssituation zunehmend ins Abseits. Der schwedische Literatur-Nobelpreisträger von 2011 Tomas Tranströmer kritisierte im Januar die Verhaftungen im Rahmen der sogenannten KCK-Operationen und verlangte die Freilassung von Ragıp Zarakolu und dem Schriftsteller Muharrem Erbey. Er widmete ihnen die frisch erschienene englische Ausgabe seines neuesten Buches. Spektakulär war auch der Schlagabtausch zwischen dem US-amerikanischen Erfolgsautor Paul Auster und Ministerpräsident Erdoğan Ende Januar. In einem Interview erklärte Auster, die Türkei aufgrund der vielen inhaftierten JournalistInnen nicht besuchen zu wollen. Darauf bescheinigte ihm Erdoğan, dass er in der Türkei nicht gebraucht werde, und bezeichnete ihn als „dummen Mann", weil er ungeachtet der Menschenrechtsverletzungen gegen PalästinenserInnen 2010 Israel besucht hatte. In seiner sachlichen Antwort verwies Auster auf aktuelle Erhebungen der internationalen Schriftstellervereinigung P.E.N., der zufolge sich in der Türkei um die 100 SchriftstellerInnen in Haft befänden, und forderte erneut das Recht auf freie Meinungsäußerung ein.

Obwohl sich die Türkei bei den KCK-Operationen der Rückendeckung durch die US-Regierung sicher weiß, wird es in Zukunft international schwieriger werden, diesen Kurs durchzuhalten. Mit der Verhaftung der gesamten Opposition, die sich für eine politische Lösung der kurdischen Frage ausspricht, quer durch alle Berufssparten, gerät die türkische Regierung immer mehr in den Fokus internationaler Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international und Human Rights Watch. Auch wenn sich die politischen Institutionen aufgrund der geostrategischen Bedeutung der Türkei am schwersten tun, regen sich auch hier Proteste wie etwa seitens der OSZE oder der im Europaparlament vertretenen sozialistischen Parteien. Besonders mit der Verhaftungswelle gegen JournalistInnen hat sich die AKP einen Bärendienst erwiesen, empfinden die Meinungsmacher in den europäischen Redaktionsstuben da doch eine gewisse Berufssolidarität. Äußerungen von Ministerpräsident Erdoğan und seines Europaministers Bagis, „kein einziger Journalist" säße in der Türkei wegen der Ausübung seines Berufs im Gefängnis, sondern höchstens „Leute mit Presseausweis", die man „bei der Vergewaltigung oder beim Bankraub" gefasst habe, wirken ebenso unappetitlich wie hilflos.

Als die Kampagne „Demokratie hinter Gittern" ihre Arbeit begann, bestand das vordringlichste Ziel darin, über die massive Verhaftungswelle in der Türkei zu informieren. In den Mainstream-Medien der BRD war darüber eine faktische Nachrichtensperre verhängt worden, die es zu durchbrechen galt. Das ist gelungen, die Kampagne „Demokratie hinter Gittern" ist zur Ansprechpartnerin für JournalistInnen und andere Interessierte geworden.

Bei seinem letzten Deutschlandbesuch im November 2011 anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens regte sich noch kaum Kritik an den Zuständen in der Türkei. Doch der Wind hat sich gedreht. Das zeigt sich nicht nur an den erfolgreichen zivilgesellschaftlichen Massenprotesten gegen die Steiger-Preisverleihung an Erdoğan, sondern auch an neu entstandenen Bündnissen, die weitere erfolgreiche Mobilisierungen ermöglichen werden! ♦

Europas Schuld gegenüber den KurdInnen und die türkische Frage

Ist nicht schon viel zu viel Blut geflossen?

Veysi Sarısözen, Journalist/Autor aus der Türkei

Die europäische Öffentlichkeit „weiß nicht", dass seit ca. 30 Jahren in der türkischen Republik ein Krieg stattfindet, der den Tod von 40 000 Menschen verursacht hat. An dieser Unwissenheit sind die europäischen Regierungen Schuld. Sie haben die „Rebellierenden" gegen die – aktuell vor Gericht stehenden – faschistischen Putschisten des 12. September 1980 und die von Millionen KurdInnen offen unterstützte PKK auf die Liste der „Terrororganisationen"[1] gesetzt und dadurch verhindert, dass die europäische Öffentlichkeit über den Kriegszustand in der Türkei aufgeklärt wird.

Heute versuchen viele kurdische AktivistInnen, die Nicht-Aufklärung der europäischen Öffentlichkeit zu durchbrechen und ihr die aktuelle Situation in der Türkei näherzubringen, indem sie als „letzte Möglichkeit" in Straßburg Widerstand leisten, der tödlich enden kann.[2] Einer der TeilnehmerInnen war in den letzten Tagen dem Tod nahe und wurde in ein Krankenhaus verlegt. Die europäischen Medien könnten ihre Öffentlichkeit für ein paar Cents durch Zeitungen und Fernsehsender aufklären. Die Aufklärung durch die Hungerstreikenden, die Leben kostet, ist für das „Europa der Menschenrechte" ein sehr hoher Preis …

Europa ist dem kurdischen Volk sehr viel schuldig. Die europäischen Staaten haben als Sieger des Krieges 1918 das kurdische Volk auf vier Staaten aufgeteilt.[3] Seit diesem Tag leiden die KurdInnen unter der Trennung und die Aufteilung ist Grund für unzählige Aufstände und Kriege.

Es zeigt sich, dass die westlichen Staaten sich „an die KurdInnen erinnern" können, wenn es für sie von Vorteil ist. Am Ende des Ölkrieges [*1991*] haben sie den KurdInnen, die der Staat Irak vernichten wollte, „erlaubt", in einem „föderalen" Kurdistan zu leben. Das heißt also, dass diese Staaten, die im Ersten Weltkrieg deren „Nichtexistenz" vertraten, im Grunde wussten, dass sie „existieren". Aber warum erinnerten sie sich zwar an die Existenz der KurdInnen im Irak, aber nicht, wenn es die Türkei betrifft? Dass sie sich im Falle Syriens einer „kurdInnenfreien" syrischen Opposition verbunden fühlen, zeigt, dass die historischen „politischen Spielchen" um die „kurdische Frage" noch immer nicht beendet sind.

Die europäische Öffentlichkeit lebt in großer Unwissenheit fernab dieses „kurdischen Spiels". Leben doch viele Völker Europas mit den KurdInnen, die aus allen Teilen Kurdistans hergekommen sind, in denselben Ländern. Sie könnten von ihren NachbarInnen die Wahrheit erfahren. Doch die AusländerInnenfeindlichkeit in Europa stellt immer noch ein großes Hindernis dar. Eigentlich bedarf es heute dringend eines „europäisch-kurdischen" Dialoges.

Die Menschen im Westen erinnern sich an die Putsche des türkischen Militärs und denken, dass die jetzige AKP-Regierung eine „reformistische" Regierung sei, die den „Paternalismus"[4] des Militärs über die Politik überwunden hat. Dies geht so weit, dass noch vor kurzem eine wichtige Institution dem Ministerpräsidenten dieser Regierung einen „Toleranz"-Preis verleihen wollte. Die westliche Öffentlichkeit ist Opfer einer Propaganda, die vorrangig durch die USA, Großbritannien und Deutschland vertreten wird und die besagt, dass die Regierung der Türkei gegen den Terrorismus kämpfe.

Es ist nicht möglich, die zehnjährige Geschichte dieser Regierung hier wiederzugeben. Aber: Die KurdInnen haben alles ihnen Mögliche getan, um diesen seit dreißig Jahren stattfindenden Krieg zu beenden, dem 40 000 Menschen zum Opfer gefallen sind. PKK-Vorsitzender Öcalan hat seit Beginn der 1990er bis heute mehrfach einen „Waffenstillstand" ausgerufen. Die im letzten Jahr in die Medien durchgedrungenen Gespräche zwischen PKK und Regierung, die durch einige westliche Gruppierungen angeregt worden waren, zeigen: Es ist möglich, den Krieg durch Verhandlungen zu beenden und die kurdische Frage auf friedlichem Wege zu lösen.

Leider sind diese Verhandlungen zurzeit in eine Sackgasse geraten. Auch wenn die regierungsnahen Medien die Verantwortung dafür der PKK zuschreiben, ist genau das Gegenteil der Fall. Die Regierung dachte, dass sie mit der „politischen Öffnung" und mit Reformzusagen die Stimmen der kurdischen Bevölkerung erhalten würde, mit der BDP die PKK isolieren und als Regierung den „Terror minimieren" könnte. Die „Verhandlungen" wurden mit diesem Ziel aufgenommen. Aber bei den Kommunalwahlen und den letzten Parlamentswahlen erlitt sie gegen die „unabhängigen KandidatInnen" der BDP eine Niederlage. Die BDP erhielt in allen Provinzen mit überwiegend kurdischer Bevölkerung mehr als die Hälfte der Stimmen. Die AKP-Führung merkte nach dieser Niederlage, dass sie ihr Ziel auf dem Wege der „Verhandlungen" nicht

erreichen würde. Und sie hat nach den Kommunalwahlen begonnen, Massenverhaftungen durchzuführen. In den letzten drei Jahren sind siebentausend BDP-Mitglieder[5] verhaftet worden. Unter ihnen sind sechs gewählte Parlamentsmitglieder, zweiunddreißig BürgermeisterInnen, hunderte Ratsmitglieder und Führungskräfte und Aktive der BDP. Und um die hundert JournalistInnen sitzen im Gefängnis, weil sie diese Wahrheit berichtet hatten.

Seit einiger Zeit spricht Ministerpräsident Erdoğan von einer „neuen kurdischen Politik". Als er diese „politische" Linie bekannt gab, müssen die westlichen politischen Kreise über seine Terminologie verwundert gewesen sein. Denn er sagte zunächst: „Die PKK ist eine terroristische Organisation, Öcalan ist der Führer dieser Terrororganisation, darum werde ich mich nicht mit ihnen an einen Tisch setzen", und ergänzte dann: „Aber mit dem Arm der Terrororganisation werde ich Verhandlungen führen." Ein „Arm der Terrororganisation", also deren „Verlängerung", ist bekannterweise im türkischen Recht eine schwere Anschuldigung. Es ist offensichtlich, dass der Ministerpräsident mit diesem Begriff des „Armes" die BDP nicht zu der „Verhandlungspartei" zählt.

Der Ministerpräsident kann immer wieder den westlichen Staaten gegenüber zum Ausdruck bringen: „Wir sind für Verhandlungen, die PKK ist für Terror", aber in jeder seiner Reden zeigt das primitive politische Vokabular die wahre Absicht der Regierung. Vor kurzem äußerte er auf einer Versammlung der Bezirksvorsitzenden seiner Partei, auf die BDP hinweisend: „Da kommen ihre Vorsitzenden bzw. Co-Vorsitzenden und sagen, wenn du diese Sache lösen willst, dann lass uns zusammen reden. Was soll ich mit euch besprechen? Habt ihr überhaupt einen eigenen Willen? Habt ihr die Freiheit, euch nach eurem eigenen Willen zu bewegen? Ihr könnt nicht mal euch selbst steuern, ihr werdet von Kandil und Imralı aus dirigiert. Wie will so jemand sich hinsetzen und mit jemandem mit politischem Willen reden? Das hat nichts mit dem Kopf oder dem Sinn zu tun, wir können uns hinsetzen und Verhandlungen führen, aber nur, wenn du einen Willen hast, nur, wenn du Entscheidungen treffen kannst. Kannst du keine treffen, haben wir keine Zeit mehr zu verlieren."

Mit diesen Worten wird erneut deutlich, dass die Regierung nicht gewillt ist, „Verhandlungen" zu führen. Die Bedeutung der Worte „Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren" sind in den Beschuldigungen gegen die BDP in der KCK-Anklageschrift der Staatsanwaltschaft des Strafgerichts versteckt. Der Staatsanwalt erweiterte die Verhöre der Gefangenen bis zur BDP und behauptete, dass sie eine Organisation sei, die „von Seiten der PKK gelenkt" würde. Und diese Behauptung wurde an den Obersten Gerichtshof weitergeleitet, damit ein Verbotsverfahren gegen die BDP geführt wird. Die Worte des Ministerpräsidenten „Wir haben keine Zeit" bedeuten: „Entweder stellt ihr euch gegen die PKK, oder wir werden euch verbieten."

Die Regierung hat sich ganz klar losgesagt vom Reformversprechen an die westlichen Staaten, die kurdische Frage zu lösen. Es ist bekannt, dass die Osloer Treffen[6] auf Anregung einiger westlicher Staaten stattfanden und bei diesen Treffen „BeobachterInnen" dieser Staaten anwesend waren. Die Regierung nahm auf Drängen dieser Staaten an den Verhandlungen teil und beendete sie bei der ersten Gelegenheit. Und diese Möglichkeit ergab sich durch die Entwicklung neuer Gebietsvoraussetzungen durch das „arabische Erwachen". Die „kümmerlichen" Forderungen, die die KurdInnen betreffen, wurden als Gegenleistung an die Türkei für deren neue Rolle aufgegeben. Sie soll nämlich das „arabische Erwachen" der Initiative der jeweiligen Völker entziehen und unter die Kontrolle der großen Staaten bringen, die Aufstellung eines „Raketenabwehrsystems" gegen den Iran befürworten und als „Sturmspitze" gegen Syrien dienen.

Und so kamen sie von „Verhandlungen mit der PKK" ab und schlugen eine Linie ein, die sich zeigt in blutigen Angrif-



Das türkische Militär ist in Nordkurdistan/Türkei weiterhin überall präsend. Foto: Hinrich Schultze

fen gegen die PKK, einer seit sieben Monaten dauernden Isolation ihres Vorsitzenden Öcalan, Massenverhaftungen von unbewaffneten, legalen, zivilen Kräften, ParlamentarierInnen, BürgermeisterInnen und JournalistInnen, bis hin zu einem drohenden Verbot der legalen, im Parlament vertretenen BDP.

Diese Linie birgt nicht nur die Gefahr einer Eskalation des seit dreißig Jahren stattfindenden Krieges. Die Regierung betrachtet nach ihrer [*politischen*] Niederlage östlich des Firat (Euphrats) dieses Gebiet regelrecht als Feindesland, zog ihre „zivilen Kräfte" nach und nach auf die westliche Seite des Flusses zurück und schickte wie eine Kriegsregierung vermehrt Militär und Polizeikräfte in den Osten. In den Gebieten mit überwiegend kurdischer Bevölkerung betreibt die Regierung gegen das Volk die Politik eines Unterdrücker-Regimes. In allen Städten herrscht ein nicht erklärter „Kriegszustand". Während des Newroz trafen westliche ParlamentarierInnen und VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen auf diese Bestimmungen des „Kriegszustands".

Die Regierung, die Kurdistan nicht durch einen Krieg, sondern durch Wahlniederlagen „verloren" hat, will die Region „kriegerisch" von neuem einnehmen. Das nächste Ziel dieser blutigen Ereignisse und Massenverhaftungen sind die 2013 stattfindenden „Kommunalwahlen". Der Regierung ist dies enorm wichtig, denn wenn sie die aktuell in BDP-Hand befindlichen hundert Stadtverwaltungen mit Waffengewalt und Festnahmen bei den nächsten Wahlen selbst übernimmt, dann plant sie, die kurdischen Forderungen nach „demokratischer Autonomie" mit der Beseitigung der Hindernisse vor der Erfüllung der „EU-Vereinbarungen über regionale Verwaltungen" zu beantworten. Die Regierung hat Angst, diese Hürden abzubauen, solange die Stadtverwaltungen in der Hand der BDP sind. Denn dann könnten die Regionalverwaltungen innerhalb kürzester Zeit durch die millionenfache Initiative der Bevölkerung zu Institutionen einer „demokratischen Autonomie" werden.

Die politische Linie, die die Regierung verfolgt, vergiftet eigentlich die ganze türkische Gesellschaft. Die Regierung ist sich bewusst, dass sie keine Möglichkeit mehr hat, die kurdische Bevölkerung zu „überreden", und zielt daher mit aller Kraft auf die Stimmen der „NationalistInnen", der CHP, der MHP, um so ihre Überlegenheit im Parlament zu behalten. Dabei ist sie erfolgreich. Während sie in Kurdistan an Einfluss und an Mehrheiten verliert, erstarkt sie im Westen. Die Politik des Krieges und der Massenverhaftungen, um sich das „verlorene Kurdistan" gewaltsam wieder einzuverleiben, könnte die Türkei potentiell in einen Bürgerkrieg führen. Von Tag zu Tag zeigt sich verstärkt – die in Westeuropa bekannte – massenpsychologische „AusländerInnenfeindlichkeit" gegen KurdInnen. Diese Menschen waren in westliche Provinzen emigriert, als zu Beginn der 1990er Jahre „Dorfverbrennungen" zur „Menschenentleerung" durchgeführt wurden. Immer häufiger versuchen AnhängerInnen der AKP-Regierung, kurdische ArbeitnehmerInnen, die im Agrar- und Baubereich arbeiten, zu lynchen.

Diese AKP-Linie führt nicht nur die Lösung des KurdInnenproblems in eine Sackgasse, sie schafft auch ein „TürkInnenproblem", was es während des dreißig Jahre dauernden Krieges nicht gegeben hat. Es war, nachdem die geheimen Treffen in Oslo vor den Wahlen bekannt geworden waren, von vielen Seiten erwartet worden, dass WählerInnen aus dem rechten Block mit nationalistischer Gesinnung auf diese „Treffen zwischen PKK und Regierung" reagieren würden und dieser „Skandal" der AKP Stimmenverluste bringen würde. Die Wahlergebnisse haben aber gezeigt, dass die türkische Bevölkerung einer „Verhandlungsphase", die den Krieg beenden würde, positiv gegenüberstand. Die AKP hat nicht Stimmen verloren, sondern sogar dazugewonnen.

Nach ihrer Abkehr von der Phase der Verhandlungen verstärkt die nun angewandte, vergiftende Regierungspropaganda die nationalistischen Reaktionen aus der Bevölkerung und stellt damit eine große Hürde für die friedliche Lösung der kurdischen Frage dar.

Somit wird das gleichberechtigte Zusammenleben zweier Volksgruppen in einer demokratischen Republik erschwert. In der kurdischen Öffentlichkeit entstehen große und nachvollziehbare Zweifel an einem „gemeinsamen Leben". In Befragungen der Öffentlichkeit erklärten annähernd sechzig Prozent der TürkInnen, dass sie „keine KurdInnen als NachbarInnen" wollen; die Machthabenden wollen aber die „Einheit" der Türkei schützen und nun stellt sich ihnen nicht mehr das „KurdInnenproblem", sondern das selbst geschaffene „TürkInnenproblem" in den Weg.

Zum Schluss sei noch einmal festgehalten, dass es keine Hoffnung auf Frieden in der Region geben kann, solange Europa, die USA und vor allem die türkischen Regierungen nicht vom „kurdischen Planspiel" abkommen, mit dem sie ihre Hegemonie über die Länder und Märkte der Region gewinnen wollen.

Wann verstehen diese Staaten endlich, dass das kurdische Volk wie ihre „eigenen Völker" das Recht auf ein ehrenhaftes und wertvolles Leben hat?

Ist nicht schon viel zu viel Blut geflossen? ♦

Fußnoten:

1) Seit 2002 wird die PKK auf Wunsch der türkischen Regierung in der vom Rat der Europäischen Union geführten Terrorliste geführt.

2) Am 1. März haben sich 15 KurdInnen aus mehreren europäischen Ländern dem unbefristeten Hungerstreik von 400 politischen Gefangenen in der Türkei angeschlossen, der seit Mitte Februar durchgeführt wird und am 21. April beendet wurde.

3) Seit dem Vertrag von Lausanne (1923) ist Kurdistan unter vier Staaten aufgeteilt: Türkei, Iran, Irak und Syrien.

4) Herrschaftsordnung, die ihre Autorität und Herrschaftslegitimierung auf eine vormundschaftliche Beziehung zwischen Herrscher/Herrschern und Unterworfenen begründet.

5) In der Unklarheit über eine genaue Zahl der Festnahmen und Verhaftungen in den KCK-Operationen der letzten drei Jahre nennt der IHD die Gesamtzahl von ca. 6200 Festnahmen.

6) Gespräche zwischen Vertretern der PKK und des nationalen Geheimdienstes MIT

Gas + Schlagstock + Wasserwerfer:

„Fortgeschrittene Demokratie“

Ali Topuz, Kolumnist, Tageszeitung „Radikal“, 30. März 2012

Diejenigen, die behaupten, die türkische Republik wäre keine Demokratie, täuschen sich gewaltig. Eine Demokratie existiert schon, aber sehen wir uns zunächst einmal ein paar Ereignisse an.

Am 21. März ist bekanntlich Newroz. Nach dem 12. September 1980 etablierte sich im Rahmen der rassistisch-separatistischen, türkisch-islamischen Ideologie die alt-republikanische Politik der Verleugnung/Vernichtung/Assimilierung, und der Tag des Newroz ist symbolisch gesehen die stärkste Antwort auf diese Politik. Es ist klar, dass die Regierung mit ihrer Aussage „der 21. März kann nur am 21. März gefeiert werden“ eine Kraftprobe provoziert hat (die kurdische Bevölkerung wollte die Newroz-Feierlichkeiten am Wochenende 17./18.3. begehen). Gas, Schlagstock, Wasserwerfer, Faustschläge usw. wurden, zusammen mit dem Einsatz der öffentlich-rechtlichen Möglichkeiten, angewandt, um das zu verhindern. Zuerst erhielten sie aus Amed (Diyarbakır) eine Antwort, die ihnen überhaupt nicht gefiel. Die Barrikaden der Sicherheitskräfte wurden in Amed noch vor dem Mittag überwunden. Daraufhin wurde eine Erklärung abgegeben, die der von Nasrettin Hoca „… wenn ich nicht gefallen wäre, wäre ich sowieso abgestiegen“[1] in nichts nachsteht: „Wir haben die Barrikaden aufgehoben.“ Das Gesicht sollte dadurch gewahrt werden, dass behauptet wurde, in Istanbul seien höchstens 2000 Personen anwesend gewesen. Um die offenkundige Ungerechtigkeit zu rechtfertigen, hieß es: „Könnt ihr euch denn nicht vorstellen, dass wir Informationen hatten, die ihr nicht kennen könnt?“, womit nahegelegt werden sollte: „Wir haben Schlimmes verhindert.“

Im Sivas-Prozess[2] wurde für einige Beschuldigte eine Verjährung festgestellt. Diejenigen, die den Prozess verfolgt haben und deshalb von Trauer erfüllt waren, wurden an den Toren des Gerichts in Ankara mit Schlagstöcken und Gas angegriffen. Ihre Reaktionen wurden mit der Begründung abgeblockt, „die haben sowieso schlechte Absichten, das sind ideologische Zusammenkünfte“.

Wahrscheinlich hat man darauf vertraut, dass es genügend BürgerInnen gibt, die nicht glauben, dass das Massaker selbst, sowie die Unterdrückung der Proteste dagegen, aus ideologischen Beweggründen erfolgten. Im Ergebnis sei ja eine Entscheidung getroffen worden, „die für die Bevölkerung ein Segen sein wird“.[3]

Diese Woche hat die KESK[4] beschlossen, gegen eine Veränderung im Bildungssystem zu protestieren. Gegen die Proteste wurde vorgegangen, die Methode ist bekannt: „Gas, Schlagstock, Wasserwerfer …“ Damit wurde nicht nur die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit verletzt, sondern auch die Reisefreiheit, indem Reisebusse angehalten wurden und die Reisenden aussteigen mussten. Die Erklärung dafür bezog sich auf den Grundsatz, es dürfe nur „an den für die Aktion erlaubten Orten“ demonstriert werden. Daraus entnehmen wir, dass fast jeder Ort in der Türkei verboten ist. „Ideologische Angelegenheiten“, „Terrororganisation“ und ähnliche Begriffe werden heute oder morgen wieder fallen.

„Der Kampf der feindlichen Mächte“

In der Türkei, die von sich behauptet, demokratisch zu sein, werden die Verhältnisse und Ereignisse nicht als Resultat dynamischer Bewegungen im Lande gesehen, sondern als Resultat eines Kampfes „feindlicher Mächte“.

Was ist passiert? Warum diese Nervosität? Warum ist eine so starke Regierung so ängstlich?

Paul Virilio erinnert an ein Zitat des früheren US-Präsidenten Bill Clinton: „Präsident Clinton sagte zunächst einmal ‚Es gibt keinen Unterschied zwischen Innen- und Außenpolitik‘. (…) Diese historische Äußerung des US-Präsidenten stellt den Warencharakter der Politik einer globalen Macht dar und besagt, dass heute die Innenpolitik genauso wie früher die Außenpolitik geführt wird.“ (Paul Virilio, Enformasyon Bombası, Verlag Metis)

Wenn wir uns die Erklärungen der Regierung und die Ereignisse anschauen, stellen wir fest, dass das Modell „Kampf gegen die feindlichen Mächte“ passt: Bei Newroz werden noch nicht stattgefundene Aktivitäten verboten, vor dem Gericht in Ankara wird die Menge attackiert, obwohl die gar keine Aktion durchgeführt hat, diejenigen, die zu der Aktion der KESK in Ankara wollen, werden überall in die Zange genommen. Und die Methode bei alldem ist bekannt. Es ist, als wäre die aus der Bush-Ära bekannte Außenpolitik des „präventiven Eingriffs“ im Gange. Es ist eine Doktrin, die vor den letzten Wahlen im Sommer begonnen hat und ununterbrochen gilt. Fügen wir dem noch die seit vier Jahren andauernden Anstands- und Erziehungsverfahren der Justiz gegenüber Oppositionellen hinzu.

Sehen wir jetzt das Ganze zusammen: Sind wir in einer Demokratie, in der die Regierungen sich durch Wahlen ändern? Stehen wir einer Minderheitsregierung gegenüber? Einer Regierungspartei, die bei anstehenden Wahlen nicht die stärkste Partei werden, sondern nicht mehr gewählt werden wird und daher ihren letzten Trumpf ausspielt?

Die Wirklichkeit ist das genaue Gegenteil dessen.

„Krieg nach innen und außen"

Nach dem von Virilio zitierten Grundsatz „die Innenpolitik ist wie die Außenpolitik" ist also der innenpolitische Kampf einer Gesellschaft der Kampf gegen die äußeren Feinde. Als Wurzel dessen wird nicht eine defekte Demokratie gesehen, vielmehr wird diese als eine „Vorbild-Demokratie" betrachtet, die eine US-Erfindung ist. Dazu halten wir fest: Die neoliberale, autoritäre und konservative Gestaltung einer Gesellschaft ist ein Entwurf des Krieges. Sein Ziel, jene Dynamiken zu verhindern, die diesen Entwurf erschüttern könnten. Sowohl die operative Macht der öffentlichen Autorität, also die Justiz und die Polizei, als auch die Medien werden so eingerichtet und eingesetzt, als gäbe es einen Krieg nach außen.

Vervollständigen wir dieses Schema: Was wir heute als einen inneren Kampf sehen, ist die Version eines „globalen" Krieges auf lokaler Ebene. „Rechte", „Demokratie" usw.: Die EU und die USA sind die Meister solcher Begriffe, und darin ist die Quelle der Regierungstreue zu sehen. Die öffentlich gewordenen Äußerungen mancher EU-Verantwortlicher passen zu einem kurdischen Aphorismus: „Tev gur berxê dixwe, cem mihê şîne dike" – Die Wölfe zerstückeln das Lamm, setzen sich dann neben das Mutterschaf und stimmen ein Trauerlied an.

Anfangs hatte ich gesagt, in der Türkei gibt es eine Demokratie. Ja, die gibt es: mit Schlagstock, Wasserwerfer, Gas …



Alltag in Nordkurdistan/Türkei: Tränengasgeschwängerte Luft, Auseinandersetzungen mit den türkischen Spezialeinheiten.
Foto: Hamburger Delegation

Anmerkung:

Drei Monate sind seit Uludere[5] vergangen. Wo ist die Erklärung, die Licht ins Dunkel bringt? Wer hat die Geheimdienstinformationen geliefert? Wer hat entschieden? Wer hat den Befehl zum Feuern gegeben? Wo?

Gibt es eine Nachricht von den Arbeitern des Kozan-Staudamms, die im Wasser und im Sand des Staudamms verschwunden sind? Ein Monat ist vergangen, hat jemand angerufen oder nachgefragt? Nach diesem Vorfall sind auch an einem anderen Staudamm zwei Arbeiter genau wie in Kozan umgekommen. Wo ist eine Erklärung, wo ist geteiltes Leid, wo ist Trauer, wo ist ein Widerspruch, wo ist der Protest?

Was ist mit Pozanti[6] passiert? Erzählt uns vom neuen Aufstieg des „kleinen Brunnenbauers Murat Pascha"[7], von dem großem wissen wir Bescheid …

Gibt es in Emet eine Ermittlung? Wer hat provoziert? Wer hat angegriffen? Wer hat da die kurdischen Arbeiter vertrieben? Wer hat sich ihre GBT[8] angeschaut? Warum? Mit welchem Recht?

Sind alle diese Bücher geschlossen?

Das eigentliche Buch ist das Buch, das nie geöffnet werden will … ♦

Fußnoten:

1) Nasrettin Hoca: Eine viel zitierte prominente Figur in der Türkei, die mit humoristischen Geschichten aus dem Alltagsleben bekannt ist und im 13. Jahrhundert gelebt haben soll. Die zitierte Anekdote: Der Hoca besteigt einen Esel. Als er an einem Dorfbewohner vorbeikommt, verliert er sein Gleichgewicht und fällt runter, woraufhin der Dorfbewohner laut lacht. Der Hoca ist sauer und schreit ihn an: „Wieso lachst du? Wenn ich nicht gefallen wäre, wäre ich sowieso abgestiegen."

2) Das Verfahren bezieht sich auf ein Massaker in der Stadt Sivas. Radikale Islamisten steckten dort am 2. Juli 1993 das Hotel Madımak, in dem alevitische Geistliche und Intellektuelle untergebracht waren, in Brand. Dabei kamen insgesamt 35 Menschen ums Leben. Die Tatvorwürfe sind in diesem Jahr aufgrund der schlampigen Arbeit der offiziellen Stellen für manche Beschuldigte verjährt.

3) Anspielung auf die Äußerung von Ministerpräsident Erdoğan zur Verjährungsentscheidung des Gerichts.

4) KESK = Kamu Emekçileri Sendikaları Konfederasyonu = Dachverband von Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes.

5) 34 Tote bei Massaker an Dorfbewohnern in Roboski. Vgl. „Zweifel an Untersuchungen zu Bombardements in Uludere" http://www.amnesty.ch/de/laender/europa-zentralasien/tuerkei/dok/2012/zweifel-an-untersuchungen-zu-bombardements-in-uludere, Abruf am 08.04.2012.

6) Kinderfolterzentrum Pozanti, http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/pressekurdturk/2012/09/01.htm, Abruf am 08.04.2012.

7) Murat Pascha, Großwesir im Osmanischen Reich Anfang 17. Jh., ließ Aufständische zu Tausenden in Brunnen werfen (tlw. lebend) und diese Massengräber dann zuschütten; bekannt als „Brunnenbauer".

8) „Genel Bilgi Toplama", personenbezogene „Sammlung allgemeiner Informationen".

Die UN-Kinderrechtskonvention und der Fall Pozanti

Die Öffentlichkeit muss reagieren

Mako Qoçgiri

Die Kinderrechtskonvention hat zum Ziel, den universellen Schutz der Rechte von Kindern zu gewährleisten. Sie wurde 1990 von der UN-Vollversammlung angenommen. Anschließend sollten die Regierungen der Nationalstaaten der Konvention beitreten. Die Ratifizierung beruht zwar auf Freiwilligkeit, aber eine Nichtunterzeichnung hat viel Aussagekraft über die Situation in dem jeweiligen Staat. Gegenwärtig sind 193 Staaten der UN-Kinderrechtskonvention beigetreten. Einzig Somalia und die USA verweigern sich dem Beitritt weiterhin. Die Türkei gehört zu den Staaten, die Vorbehalte gegen einige Artikel der Kinderrechtskonvention erklärten. Ihre Vorbehalte richten sich gegen die Artikel, die den Minderheitenschutz gewährleisten sollen, also insbesondere Artikel 30 der Kinderrechtskonvention. Außer beim genannten Artikel, den sie aufgrund ihrer unitären Staatsdoktrin verweigert zu unterzeichnen, hat sie sich die Türkei allerdings selbst dazu verpflichtet, die UN-Kinderrechtskonvention einzuhalten und somit die anderen grundlegenden Rechte der Kinder in ihrem Land zu schützen. Insbesondere sei an dieser Stelle hervorgehoben, dass die Türkei sich mit ihrem Beitritt selbst dazu verpflichtet, folgende Artikel der Kinderrechtskonvention einzuhalten:

Artikel 19 – Schutz vor Gewaltanwendung, Misshandlung, Verwahrlosung
Artikel 34 – Schutz vor sexuellem Missbrauch
Artikel 37 – Verbot der Folter, der Todesstrafe, lebenslanger Freiheitsstrafe, Rechtsbeistandschaft

Das ist die Theorie, doch die Praxis sieht leider völlig anders aus …

Situation der Kinder in den Gefängnissen der Türkei

In der Türkei befinden sich gegenwärtig rund 2200 Minderjährige in den Gefängnissen, berichtet der Menschenrechtsverein IHD. Es gibt zahlreiche Gefängnisse in der Türkei, die ausschließlich für die Inhaftierung dieser Kinder und Jugendlichen vorgesehen sind. Unter diesen Inhaftierten befindet sich auch eine nicht unbedeutende Zahl an Kindern, die wegen der Teilnahme an verbotenen Demonstrationen oder Steinewerfen auf die Polizei zu langjährigen Haftstrafen verurteil worden sind. Streng genommen sind diese Kinder eigentlich politische Häftlinge, aber der türkische Staat macht bei den Kindern in dieser Hinsicht keine Unterscheidung und unterteilt sie bei der Zellenaufteilung nicht nach den Straftatbeständen. Auch wenn es sich bei diesen Kindern aus staatlicher Sicht um Verurteilte handelt, ist die Türkei auch bei ihnen dazu verpflichtet, die Kinderrechtskonvention der UN einzuhalten. Wenn der Staat es ernst meint mit der Einhaltung der Kinderrechtskonventionen, dann müsste dies eigentlich in den Gefängnissen, wo die Kinder unter direkter Obhut des Staates stehen, am selbstverständlichsten sein. Doch der Fall Pozanti zeigt eindrücklich, dass der türkische Staat es in keinster Weise ernst damit meint. Doch was war eigentlich in Pozanti geschehen?

Ende Februar wurde bei der Nachrichtenagentur Dicle (DIHA) eine Meldung der Reporterin Zeynep Kuriş veröffentlicht, die den Vorwurf sexuelle Missbrauchsfälle aus Pozanti thematisiert. Pozanti, das ist der Name einer Kleinstadt in der Nähe von Adana, die fortan in aller Munde sein sollte und zwar aufgrund der Umstände in der geschlossenen Kinder- und Jugendvollzugsanstalt in eben dieser Stadt. Das Gefängnis von Pozanti wurde im Jahr 1987 errichtet und im Jahr 2007 in ein Jugend- und Kindergefängnis umgewandelt. Im April 2011 reicht die IHD-Zweigstelle in Mersin erstmals eine Strafanzeige wegen sexueller Missbrauchsvorwürfe in Pozanti beim Justizministerium ein. Der IHD entscheidet sich zu jenem Zeitpunkt, dies nicht öffentlich zu machen, um die betroffenen Kinder zu schützen. Das Justizministerium behandelt die Vorwürfe nicht weiter und kehrt sie schlichtweg unter den Teppich. Im August 2011 beschäftigt das Gefängnis von Pozanti erneut das Justizministerium, als der inhaftierte 15-jährige Yasin A. in dem Gefängnis ermordet wird. Alles deutet darauf hin, dass Yasin infolge von Foltereinwirkungen der Gefängniswärter ums Leben gekommen ist, doch das Justizministerium hat eine andere Erklärung. Sein 12-jähriger Zellengenosse soll dahintergesteckt haben. Dass dieser trotz des Altersunterschieds Yasin die Rippen gebrochen haben soll, wie aus dem Autopsiebericht Yasins hervorgeht, ist zwar mehr als zweifelhaft, doch es reicht aus, um den Fall aus Sicht der Regierung abzuhaken, ohne für viel öffentliche Unruhe zu sorgen. Doch als die ersten ehemals in Pozanti inhaftierten Kinder sich entschließen, ihre Erlebnisse aus Pozanti in die Öffentlichkeit zu tragen, gerät die Regierung unter Druck. Nach den ersten Berichten nehmen sich auch andere Kinder,

die in dem Gefängnis inhaftiert waren, den Mut, über ihre Inhaftierung in Pozanti zu berichten.

Die Kinder aus Pozanti

Doch wer sind diese Kinder überhaupt, die so mutig waren, ihre schrecklichen Erlebnisse aus Pozanti der Öffentlichkeit mitzuteilen?

Zunächst einmal sind sie ausnahmslos Kurden. Sie sind Kinder von Familien, die in den 90er Jahren gezwungen waren, aus ihrer Heimat zu emigrieren und in Mersin ein neues Leben zu beginnen. Sie und ihre Familien sind arm bis sehr arm und arbeiten, wenn überhaupt, unter prekären Arbeitsbedingungen. Sie sind Kinder, die schon früh Erfahrungen der Ausgrenzung seitens der staatlichen Autorität gemacht haben, sei es durch ihre Lehrer, durch Beamte bei staatlichen Behörden oder durch das Militär und die Polizei. Sie sind in ihren Schulen aufgrund ihrer kurdischen Identität Demütigungen ausgesetzt und berichten, dass sie deshalb spätestens in der 8. Klasse ihre Schulen geschmissen haben. Sie sind sich bewusst, dass der Grund ihrer Ungleichbehandlung in ihrer kurdischen Herkunft liegt. Deswegen haben sie sich auch politisiert. Und sie sind auf jeder Demonstration präsent und bringen ihren Widerstand durch das Steinewerfen auf Polizeikräfte zum Ausdruck.

Anstatt die Ursachen dieses Verhaltens der Kinder zu erforschen, sperrt der türkische Staat sie schlicht und einfach weg. Sie werden zu Haftstrafen verurteilt, die zum Teil ihr Lebensalter übersteigen. Sie werden dazu gedrängt, als Agenten zu arbeiten, tun sie das nicht, sind sie im Gefängnis Folter und Gewalt ausgesetzt. Die Berichte aus Pozanti sind ein Beispiel dafür, was in Kindervollzugsanstalten der Türkei vor sich geht.

Was widerfuhr den Kindern in Pozanti?

Kaum kamen die Kinder in Pozanti an, wurden sie mit einer Willkommensprügel empfangen. Dieser Akt ist praktisch ein Ritual, auch in den anderen Gefängnissen der Türkei. Den Neuankömmlingen wird sofort klargemacht, dass die Gefängnisleitung und ihre Wärter absolute Macht über die Häftlinge haben und mit diesen tun und lassen können, was sie wollen. So beschreibt zum Beispiel A. B., der ab April 2009 für elf Monate in Pozanti inhaftiert war, seine Bekanntschaft mit diesem Ritual:

„Als ich im Gefängnis ankam, wurde ich mit der ‚Willkommensprügel' empfangen. Jeder, der neu nach Pozanti kam, musste das durchmachen. Man wird mit einem blauen Knüppel empfangen, der mit all deinen Körperteilen Bekanntschaft macht."

Anschließend wurden die Neuankömmlinge in ihre Zellen gebracht. Kinder, die aus politischen Gründen festgenommen wurden, werden im Gefängnis schlichtweg als Terroristen bezeichnet. Und genau so stellen die Wärter die Neuankömmlinge ihren neuen Zellengenossen auch vor. Welche Konsequenzen dies für die neuen Häftlinge mit sich brachte, beschreibt O. Ç., der im Alter von 14 Jahren zunächst in Iskenderun und dann in Pozanti inhaftiert war und in beiden Gefängnissen ähnliche Erfahrungen machte, mit folgenden Worten:

„Ein Polizist hat den Leiter des E-Typ-Gefängnisses angerufen und gesagt: ‚Wir bringen Ihnen zwei Terroristen. Machen Sie das Ritual bereit!' Wir haben dabei anfangs an nichts Schlimmes gedacht, an das Singen der Nationalhymne vielleicht, wie auch in der Schule zu Beginn des Unterrichts. Niemals hätte ich mir darunter Vergewaltigung, Schläge und intime Übergriffe vorgestellt."

Die Vorstellung der Kinder als „Terroristen" gestattete es sowohl den Gefängniswärtern als auch den anderen Zelleninsassen, mit diesen zu tun und zu lassen, was sie wollten. Besonders brutal gingen die sogenannten Zellenvorsteher mit den Kindern um. Im Pozantisystem wurde für jede Zelle ein Verantwortlicher von der Gefängnisleitung auserwählt. Diese agierten in den jeweiligen Zellen dann als verlängerter Arm der Leitung.

„Für jede Zelle erwählt die Gefängnisleitung einen Inhaftierten zum ‚Vorsteher'. Diese Vorsteher können ihren anderen Zellennachbarn antun, was sie wollen. Sie können sie belästigen, foltern oder auch vergewaltigen. Ihnen steht es frei zu, alles den anderen anzutun, was ihnen grad durch den Kopf geht." (A. B.)

„Der Zellenverantwortliche vergewaltigte die Kinder, das war allen bekannt, doch keiner sagte etwas, alles geschah vor den Augen der Wärter." (O. Ç)

Die Gefängnisleitung und die Wärter waren nicht nur indirekt für die Vergewaltigung und Folter der Kinder verantwortlich, indem sie beide Augen zudrückten und die Zellenverantwortlichen gewähren ließen. Sie übten auch selbst sexuelle Folter aus, was für die betroffenen Kinder eine besonders schwerwiegende Form der Erniedrigung darstellte.

„Als sie uns den Soldaten übergaben, haben die uns in der Kälte stehen lassen. Jeder Soldat, der an uns vorbeilief, hat uns beleidigt, beschimpft und anders schikaniert. Sie sahen uns als Terroristen. Sie haben uns in der Kälte nackt ausgezogen. Dann mussten wir nackt 30 Kniebeugen machen. Danach haben sie uns gezwungen, unsere Geschlechtsorgane aneinander zu reiben." (O. Ç)

Insgesamt herrschte in Pozanti eine Atmosphäre, in der sexuelle Folter zum Alltag der Kinder gehörte.

„Vergewaltigung und andere sexuelle Übergriffe waren hier Normalität. Die Ärzte und die Gefängniswärter störte das nicht. Man wollte nichts mit uns zu tun haben. Die Ärzte wollten sich uns nicht einmal nähern." (O. Ç)

Und wie reagierte die Regierung auf Pozanti?

Ich hatte bereits oben erwähnt, dass das Justizministerium und somit auch die Regierung sehr früh von Pozanti erfahren hatten. Doch sie schritten nicht ein. Die Auseinandersetzung mit Pozanti und somit den inhaftierten Kindern ist für die Regierung ein äußerst sensibles Thema, das man am liebsten unter den Teppich kehren will. Denn die Situation der Kinder ist geeigneter dafür, das Mitgefühl der Gesellschaft zu er-

wecken. Und wenn man sich mit der Situation der Kinder zu beschäftigen anfängt, stößt man unweigerlich auch auf die kurdische Frage. Deshalb ist hier das Motto der Regierung im Fall der Kinder für lange Zeit „aus den Augen, aus dem Sinn".

Zunächst wollte die AKP-Regierung das Thema schnell wieder ersticken. So wurden drei JournalistInnen der Nachrichtenagentur DIHA, die sich mit dem Thema befassten, kurzerhand festgenommen. Auch einer der Jungen, die von ihren Erlebnissen aus Pozanti öffentlich berichteten, wurde wieder ins Gefängnis gesteckt. Dadurch sollten die übrigen entlassenen Minderjährigen zum Schweigen gebracht werden. Doch nachdem nach langem Zögern auch die Mainstream-Medien des Landes sich gezwungen sahen, das Thema Pozanti aufzunehmen, war der Druck auf die Regierung so groß, dass sie dem nicht länger standhalten konnte. Sie nahm Stellung zu dem Fall, versprach, notwendige Schritte einzuleiten, und schloss schließlich das Gefängnis. Die in Pozanti inhaftierten Kinder wurden anschließend in das Gefängnis von Sincan bei Ankara verlegt. Für die AKP-Regierung war der Fall damit abgeschlossen. Doch ließ sich der Fall wirklich so leicht bereinigen?

Laut Berichten der Angehörigen der Kinder sei bereits die Überführung der Kinder nach Ankara eine Qual gewesen. Den Kindern sei auf der achtstündigen Fahrt weder zu essen noch die Möglichkeit gegeben worden, an die frische Luft zu gehen. Auch die durch die Verlegung entstandene Distanz zwischen dem Wohnort der Familien und ihren Kindern stellt ein großes Problem für die Angehörigen und die Kinder dar. Da die wirtschaftliche Lage der Familien äußerst prekär ist, können sie sich kaum leisten, ihre Kinder in Sincan regelmäßig zu besuchen.

Im Abschlussteil des Untersuchungsberichts zu Pozanti des BDP-Abgeordneten Ertuğrul Kürkçü werden demgegenüber eine ganze Reihe von dringlichen Maßnahmen vorgeschlagen, ohne deren Realisierung diese Vorfälle nicht abgeschlossen werden können. So fordert Kürkçü zunächst einmal gesetzliche Veränderungen, vor allem des Antiterrorgesetzes, durch das die Kinder überhaupt erst verhaftet werden können. Rehabilitationszentren für die Opfer und juristische Schritte gegen die Täter, zu denen auch die Gefängnisleitung und die Mitglieder des Gefängnisuntersuchungsausschusses des Parlaments gehören, sind weitere Forderungen von Kürkçü. Abschließend macht er deutlich, dass die Inhaftierung von Kindern in geschlossenen Vollzugsanstalten generell aufgehoben werden muss.

Wozu hatte sich die Türkei nochmal verpflichtet?

Die türkische Regierung glaubt, den Fall durch die Schließung des Gefängnisses erledigt zu haben. Doch aus den Forderungen Kürkçüs wird deutlich, dass es mehr bedarf als die Schließung eines Gefängnisses, um diese Missstände zu beheben. Denn Pozanti ist nicht bloß ein Einzelfall. Das Problem ist viel mehr das gesamte Gefängnissystem, das von Grund auf inhuman ist. In ihrer Kolumne berichtet Ece Temelkuran von dem Brief des politischen Aktivisten Çağdaş Ersöz aus dem Gefängnis von Sincan. Zur Erinnerung sei angemerkt, dass es sich bei Sincan um das Gefängnis handelt, in das die Kinder aus Pozanti verlegt worden sind. Temelkuran schreibt von den Erlebnissen Ersöz':

„Er war beschuldigt worden, gegen Wasserkraftwerke protestiert zu haben, und verbrachte mehrere Monate im Gefängnis von Sincan. Obwohl es auch hier ähnliche Berichte über Vergewaltigungen und Folter gibt, ist das Gefängnis doch für eine dort gemachte ‚Erfindung' berühmt: den Softraum! Çağdaş zufolge wusste jeder im Gefängnis, einschließlich der Ärzte, von diesem Raum. Da unter 18-Jährige nicht durch die Verweigerung der Aushändigung von Briefen isoliert und depriviert werden dürfen, bestraften die Justizbeamten die Kinder auf ihre sehr eigene Art in diesem geheimen Raum. Schläge, Falaka, nackt fesseln sowie der Kälte aussetzen sind nur einige der hier, neben weiteren Gewaltanwendungen, praktizierten Foltermethoden. Çağdaş berichtet, dass am Tag seiner Ankunft ein Kind Selbstmord beging und ein weiteres von einem älteren Häftling vergewaltigt wurde."

Ich hatte anfangs erwähnt, dass die Türkei sich selbst dazu verpflichtet hatte, die Kinder in ihrem Land vor Gewalt (Art. 19), sexuellem Missbrauch (Art. 34) und Folter (Art. 37) zu schützen. Doch in den Gefängnissen der Türkei scheint das Gegenteil der Selbstverpflichtungen System zu haben. Gerade kurdische Kinder, die bereits in der Öffentlichkeit mit jeglicher Form von Ausgrenzung, Erniedrigung und Unterdrückung konfrontiert sind, werden in den Gefängnissen einer grenzenlosen Brutalität ausgesetzt.

Um dieser menschenverachtenden Situation ein Ende zu bereiten, muss die Öffentlichkeit reagieren. Denn die türkische Regierung wird versuchen, und sie versucht es bereits, den Fall Pozanti so schnell wie möglich vergessen zu machen. Sie setzt auf das kurzlebige Gedächtnis der Öffentlichkeit. Deshalb liegt es in der Verantwortung der Öffentlichkeit, den Fall Pozanti nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und dafür zu sorgen, dass der Schutz der Kinderrechte immer und überall gewährleistet wird. Wird die Öffentlichkeit dem nicht gerecht, muss sie sich auch dafür verantworten, wenn neue Pozantis auf die Tagesordnung kommen. ♦

Informationsdossier zu den Vergewaltigungs- und Foltervorfällen in der geschlossenen Kindervollzugsanstalt Pozanti/Adana, 04. April 2012:
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/erklaerungen/2012/04/Informationsdossier_Pozanti.pdf

erstellt von Civaka Azad, CENÎ und ISKU
Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V., Bornheimer Landstraße 48, 60316 Frankfurt
E-Mail: info@civaka-azad.org, Internet: http://civaka-azad.org
ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V.
Büro für Internet- und Öffentlichkeitsarbeit
Spaldingstr. 130–136, 20097 Hamburg
E-Mail: isku@nadir.org; Internet: http://isku.org
CENÎ – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstrasse 125, 40215 Düsseldorf
Tel.: 0049 (0)211 598 92 51, E-mail: ceni_frauen@gmx.de

JINHA: Die weltweit erste feministische Nachrichtenagentur

Aus der Perspektive der Frau

Interview einer Hamburger Newrozdelegation mit der feministischen Nachrichtenagentur Jin Haber aus Amed

Wir sind hier, weil wir uns sehr für die Frauenbewegung und Frauenarbeit in Kurdistan interessieren.

Wir sind kein Frauenverein oder eine NGO, sondern eine Nachrichtenagentur. Unser Schwerpunkt ist, dass wir als Mitarbeiterinnen in den Medien das Problem von Sexismus in den Medien angehen.

Wir stellen uns gegen Sexismus in der Medienlandschaft. Unsere Agentur besteht von Reporterinnen bis Redakteurinnen ausschließlich aus Frauen. Damit stellen wir die weltweit erste feministische Nachrichtenagentur dar. Unsere Gründung war am 8. März 2012 [*Anm: Internationaler Frauenkampftag*].

Im journalistischen Bereich sind wir alle recht erfahren, der Schwerpunkt Sexismus in den Medien ist zum Teil neu für uns. Inhaltlich beschäftigen wir uns allerdings nicht nur mit den Themen Sexismus, Patriarchat und Frauen, sondern mit allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, aber eben aus der Perspektive der Frau. Kurd_innen werden in der Türkei unterdrückt. Kurdische Frauen erfahren zusätzlich zur Unterdrückung aufgrund ihrer kurdischen Identität auch noch die Unterdrückung aufgrund ihrer Identität als Frau.

Die Medien innerhalb des Systems berücksichtigen diese Thematik überhaupt nicht. Wir sehen unsere Herausforderung darin, die Unterdrückung, die auf den Schultern der kurdischen Frauen lastet, anzugehen. Unsere Arbeit betrifft allerdings nicht nur kurdische Frauen, sondern genauso türkische, armenische, tscherkessische und alle weiteren in der Türkei lebenden Ethnien sowie alle Frauen weltweit.

Warum herrscht gerade in Kurdistan der Bedarf, dieses Problem bzw. diese Herausforderung anzugehen?

Hier in Kurdistan erfahren wir als Feministinnen viel Unterstützung. Im Vergleich zu anderen Teilen der Türkei, wo oft nur eine Identität (eine Nation, ein Frauenbild, eine Farbe) dominiert, ist hier vieles offener und vielseitiger. Hier sind die Frauen recht stark organisiert, allgemein ist ein Bewusstsein vorhanden und die Organisierung gut. Sobald also Probleme mit Frauen sichtbar werden (Übergriffe, Vorfälle, etc.), werden diese hier thematisiert.

Wie ordnet Ihr Euch ideologisch/philosophisch ein?

Jede Mitarbeiterin hat ihre eigene ideologische Einstellung. Die Ebene, auf der wir uns treffen, ist der Kampf gegen die Ungleichheit der Geschlechter.

Unser Hauptanliegen ist es, den Gleichberechtigungsprozess der Geschlechter voranzubringen.

Innerhalb des Feminismus gibt es natürlich unterschiedliche Theorien und Abzweigungen. Unsere gemeinsame Basis ist aber, die Ungleichheit in allen Lebensbereichen zu bekämpfen.

Arbeitet Ihr auch zur Gleichberechtigung von lesbischen Frauen?

Ja. Erst gestern hat uns eine Vereinigung von trans- und homosexuellen Menschen aus Berlin besucht. Wir empfinden sehr viel Sympathie für diese Gruppe und haben uns eine gegenseitige Unterstützung zugesagt. Eine transsexuelle und eine lesbische Person haben sich bereit erklärt, als freie Mitarbeiterinnen mit uns zusammenzuarbeiten. Ihr erster Beitrag wird sich mit der Situation von transsexuellen und lesbischen Frauen in Gefängnissen befassen. Diese Menschen erfahren oft besonders starke Unterdrückung, da sie gleichzeitig Kurd_innen, Frauen und lesbisch oder transsexuell sind. Je mehr Identitäten Menschen haben, desto mehr Unterdrückung müssen sie erleiden.

Wie schätzt Ihr die Rolle der Unterdrückung der Frau durch Religion ein?

Es ist sehr wichtig, von welchem Standpunkt aus man das betrachtet. Es kommt auf den Willen der Frauen an. Von Geburt an werden Menschen geprägt: Medien, Eltern, Umfeld und andere Einflüsse formen den Charakter. Im gesamten Nahen Osten wird man meist in eine Religion hineingeboren. Es ist selten, dass Menschen hier ihre Religion frei wählen. Man findet nicht durch den freien Willen zu einer Religion, sondern erfährt durch Religion Prägungen und Sozialisation. In Religionen herrschen oft Dogmen vor. Dadurch, dass hinter diesen Dogmen ein Tabu steckt, fällt es schwer, aus solchen Blickwinkeln herauszukommen und das Ganze ernsthaft in Frage zu stellen.

Durch die Entwicklung der kurdischen Bewegung, vor allem in den letzten Jahrzehnten, haben Frauen die Möglichkeit, gesellschaftliche Gegebenheiten zu hinterfragen und dadurch andere Blickwinkel und Positionen zu erlangen und sich weiter zu befreien. In der gesamten kurdischen Frauenbewegung werden Themen aufgemacht, die bisher als Tabu galten. Dazu gehören unter anderem Ehre oder Jungfräulichkeit.

Wie geht Ihr mit den patriarchalen Verhaltensweisen der Genossen aus der Bewegung um? Welche Erfahrungen gibt es? Gibt es von Männern in der Bewegung Widerstände?

Die Frauenbewegung ist fest in der Befreiungsbewegung Kurdistans verankert, ein großer Teil der hier lebenden Frauen ist Mitglied in Frauenorganisationen. Die Guerilla hat eigene Fraueneinheiten. Trotzdem ist es schwierig, gegen feudale Strukturen anzukämpfen. Sicherlich sind die Männer nicht immer komplett einverstanden, doch sie sehen, wie stark die Frauenbewegung ist, und können sich deswegen nicht gegen sie aussprechen.

Wie sieht es mit dem restlichen Teil der Türkei aus? Gibt es Zusammenarbeit mit anderen Frauenorganisationen und wie sieht es außerhalb Kurdistans mit Frauenbewegungen aus?

Für uns ist sehr wichtig, offen zu sein. Wir versuchen mit allen verschiedenen Ethnien und Identitäten zusammenzuarbeiten. Unsere Agentur hat unter anderem über turkmenische Frauen berichtet. Problematisch ist, dass viele türkische Frauen die Identität kurdischer Frauen nicht anerkennen. Außerdem sind türkische Frauen, die mit der kurdischen Bewegung zusammenarbeiten, genauso wie wir, starken staatlichen Repressionen ausgesetzt.

Es ist verständlich, dass Menschen sich dieser Gefahr nicht aussetzen wollen. Für uns ist es wichtig, dass wir trotz der Repression gemeinsam arbeiten, weil die Unterdrückung der Frau überall auf der Welt vorhanden ist und überall sehr ähnlich ist. Die türkische Frauenbewegung ist sehr stark zersplittert. Im Gegensatz dazu ist der Zusammenhalt in der kurdischen Frauenbewegung stärker, wird allerdings auch stärker kriminalisiert.

Viele patriarchale Verhaltensweisen sind bei Männern so stark verankert, dass sie diese erkennen und als falsch sehen, aufgrund der starken Verinnerlichung aber nicht bzw. nur schwer ablegen können. Wie können Männer diese ablegen, und was können die Frauen tun?

Es geht darum, die Denkweise, Psyche und Denkmuster der Männer zu verändern. Dies geschieht über den Bildungsweg, sowie an vielen anderen Punkten innerhalb des herrschenden Systems. Die Sprache in der Gesellschaft, sowie die Gesellschaft allgemein, werden von den Medien stark geprägt. Wenn die Medien es schaffen, sich von Sexismus und sexistischen Denkweisen zu lösen, beeinflusst das die gesamte Gesellschaft und natürlich auch die Männer.

Das geschieht nicht von heute auf morgen. Gesellschaftliche Dogmen und Verhaltensweisen zu hinterfragen und zu überwinden, stellt einen sehr langen Kampf und Prozess dar.

Es gibt sehr vieles, was für diese Entwicklung getan werden muss, wir versuchen da unseren Beitrag zu leisten. Wir wollen verhindern, dass Medien sexistische Sprachrohre bleiben.

Wie arbeitet Ihr und was produziert Ihr? Wie seid Ihr strukturiert? Gibt es Hierarchien?

In erster Linie sind wir eine Nachrichtenagentur, wie zum Beispiel Reuters. Wir empfangen und verfassen Nachrichten in Schrift, Bild und Video. Diese verarbeiten wir und publizieren sie auf unserer Internetseite. In der Regel verkaufen wir unser Material an ein breites Netzwerk in der Medienlandschaft und nehmen so Einfluss.

Es gibt keine strukturellen Hierarchien, und es wird kollektiv gearbeitet. Mit unserem Konzept sind wir bereits jetzt weltweit auf sehr viel Aufmerksamkeit gestoßen. Wir publizieren auf Türkisch, Englisch, Kurdisch und bald auch auf Deutsch.

Dabei sehen wir uns nicht nur auf physischer Ebene als Frauen. Der Begriff „Frau“ meint nicht ausschließlich die biologische Frau oder das äußere Erscheinungsbild, sondern meint das Bewusstsein als Frau: kollektiv, offen und kollegial sein – das ist das, was wir mit „Frau“ meinen.

Wir versuchen zum Beispiel auch mit der Art der Kameraaufnahmen alternative und offenere Perspektiven zu ermöglichen. Wir wollen Kategorisierungen, die durch Bilder geschaffen werden, aufbrechen.

Wir machen auch interne Bildungsarbeit. Ein Thema ist z. B. die Frage: „Wie schaffe ich es, hierarchiefreie Pressemitteilungen zu schreiben?“

Unsere Leitlinien sind Unterstützung statt Konkurrenz, antimilitaristische und ökologische Sichtweisen vermitteln, großen Respekt gegenüber allem zu haben. Weltoffenheit, sowie die Beschäftigung mit weltweiten Themengebieten, ist uns sehr wichtig. Unser wichtigster Grundsatz ist allerdings, dass wir keine Hierarchien haben oder reproduzieren wollen.

Was habt Ihr für Feedback seit Eurer Gründung von der Bewegung sowie anderen Medien bekommen? Gibt es Repression von staatlicher Seite aus?

Alle, die von uns gehört haben, haben eine sehr, sehr positive Rückmeldung gegeben. Unsere Gründung hat für große Aufmerksamkeit gesorgt. Wir erhalten jeden Tag Anfragen und Angebote für eine freiwillige Mitarbeit oder von Berichten. Unsere Vernetzung reicht von Amerika über Europa bis zu lokalen Ebenen. Vor kurzem hat sich eine Frau aus Deutschland bereit erklärt, hierherzukommen und mitzuarbeiten.

Von staatlicher Seite gibt es bisher keine Repression. Aber unsere Webseite (www.jinhaber.com/) ist erst sehr kurz online und der Staat hat uns vielleicht noch nicht bemerkt. Wenn wir dieses Männersystem stören, werden wir sehen, wie sie reagieren. ♦

Das Leben der Frauen in Südkurdistan

Ein langatmiger Kampf um eine bessere Zukunft

Medya

Medya lebt seit nunmehr 20 Jahren in Kurdistan. Als gelernte Altenpflegerin ging sie in die Berge. Sie ist Teil eines Ärzteteams, das sich in den Dörfern und auf den Hochalmen der Kandil-Berge in Südkurdistan um die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung kümmert. Wenn es ihre Zeit und die Situation erlauben, sendet sie uns einen Brief über ihr Leben in Südkurdistan. Mit diesem Brief will sie uns die alltägliche Situation der kurdischen Frau näherbringen.

Das Leben der Frauen hier in Südkurdistan [*Nordirak*] verständlich zu machen ist nicht ganz einfach, weil es für den Menschen in Europa nicht so leicht nachvollziehbar ist, denn Frau lebt hier ganz anders. Trotzdem werde ich es versuchen. Um die Lage verständlicher zu machen, liegen Fotos von der Landschaft, Frauen und Kindern bei. Auch die Auswirkungen von Luftangriffen sind mit Fotos belegt.

So fange ich erst einmal mit dem Tagesablauf einer Frau im südkurdischen Nomadenlager an.

Die Frau oder auch gleichzeitig Mutter von meist vielen Kindern steht morgens zwischen 4 und 5 Uhr auf, bewässert den Boden um das Nomadenzelt, dann wird gefegt. Den Teig für das Brot hat sie schon in der Nacht zubereitet, sie holt das Holz, facht das Feuer an, legt das Backblech drauf und backt das Brot. Nach dem Backen ist es an Zeit, den Rest der Familie zu wecken, den Tee zu kochen und das Frühstück vorzubereiten. Gemeinsam wird gefrühstückt, der Mann verlässt zumeist als Schäfer das Haus, die Frau übernimmt den Abwasch, sie räumt die Schlafstätte auf, fegt das Zelt aus, wäscht die Kinder. Dann ist es schon höchste Zeit, um sich mit den anderen Frauen im Nomadenlager zum Melken der Schafe und Ziegen aufzumachen. Zum Teil ist der Ort wo gemolken wird, ein bis zwei Stunden vom Nomadenlager entfernt. Diesen Weg legt die Frau täglich, je nach Möglichkeiten, entweder zu Fuß oder auf dem Maulesel zurück. Im Hochsommer sitzt also die Frau stundenlang unter der prallen Mittagssonne hinter den Tieren zum Melken. Danach muss sie die Strecke zum Lager wieder zurück. Meist müde macht sie sich daran, sowohl die frischgemolkene Milch zu kochen als auch das Essen vorzubereiten. Wenn die Familie allein ist, isst sie gemeinsam. Kommen jedoch Besucher, werden Frau und Kinder von der Essecke verbannt, nur der Mann sitzt mit dem Besuch zum Essen. Frau und Kinder essen in der Küche. Dabei soll der Besuch vor dem Lärm, dem Schmatzen und dem Kleckern der Kinder bewahrt werden. Nach dem Essen wird der Tee aufgetragen. Wieder ist die Frau mit dem Abwasch und ausfegen beschäftigt. Dann hat sie eine kurze Pause, die sie oft mit ihren Kindern verbringt. Selten hat sie Ruhe, um sich ein wenig hinzulegen. Ist Besuch da, muss sie ständig etwas auftragen, Nüsse, Obst, selbstgebackene Kekse und immer wieder Wasser oder Tee – ein ständiges Hin und Her, denn die Kurden sind sehr gastfreundlich.

Die Milch wird zu Jogurt, Käse oder Milchspeisen verarbeitet. Wasser wird geholt, wieder rund um das Zelt bewässert und gefegt, die Wäsche gewaschen, das Abendessen gekocht und serviert. Abends wird es oft voll im Zelt. Die Nachbarn kommen zusammen, es wird lauthals geredet, wobei die Frau immer wieder in kleinen Gläsern den Tee, Nüsse oder Sonnenblumenkerne bringt und danach wieder saubermacht. So gegen 21 bis 22 Uhr fallen ihr langsam die Augen zu, sie bereitet die Schlafstellen vor und muss sich nun mit den Bedürfnissen ihres Mannes abmühen. Die Frau arbeitet also täglich 17 bis18 Stunden am Stück und hat wenig Zeit sich auszuruhen. Die Kinder erhalten oft keine Antwort auf ihre Fragen, weil die Frau einfach keine Zeit hat auf sie einzugehen, jedoch geht die Frau aus dem Haus, so sind immer ihre Kinder dabei. Die Frauen sprechen untereinander viel, jedoch wenn Fremde oder Besucher kommen, sind sie sehr still. Ihre Träume und Wünsche sind spärlich und eigentlich kann man trotz aller Mühe und der vielen Arbeit viele zufriedene Frauen sehen. Viele können sich nicht vorstellen, anders zu leben. Im Sommer leben sie auf den Hochalmen, ihre Art, in und mit der Natur zu leben, ist erstaunlich. Im Winter begeben sie sich in ihre Dörfer, wo dann die Kinder auch zur Schule gehen. Vor etwa 10 Jahren war es nicht üblich, dass die Mädchen zur Schule gehen, und auch heute weigern sich einige Väter hartnäckig, ihre Töchter zur Schule zu schicken.

Oft werden hier im südkurdischen Hochgebirge die Almen und auch die Umgebung der Dörfer von der türkischen Luftwaffe oder den iranischen Granaten beschossen, so dass die Menschen gezwungen werden, ihre Dörfer oder Almen zu ver-

lassen. Im Sommer leben sie dann in Zeltlagern. Entschließen sie sich, das Dorf nicht zu verlassen, steckt immer die Angst vor dem nächsten Angriff in den Knochen. Vor allem fürchtet sich die Bevölkerung vor dem Verlust ihrer Kinder als auch ihrer Tiere, die ihre Einkommensquelle sind.

In den bildschönen Dörfern von Kandil leben die Menschen von der Viehzucht und dem Anbau von Obst, Gemüse und Getreide. Andere gehen in die Städte wie z. B. Hewler, Silêmanî, Mûsil, Duhok, Raniye und Dokan, um als Tagelöhner zu arbeiten. Wieder andere Männer verdienen ihr Einkommen als Peshmerge. Die Frau muss das Brot entweder selbst backen oder aus der Stadt beziehen, da es in den meisten Dörfern keine Bäckerei gibt. Auf dem Land arbeiten die Frauen als Melkerinnen oder in ihren Gärten. Meist sind sie zu Hause und besuchen allenfalls die Nachbarn oder Verwandten im Dorf ohne die Gegenwart des Ehemannes. Selten geht eine Frau allein in die Stadt. In der Zeit, wenn vermehrt Luftangriffe rund um die Dörfer von Kandil im Grenzgebiet stattfinden, bleiben etwa 2 Monate lang die Schulen geschlossen und auch die Arztpraxen sind leer, weil die Ärzte sich weigern, ins Krisengebiet zu kommen. Trotzdem sind die Menschen hier entschlossen, ihre Dörfer nicht zu verlassen. Sie wollen nicht in den Städten leben und nur wenige wandern ab. Wäre zum Beispiel eine Mittelschule vorhanden, so würden viele Menschen lieber in ihrem Dorf bleiben.

Es ist natürlich auch für uns nicht einfach, die 50 Dörfer im Gebiet Kandil zu versorgen, weil wegen der Luftangriffe nicht zu viele Menschen an einem Ort versammelt sein sollten. Deshalb müssen wir als Gesundheitseinheit beweglich sein, um in jedem Dorf den Gesundheitsdienst leisten zu können, was ohne Auto ein wirkliches Problem ist.

Früher wurden viele Mädchen zwangsverheiratet, jedoch nimmt die Zahl der Zwangsehen durch politische Bildung ständig ab. Trotzdem trifft man immer wieder auf tragische Geschichten, z. B. dass der Vater seine Tochter gegen ein anderes junges Mädchen eingetauscht hat, das er sich dann zur Frau gemacht hat.

Viele Frauen, vermehrt in den Städten von Südkurdistan, verüben Selbstmord, indem sie sich selbst verbrennen. Die Gründe liegen zum Teil darin, dass sie aus der Schule genommen wurden, der Vater gab seine Tochter nicht dem Mann, mit dem sie gern zusammengelebt hätte, sondern einem, der ihm gefällt. Streit in der Familie und oft auch unberechtigte Beschuldigungen oder Hoffnungslosigkeit, hohe Verschuldung, die ausweglose Suche nach dem Sinn des Lebens sind oft die Anlässe des Selbstmordes. Die Drohung des Mannes, sich nach einer weiteren Frau umzusehen, führt oft zum Verlust des Selbstwertgefühls der Frau. Die ständigen Befehle und zum Teil auch die Erniedrigungen seitens des Mannes werden nur mit Widerwillen in Kauf genommen. Es fällt der Frau auch schwer, immer für den Mann schön zu sein und ihm immer gefallen zu müssen, besonders dann, wenn er seine Augen immer wieder auf Frauen außer Haus richtet.

Vergewaltigte Frauen gelten als entehrt und werden ermordet oder nach neuestem Gesetz in Südkurdistan mit dem Vergewaltiger zwangsverheiratet. Es gibt jedoch Kampagnen gegen Zwangsverheiratung, gegen Gewalt in und außerhalb der Familie, Aufklärungsarbeit in den Gemeinden, die die Polygamie angreift. Seit einigen Jahren bilden sich Frauenzentren, in denen sich die Frauen austauschen können. Hier erhalten die Frauen auch Näh- oder Computer- und auch Alphabetisierungskurse. Besonders die Stärkung des Selbstbewusstseins ist eine der Hauptaufgaben der Zentren. Frauen werden zu Hause besucht, bei Konflikten mit den Männern werden gemeinsame Gespräche zur Lösung der Probleme geführt. Es werden Seminare mit den Themen Gesundheit, Ernährung und Erziehung, Gewalt, Ehre und Wille der Frau



Frauen in Südkurdistan Fotos: Medya

usw. gehalten. Die Frau wird gestärkt, ermutigt, an politischen Veranstaltungen aktiv teilzunehmen, da die Politik des Systems die Frau in all ihren Lebensbereichen beeinflusst.

Was die Gesundheit der Frau angeht, so ist die Frau auf dem Land weitgehend gesünder als die in der Stadt. Aufgrund der harten Arbeit oder Tätigkeiten in der Kälte wie z. B. Holz holen hat sie mehr Muskelverspannungen oder Rückenschmerzen. Jedoch hält sie die ständige Bewegung fit. Die Frauen in den Städten sind mehr dem Stress ausgesetzt, kommen wenig aus dem Haus, so ist oft der Gang zum Arzt oder der Einkauf die einzige soziale Tätigkeit außer Haus. Sie sitzen viel, essen viel, werden fett und lahm und fühlen sich oft einsam. Magen- und Darmleiden wie Sodbrennen, Verstopfung und Blähungen sind sowohl auf dem Land als auch in der Stadt gleichwertig zu betrachten. Hautkrankheiten sind in den Städten wesentlich häufiger zu sehen. Hoher Blutdruck, hohe Cholesterinspiegel, Herz- und Gefäßleiden sind in den Städten wesentlich häufiger zu beobachten. Die Geschlechtskrankheiten sind beiderseits häufig zu beobachten, doch werden Tumore und Zysten in der Stadt früher erkannt, weil es auf dem Land noch immer kein Ultraschall gibt. Da die Frau immer beschäftigt ist, geht sie selten in die Stadt zum Arzt. Frauen, die keine Kinder bekommen können, werden in der südkurdischen Gesellschaft als völlig unnütz und unbrauchbar bewertet. Oft kommt es auch vor, dass Frau operiert werden müsste, sie aber die Behandlung verweigert, weil sie Komplikationen oder Fehlschläge befürchtet oder niemanden kennt, der sich um ihre Kinder kümmert. Oft können sie auch die Kosten für die Behandlung nicht aufbringen oder aber sie wollen nicht glauben, dass die Operation wirklich notwendig ist. Manchmal ist es auch der Mann, der die Kosten scheut und seine Frau hindert, sich zu operieren zu lassen. Andererseits kommt es auch vor, dass sich Frauen operieren lassen, ohne überhaupt über ihre Krankheit informiert worden zu sein. Sie weiß also gar nicht, warum diese Operation notwendig sein soll, was die Folgen des Nichtoperierens sind oder die Vor- und Nachteile der Operation. Ich persönlich habe Frauen gesehen, die einfach den Glauben an die Möglichkeit ihrer Heilung verloren haben. Besonders die Frauen in den Städten überschütten sich regelrecht mit Medikamenten und werden so den Medizinnetzen ausgeliefert, die zum eigenen Nutzen mehr Medikamente und Material als notwendig verkaufen. Röntgen wird viel zu oft angewandt und auch Operationen werden manchmal zum Nutzen des Arztes verordnet.

Der Bau von privaten Krankenhäusern vernichtete die Gleichheit in der Behandlung, die noch vor 7–8 Jahren bestanden hat.

In der Stadt ist die Frau umgeben von der Technik, die ihr das Leben erleichtern soll. Waschmaschine, Geschirrspüler, Staubsauger, Video, Computer, PKW usw. Doch oft fühlt sie sich allein, denn der menschliche Zusammenhalt, das gemeinsame Arbeiten, sich austauschen, einander helfen und besuchen, ist in den Dörfern wesentlich stärker ausgeprägt. Der Mensch in der Stadt ist immer wieder dazu verurteilt, für ein größeres schöneres Haus oder Apartment, ein neueres Auto, die modernste Kleidung, die ausgefallenste Frisur, TV, Telefon, CD, DVD und irgendwelche Technik neuesten Modells, die tollsten Spielzeuge für ihre Kinder und dabei immer im Wettlauf mit den Nachbarn, Verwandten und Bekannten zu arbeiten, arbeiten und arbeiten. Die Frau in der Stadt arbeitet als Kindergärtnerin, Verkäuferin, Sekretärin, Ärztin, Beamtin, Haushälterin, Anwältin, Beamtin, Putzhilfe. Viele sind arbeitslos oder Hausfrau. Übrigens wird die Arbeit der Frau im eigenen Haus, die Erziehung der Kinder, nicht als Arbeit gewertet und verdient deshalb auch selbst unter Frauen keine Anerkennung.

Kurdistan ist ein Gebiet, das immer wieder von Angriffen seitens des türkischen, iranischen oder syrischen Regimes bedroht ist. Eine Teilnahme an einer Demonstration kann mit einer Verhaftung, Folter, Verletzung oder mit dem Tod enden.

Auch muss man das Leben der Frau in den Flüchtlingslagern genauer betrachten: z. B. im Hochsommer bei ca. 50 Grad Hitze oder im tiefsten Winter mit Schnee in einem kleinen Zelt oder unter einer Plastikplane zu leben. Manchmal fehlt es an Wasser, es gibt keine Müllabfuhr, die Zelte sind dichtgedrängt auf engstem Raum aufgestellt, was einen guten Nährboden für die Ausbreitung von Krankheiten darstellt. Oft sind diese Lager aufgrund politischen Drucks immer wieder Embargos ausgesetzt, so dass es entweder an Lebensmitteln, Medikamenten, Strom im Winter, Brennmaterial oder Öfen fehlt. Die Hilfe, die vielleicht ankommt, ist oft sehr unzureichend – zum Sterben zu viel, aber für ein normales Leben zu wenig. Oft sieht man ausgemergelte Frauen und unterernährte Kinder. Der psychische Zustand ist geprägt von einem Leben getrennt von der Heimat, in einer Atmosphäre großen Drucks von außen, mit dem Versuch, die Rechte der Flüchtlinge noch weiter einzuschränken, der unbestimmten Situation und dem Nichtwissen, wie es morgen weitergehen soll. Viele Frauen stehen allein als alleinerziehende Frauen vor den Problemen, da der Mann bei militärischen Angriffen umgekommen ist. Frauen, die verletzt wurden, müssen trotz ihrer Einschränkung die täglichen Arbeiten im Hause verrichten. Es gibt keine Kranken- oder Altenversicherung oder -versorgung und auch keine Sozialleistungen seitens der südkurdischen Regierung für Arme.

In Kurdistan kann es den Menschen nur gutgehen, wenn sie sich organisieren und gemeinsam für ihre Rechte kämpfen. Nicht nur das Recht auf Lebensmittel, Medikamente, ärztliche Behandlung und Hilfe, sondern eher für das Recht auf ein Leben in der Heimat in Freiheit, Gleichheit, Ehre, Identität und Demokratie, mit dem Recht, in der Schule Unterricht in der Muttersprache zu erhalten, frei den Glauben und die eigene Kultur ausüben zu können, die eigene politische Vertretung wählen und bestimmen zu können, mit dem Recht auf Selbstbestimmung und Selbstverwaltung. Das alles ist den Kurden verwehrt und darum gibt es einen langatmigen Kampf um eine bessere Zukunft. Und genau die Hoffnung und der tiefe Glaube an eine bessere Zukunft halten die Menschen hier auf den Beinen.

Ich hoffe, dass es mir gelungen ist, Euch einen keinen Einblick in die Welt und das Leben der kurdischen Frau aus Südkurdistan zu geben.

Mit vielen Grüßen aus Kurdistan
Medya

Der Arabische Frühling von Tunesien bis Syrien und die Situation der Kurden

Und deshalb verteidigt sie nicht allein die Selbstorganisierung des kurdischen Volkes ...

Baki Gül

Es begann damit, dass sich ein Jugendlicher aus Perspektivlosigkeit und Armut in Brand setzte. Danach nahmen die sich radikalisierenden Volksaufstände vom Nordwesten Afrikas bis in den Osten des Kontinents ihren Lauf. Im gesamten Jahr 2011 sorgten sie für große Aufregung und verfehlten auch nicht ihre Wirkung in den USA und Europa. Inspiriert von den symbolträchtigen Zeltaktionen auf dem Tahrir-Platz in Kairo begannen auch die Occupy-Aktivitäten in den Finanzmetropolen. Allerdings haben sie nicht zu denselben Ergebnissen geführt wie die Volksaufstände in der arabischen Welt. Die Occupy-Aktionen waren eher flüchtigen Charakters und bewahrten ihren Einfluss nur für kurze Zeit.

In Tunesien sorgten die Volksaufstände für das Ende der Herrschaft Zeynel Abidins. Zwar kam es dadurch zu einem teilweise demokratischeren System, doch die global herrschende Politik hat verhindert, dass der Regimesturz zu einer Volksrevolution führte. Anschließend wurde in Ägypten die Herrschaft Husni Mubaraks gestürzt. Spätestens mit dessen Ende war der Arabische Frühling nun in aller Munde. Und spätestens von nun an waren sowohl die anderen arabischen Staaten als auch die Vertreter des globalen Herrschaftssystems wie die USA und die EU gezwungen, vorsichtiger mit der neuen Situation umzugehen. Ägypten sollte noch weniger als Tunesien seinem Schicksal überlassen werden. So wurden die Bemühungen verstärkt, den Herrschaftswechsel im Land ohne Umwege in die globale Herrschaftspolitik zu integrieren. Der Volksaufstand von Ägypten stieß somit auf die geopolitischen Konstruktionen der globalen Politik. Aber das Symbol des Tahrir-Platzes war noch frisch im Gedächtnis der Menschen. Und so zeigten die Volksaufstände, die in Tunesien und Ägypten ihren Anfang genommen hatten, auch ihre Auswirkungen in Ländern wie Sudan, Jemen, Algerien und Bahrain sowie auf der gesamten arabischen Halbinsel. Doch in Saudi-Arabien und in den Golfstaaten trat noch eine weitere Dynamik hinzu: Iran. Damit die Unruhen in der Region nicht bis in den Iran hineinwirken, begann Teheran die schiitische Karte auszuspielen. Dies trug dazu bei, dass die Revolten zunehmend an Wirkung verloren. Die Situation in zwei Staaten sollte dennoch hervorstechen: in Libyen und Syrien.

In Libyen war die Situation eine andere als in den übrigen Ländern. Es gab keinen Volksaufstand. Allerdings drängten einige Staaten der EU, insbesondere Frankreich, auf eine Intervention und als sich dann die USA und die übrigen NATO-Staaten dem anschlossen, wurde das Gaddafi-Regime mit einem heftigen Schlag gestürzt. Auch die Tatsache, dass das Regime über Sympathien in der Bevölkerung verfügte und seine Anhänger sich lange wehrten, konnte diesen Sturz nicht verhindern. Das neue Libyen wurde nach den Wunschvorstellungen derjenigen Mächte gestaltet, die das Erdöl und die anderen Schätze des Landes brav unter sich aufteilten. Nach Libyen waren Syrien und der letzte Vertreter des Baath-Regimes Bashar al-Assad an der Reihe. Syrien sollte über die bestehenden Widersprüche im eigenen Land geschwächt werden. Vor dem Hintergrund des sunnitisch-schiitischen Gegensatzes wurden die traditionell im Konflikt mit dem Baath-Regime stehenden Moslembrüder ins Spiel gebracht. Und auch über den arabisch-kurdischen Widerspruch im Land versuchte man Assad in die Enge zu treiben. Allerdings stellte sich im Falle Syriens die Dreierkombination Iran-Russland-China quer und so hat sich diese Phase in die Länge gezogen. Demgegenüber agiert die Combo aus Türkei und Saudi-Arabien auf der Seite der global herrschenden Kräfte, wodurch die Fronten komplementiert werden.

Die Kurden hingegen beharren auf ihrer Position, die einen demokratischen Wandel in Syrien einfordert. Sie haben ihre Organisierung in der Bevölkerung vorangetrieben und ihre Forderung nach einem politischen Status für sich durch Massenproteste unterstrichen. Insgesamt wird die Situation allerdings immer komplizierter. Die Türkei stellt sich, gepaart mit

ihrer antikurdischen Politik, gegen das syrische Regime, Saudi-Arabien und Katar versuchen die sunnitischen Araber gegen Damaskus aufzuwiegeln, wohingegen der Iran sich mit seinem Einfluss auf die schiitische Bevölkerung im Land auf die Seite des Regimes stellt. Die Gewaltsituation in Syrien wird durch die geschilderte Lage immer komplexer.

Die USA und die EU haben zunächst **im Falle Syriens** nicht auf eine militärische Intervention wie in Libyen gesetzt, sondern es von innen zu spalten und dadurch Assad zu schwächen versucht. Die anschließenden diplomatischen Debatten, die über die Vereinten Nationen liefen, haben Syriens Regierung zu einem Waffenstillstand mit der Opposition gezwungen. Doch die Situation im Land wird aufgrund der folgenden Besonderheiten weiterhin akut bleiben:

Zunächst einmal ist die Bevölkerung Syriens nicht weitgehend homogen wie in anderen arabischen Staaten. In Syrien leben verschiedenste Nationalitäten wie die Araber, Kurden, Armenier, Suryoye, Drusen, Turkmenen und Tscherkessen, und neben den islamischen Religionsgemeinschaften der Schiiten und Sunniten sind auch weitere Religionsgruppen wie die christliche und die yezidische Minderheit vertreten. Als zweite Besonderheit bilden die Kurden in Syrien nun wie in den anderen Teilen Kurdistans hinsichtlich ihrer politischen Stärke eine Einheit. Vor allem die politische Linie der PKK hat großen Einfluss auf sie. Das beeinflusst wiederum die Syrienpolitik der Türkei und Irans. Drittens verfügt Syrien nicht über einen natürlichen Reichtum an Erdöl- und Erdgasvorkommen wie der Irak oder Libyen. Ergo gibt es keine Reichtümer, mit denen Interventionisten die Kosten für ihren Eingriff materiell kompensieren könnten! Viertens ist Syrien im Nahen und Mittleren Osten ein Zentrum politischer Widersprüche. Dort kreuzt sich der arabisch-israelische mit dem sunnitisch-schiitischen und dem kurdisch-arabischen Widerspruch.

Die kurdische Dynamik wird, im PKK-Sinne organisiert, sowohl im Falle der Fortexistenz dieses Regimes als auch im Falle einer Intervention, zu einem Status führen. Das birgt auch das Potential in sich, im Nahen und Mittleren Osten zu einer bedeutenden politischen Kraft zu werden. Dadurch, dass die Kurden weder auf Interventionsseite noch auf Regimeseite stehen, scheinen sie gegen jegliche Eventualität besser gewappnet. Die Politik der Türkei und des Iran hingegen, einzelne Gruppen innerhalb Syriens zu unterstützen, steigert die Gefahr, den Bürgerkrieg im Land zu eskalieren.

Mit kurdischer Perspektive zur Problemlösung in Syrien und Nah-/Mittelost

Die kurdische politische Bewegung in Syrien sieht und bewertet die Entwicklungen in Syrien auf die oben beschriebene Weise. Adil Bayram von der Özgür Gündem macht in



Die Bevölkerung in Kurdistan ist für die Durchsetzung demokratischer Rechte in einem permanenten Aufstand: Hunderttausende auf dem Newrozfest in Amed, dass die AKP-Regierung ihnen verbieten wollte. Foto: Hamburger Delegation

seinem Artikel „Regionalkrieg“ auch auf diese Situation aufmerksam: „Wir haben stets darauf hingewiesen, dass ein Krieg in Syrien für die gesamte Region weitaus größere Folgen hätte als die Kriege und Aufstände in Tunesien, Ägypten und Libyen. Dass jetzt auch ein möglicher Krieg gegen Iran auf die Tagesordnung kommt, bestätigt unsere These. Die Gefechte in Syrien nehmen immer mehr die Form eines regionalen Krieges an, der vom Mittelmeer bis nach Afghanistan reicht. Folglich handelt es sich um einen regionalen Krieg mit globalen Dimensionen.“ Diese Beobachtung bringt eine ernst zu nehmende Situation zum Ausdruck. Wenn man nun die anstehende US-Präsidenten-Wahl und die Verhandlungen über das iranische Atomprogramm hinzunimmt, wird die Instabilität der Region unübersehbar. Bayram, der auch auf den Beitrag der AKP-Politik zu dieser Instabilität hinweist, setzt seine Analyse fort: „Der über Syrien geführte Regionalkrieg stellt für alle Akteure eine ernsthafte Situation dar. Die Lage ähnelt in vielerlei Hinsicht der Zeit während des Ersten Weltkriegs und danach. Deshalb ist kluges und vorsichtiges Handeln in einer solchen Situation von großer Wichtigkeit. Auch die Türkei benötigt für die gegebenen Umstände eine neue Politik. Zunächst einmal muss sie sich demokratisieren. Dann muss die kurdische Frage auf demokratische Weise gelöst und die türkisch-kurdische Geschwisterlichkeit wiederhergestellt werden. Allein dadurch kann im gesamten Land ein freier und gemeinsamer Wille geschaffen werden.“

Der kurdische Frühling und die internationalen Mächte

Die Volksaufstände von Tunesien bis Syrien haben natürlich auch in Kurdistan ihre Auswirkungen gezeigt. In einer Hinsicht unterscheidet sich dort jedoch die Sachlage. Die kurdische Opposition hat mit dem seit dem 15. August 1984 anhaltenden Guerillakrieg und der Volksbewegung in Nordkurdistan/Türkei andere Wege einzuschlagen versucht. Allerdings beschränkt sich die politische kurdische Bewegung nicht allein auf den Norden. In Südkurdistan/Irak hat der Widerstand die Anerkennung eines kurdischen Status mit sich gebracht. In Ostkurdistan/Iran bauen die Kurden ihre politische Organisierung unter dem Dach der PJAK [*Partei für ein freies Leben in Kurdistan*] und in Westkurdistan/Syrien unter dem der PYD [*Partei der Demokratischen Einheit*] erfolgreich weiter aus. Sie sind in der Lage, Millionen Menschen auf die Straße zu mobilisieren, ihnen ist es gelungen, in der legalen politischen Arena eine Repräsentanz zu schaffen, und sie leisten weiterhin bewaffneten Widerstand. Aufgrund dieser Besonderheiten haben sie stets die Fähigkeit bewahrt, sich weder in den Dienst der globalen herrschenden Mächte wie der USA oder der EU noch auf die Seite der reaktionären Vertreter des Status quo wie der Baath-Regime oder der Kemalisten stellen zu müssen. Die kurdische Bewegung hat stets die These verteidigt, dass die Völker in der Lage seien, durch ihre eigene Dynamik den demokratischen Wandel herbeizuführen. Und deshalb verteidigt sie nicht allein die Selbstorganisierung des kurdischen Volkes, sondern auch eine gemeinsame konföderale Organisierung mit den arabischen, türkischen und persischen Völkern. Und vermutlich weil die kurdische Bewegung diese politische Linie vertritt, haben die internationalen Medien und die Weltpolitik nicht sehen wollen, dass diese Bewegung in der Woche um Newroz in der Lage war, Millionen Menschen in Bewegung zu setzen. Dennoch setzt das kurdische Volk seinen Widerstand auf jeder Ebene weiter fort.

Die Nah-/Mittelost-Analyse des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan

Die grundlegenden Perspektiven dieser Politik fasst der Gründer und Vorsitzende der PKK, Abdullah Öcalan, in seiner Verteidigungsschrift „Zivilisationskrise im Mittleren Osten und die Lösung der Demokratischen Zivilisation“ zusammen. Seine Lösungsvorschläge lauten:

Der Dachverband der kulturellen Ganzheit sollte als Konföderation Demokratischer Nationen des Mittleren Ostens errichtet werden.

Die von der Demokratischen Konföderation zur Grundlage genommene Gesellschaft ist die ökonomische und ökologische Gesellschaft.

Die Beziehung zwischen der Demokratischen Konföderation und den Nationalstaaten ist weder durch einen Krieg bis zum bitteren Ende noch durch gegenseitige Assimilierung gekennzeichnet, sondern vielmehr durch die Akzeptanz der gegenseitigen Legitimität und die friedliche Koexistenz.

Der Demokratische Konföderalismus bietet eine Lösungsmöglichkeit, um die immer noch anhaltenden und auf historisch-gesellschaftliche Ungerechtigkeiten zurückzuführenden Kriege, Auseinandersetzungen und Spannungen zu beseitigen. Wenn diese Lösungsmöglichkeit in irgendeinem Konflikt der Region realisiert wird, könnte das einen Dominoeffekt in der gesamten Region in Gang setzen. Deshalb liegt die Zukunft der Region im Demokratischen Konföderalismus.

Die anti-systemischen Bewegungen müssen eine Neubewertung der Lage vornehmen und sich einer Selbstreflexion unterziehen. Wenn irgendwo die gesellschaftlichen Widersprüche ihren Gipfelpunkt erreicht haben und diese Bewegungen dennoch keine Lösungen finden können, dann mag dort zwar das System zusammenbrechen, aber die Probleme bleiben weiterhin ungelöst.

Die antikapitalistischen ideologischen und politischen Bewegungen müssen in ihren soziologischen Analysen über die positivistische Soziologie hinausgehen. Ohne eine tiefgehende Auseinandersetzung mit dem kulturellen Erbe der Region und mit der Loslösung von der hierarchischen, herrschaftsorientieren und staatsfixierten Mentalität, die eng mit eben diesem Erbe verbunden ist, kann es keine Demokratisierung geben.

Wie auch woanders auf der Welt werden ebenfalls im Mittleren Osten kurz-, mittel- und langfristig die alternativen Lebensformen durch ihr Organisations- und Aktionsverständnis (Strategie) und dessen Anwendung (Taktik) die in einer strukturellen Krise befindliche kapitalistische Moderne überwinden. Die Werte der demokratischen Moderne werden in das neue Zeitalter führen und dort an Bedeutung gewinnen. ♦

Friedensplan ohne Friedenswille in Syrien

Wer sind die wahren „Friends of Syria“?

Eine Analyse von Mehmet Emin Orhan

Es bleibt unsicher, ob die Mission von Kofi Annan, um die Gewalt in Syrien zu beenden, erfolgreich sein wird. Obwohl der Friedensplan auf dem UN-Sicherheitsrat am 21. März einstimmig verabschiedet wurde und laut der Erklärung von Kofi Annan als Sonderabgeordnetem der UN und der Arabischen Liga am Dienstag, den 27.03.2012, von Syriens Präsident Bashar al-Assad angenommen wurde, droht der Sechs-Punkte-Plan zum Frieden zu scheitern.

Der Friedensplan verpflichtet die syrische Regierung zum Abzug der syrischen Truppen und einer Waffenruhe bis zum 10. April, um einen politischen Prozess zu beginnen, der für die „legitimen Wünsche und Anliegen des syrischen Volkes“ den Weg ebnen soll. Jedoch scheinen das Engagement zur Beendigung der bewaffneten Kämpfe mit schwerer Artillerie und der Einzug mit großem Aufmarsch in die städtischen Gebiete seitens des Regimes nicht abzureißen. Auf der anderen Seite weigert sich die vom Westen und ihren Kollaborateuren unterstützte und bewaffnete Freie Syrische Armee, schriftliche Erklärung an die syrische Regierung abzugeben, ebenfalls das Feuer einzustellen.

Indes kommt unweigerlich die Frage auf, inwieweit ein Frieden überhaupt gewollt, ja gar gewünscht ist, wenn in den Medien immer mehr und öfter von Friedenskorridor, Schutzkorridor oder Pufferzone sowie von militärischer Intervention die Rede ist. Insbesondere gewinnen diese Diskussion und die Widersprüche an Brisanz, weil die deutschen Medien nach der Konferenz der „Freunde Syriens“ in Istanbul, die die Freie Syrische Armee unterstützten, die Nachricht verbreiten, dass die syrische Opposition den Syrischen Nationalrat als alleinigen Vertreter des Volkes akzeptiert und Meinungsverschiedenheiten aus dem Weg geräumt wären. Dabei hat die weitaus stärkere innere Opposition Syriens, die vom Nationalen Koordinationskomitee für Demokratischen Wandel (CNCD) vertreten wird, an keinem der beiden Treffen in Istanbul teilgenommen. Eine fragwürdige Art der Einigung und Vertretung.

Sollte die Gewalt nach dem Ultimatum am 10. April andauern, könnten gewisse „Schritte“ unternommen werden, erklärte Recep Tayyip Erdoğan. Mit dieser Erklärung droht die Türkei al-Assad und Syrien einen Krieg an. Die Türkei hat der Regierung in Damaskus praktisch schon damit den Krieg erklärt, dass sie der „Freien Syrischen Armee“ erlaubte, unter dem Schutz der türkischen Armee von türkischem Boden aus in Syrien zu operieren. Zuletzt kritisierte der syrische Außenminister Walid al-Muallim, dass die Türkei, dem Friedensplan zum Trotz, Oppositionsgruppen mit Waffen ausstattet.

Die Türkei, als Handlanger und trojanisches Pferd des Westens, unterstützt und bewaffnet die „Aufständischen” mit dem Ziel, das syrische Regime zu stürzen.

Erdoğan will schon lange einen sogenannten arabischen Gürtel oder Schutzkorridor im Grenzgebiet Syriens zur Türkei einrichten. Diese repressive Handlung, die eine Flugverbotszone beinhalten würde, bedeutet aber nichts anderes, als eine offene Kriegshaltung der Türkei gegen Syrien. Die Türkei, als Handlanger und trojanisches Pferd des Westens, unterstützt und bewaffnet die „Aufständischen“ mit dem Ziel, das syrische Regime zu stürzen. Die Rechnung bezahlen – wie so oft – die von ihren Parasiten fremdbeherrschten Völker.

Allerdings wird es der türkische Premier nicht wagen, einen offenen Krieg durch die Errichtung des „Schutzkorridors“ ohne internationale Unterstützung anzuzetteln. Der schon lange im Gespräch befindliche Plan eines „humanitären Korridors“ wird nun wegen der Provokation der Türkei wieder aktuell.

Doppel-Spiel der „Friends of Syria“ | Für die USA, aber auch Frankreich, zeigt der Annan-Plan den Mangel an Alternativen. Während die Freie Syrische Armee unterstützt wird, hat die syrische Armee erstaunlich wenig an ihrer Schlagkraft verloren. Die Zahl der Deserteure ist noch immer begrenzt und mit ihren lokalen Milizen und autonomen Gruppen sind sie eher schlecht organisiert. Sehr zum Leidwesen der USA.

Während der Konferenz der „Freunde Syriens“ in Istanbul spielten die verschiedenen westlichen Teilnehmer, zusammen mit der Türkei, Katar und Saudi-Arabien, ein doppeltes Spiel. Auf der Konferenz kündigten die Vertreter von Saudi-Arabien

und Katar an, dass sie einen Fonds für die syrischen Rebellen einrichten werden, um neue Kämpfer zu ermutigen und den bewaffneten Aufstand zu etablieren.

Dadurch entwickelt sich die Freie Syrische Armee, die eine eingeschränkte Unterstützung der syrischen Bevölkerung besitzt, mehr zu einem von den Golfstaaten beschäftigten Söldnerheer. Weiteren Legitimitätsverlust verzeichnete sie auch aufgrund des Berichts von Human Rights Watch, in dem veröffentlicht wurde, dass die bewaffnete Opposition schwere Menschenrechtsverletzungen begeht. Der Spiegel berichtet in einem Artikel vom 26. März über Folter und Hinrichtungen, die Verbrechen aus dem Sommer 2011 bezeugen.

Umso erstaunlicher und beunruhigender ist die Tatsache, dass mit der Unterstützung der USA und Europas die „Freunde Syriens“ erklärten, dass sie den Syrischen Nationalrat (SNR) jetzt als legitime Vertreter des syrischen Volkes ansehen. Praktisch alle Beobachter und Experten sind sich aber einig, dass der im Ausland gegründete und von dort finanzierte SNR fast keine Grundlage in Syrien hat. Die westliche diplomatische Welt geht dieser Tatsache wohl bewusst aus dem Weg. Die USA haben sich öffentlich gesorgt über die Tatsache, dass der SNR mit wenig oder gar keiner internen Unterstützung aufgestellt ist. Ein Journalist des amerikanischen TV-Senders CNN stellte den Vergleich an mit der Unterstützung des Irakischen Nationalkongresses (eine irakische Oppositionsgruppe) aus der Zeit des Saddam-Regimes. Es stellte sich heraus, dass sie ohne Anhänger im Irak tätig waren und den Sturz nur wegen amerikanischer Motive und Hilfe vollbringen konnten.

Mit aller Macht versucht Erdoğan die stärkste kurdische Opposition in Syrien, die Partei der Demokratischen Einheit (PYD), als Partner und Verbündeten des Diktatoren-Regimes von al-Assad darzustellen, des Diktators, der für die türkischen Regierungen und Militärs jahrzehntelang für einen gemeinsamen Krieg und Terror gegen die Kurden gut genug war.

Hassan Abdul Azim, der Vorsitzende der inneren Opposition des Nationalen Koordinationskomitees für Demokratischen Wandel (CNCD), warnte davor, den SNR als alleinige legitime Vertretung der Opposition zu ernennen. Er sagte auch, dass die Freie Syrische Armee nicht bewaffnet werden sollte, weil sie „nicht die syrische Revolution durch Militarisierung und bewaffnete Gewalt zum Ergebnis führen kann“ (New York Times, 3. April 2012). Das CNCD ist eine Oppositions-Plattform in Syrien, die aus arabischen Parteien, linken Gruppen und den meisten kurdischen Organisationen besteht, unter anderem der Partei der Demokratischen Einheit PYD. Das CNCD verfügt jedoch nicht über die internationalen Kontakte und daher nur über begrenzte Ressourcen.

Gespaltene Opposition | Im Vorfeld der Konferenz in Istanbul zeigte sich, wie gespalten die Opposition ist. Mehrere Mitglieder äußerten ihre Unzufriedenheit mit dem SNR. Drei der damals acht Mitglieder des Executive Committee, einschließlich des prominenten Menschenrechtsaktivisten Haitham al Maleh, traten aus. Die kurdische patriotische Konferenz (ENKS) als einzige kurdische Vertretung verließ ebenfalls den SNR, als deutlich wurde, dass den Selbstbestimmungsrechten der Kurden kein Platz eingeräumt werden soll. Der SNR machte einen gespaltenen und vor allem chaotischen Eindruck.

Die Meinungsverschiedenheiten und Widersprüche innerhalb des SNR sieht man auch, wenn man die politische Haltung auf ihrer Website liest – hiernach will der SNR keine Gewalt oder bewaffnete Revolution und ist gegen eine militärische Intervention aus dem Ausland. In Wahrheit hat Burhan Ghalioun, der Vorsitzende des SNR, am 2. März die Errichtung eines Militär-Büros angekündigt, das dazu dienen soll, „als US-Verteidigungsministerium mit Vertretern aller Fraktionen des bewaffneten Widerstands und der Freien Syrischen Armee zu agieren“. Ghalioun sind alle Formen der Intervention – gleich, ob politische, militärische oder humanitäre –, um das Regime von Assad zu stürzen, was er seltsamerweise einen „friedlichen Übergang“ nennt, recht.

Der kurdische Aufbruch und die Angst der Türkei | Schließlich gibt es die Rolle der Türkei. Man mag sich nun fragen, warum Ankara die Sitzungen der syrischen Opposition im Ausland sponsert, der Freien Syrischen Armee eine Oase von Möglichkeiten wie Waffen, Geld und Logistik bietet und die diplomatischen Beziehungen des SNR unterstützt.

Warum steht Erdoğan an der Spitze der Kriegstreiber gegen Syrien? Tut sich die Türkei außenpolitisch einen Gefallen damit, den Nachbarn Syrien zu destabilisieren und mit massiver Medienpropaganda die Spannungen zwischen syrischen Kurden und al-Assad anzuheizen und noch weiter zu vertiefen? Mit aller Macht versucht Erdoğan die stärkste kurdische Opposition in Syrien, die Partei der Demokratischen Einheit (PYD), als Partner und Verbündeten des Diktatoren-Regimes von al-Assad darzustellen, des Diktators, der für die türkischen Regierungen und Militärs jahrzehntelang für einen gemeinsamen Krieg und Terror gegen die Kurden gut genug war. Es ist nur erschreckend wie die westlichen Verbündeten des NATO-Staates Türkei die Tatsachen fleißig mit vertuschen bzw. verdrehen. Wie z. B. die Bundesrepublik, die bis zu den Unruhen und Aufständen kurdische Asylsuchende aufgrund der „sicheren Menschenrechtslage“ nach Syrien abgeschoben hat. Was gestern noch Staatssicherheit, Diplomatie und Sicherheitspolitik gewesen ist, muss heute als Demokratiedefizit und Terrorproblem bekämpft werden. Es ist verantwortungslos, wie die internationale Presse, anstatt wichtige Informationen und Entwicklungen mitzuteilen, mit einer massiven Hetz- und Diffamierungskampagne die neuen alternativen Lösungsansätze ins schlechte Licht zu rücken versucht. Noch vor nicht allzu

langer Zeit erklärte ein Außenvertreter der syrischen Regierung die Treue zum Adana-Abkommen von 1998 in dem eine Anti-Kurden- bzw. Anti-PKK-Koalition zwischen Syrien und der Türkei geschlossen worden war. Und jetzt sollen plötzlich PYD-Funktionäre, die momentan auf den Straßen tausende Kurden und Öcalan-Anhänger gegen al-Assad mit Flaggen und kurdischen Farben organisieren, Freunde des Kurdenmörders al-Assad sein. Das Gegenteil sah man z. B. am 30. März 2012, als verschiedene kurdische Jugendgruppen erstmals unter einem eigenen Motto gegen das al-Assad-Regime für Frieden und Demokratie demonstriert haben. Bislang waren alle syrischen Jugendgruppen unter einem einheitlichen, gesamtsyrischen Motto auf die Straße gegangen. Die Entscheidung wurde als Reaktion auf die Konferenz der syrischen Opposition vom 27. März 2012 in Istanbul getroffen, in der die Kurden praktisch ausgeschlossen wurden.

Es ist die Zeit gekommen, einzusehen, dass zentralistische und machtkonzentrierte Nationalstaaten keine Zukunft mehr in der Region haben werden. Föderale, autonome und demokratische Konzepte drängen sich wie überall auf der Welt mehr denn je auf.

Die demokratische Alternative – der 3. Weg | Interessant ist auch, dass die Aussagen der PYD bewusst verdreht und ins Lächerliche gezogen werden oder gänzlich außer Betracht bleiben. Weshalb greifen die Medien die PYD so vehement an? Wie sieht dieser alternative Weg oder der dritte Weg aus? Der Vorsitzende der PYD Muhammed Salih Muslim erklärte in einem Interview Anfang April: „Wir Kurden wollen, dass Syrien sich in einem demokratischen Prozess verändert und dieses Regime gestürzt wird. Wir wollen eine neue Verfassung für Syrien. Die Identität der Kurden und anderer Minderheiten sowie die Glaubensrichtungen müssen anerkannt werden. Und diese Rechte müssen in der Verfassung verankert werden. Wir haben unsere Volksräte, unsere Schutzkomitees und Schulen gegründet. Wir wollen das Regime mit dem Volksaufstand ändern. Wir glauben nicht, dass die Revolution ‚durch äußere Kräfte zustande kommt'." Im Dezember 2011 wurde, nachdem eine Wahl mit der Beteiligung von ca. 250 000 Kurden durchgeführt worden war, der Westkurdistan-Volksrat TEV-DEM ausgerufen. Die Schulen und Institutionen, die von lokalen Komitees und Volksräten aufgebaut und etabliert werden, sorgen zusammen mit den Schutzkomitees für eine regionale Demokratisierung und Basisorganisierung. Daher ist es verständlich, weshalb die kurdischen Gebiete sich bisher vor den Gefechten schützen konnten. Diese Tatsachen, und der hohe Grad an Selbstorganisierung und Verwaltung, werden von den Medien ignoriert. Stattdessen werden die Kurden mit absurden Behauptungen kriminalisiert. Um eine Intervention über die kurdischen Gebiete aus der Türkei nach Syrien zu rechtfertigen, wird behauptet, dass die Kurden urplötzlich von dem Assad-Regime unterstützt werden. Insbesondere fallen die Schmutzkampagnen der AKP-Regierung gegen die PYD ins Auge. Während die Türkei unter Erdoğan die Kurden im eigenen Gebiet mit Massenverhaftungen und Militäroperationen unterdrükken, wollen sie auf einmal für die Rechte der Völker und Religionen in Syrien einstehen, gegen den Ex-Verbündeten al-Assad.

Die Türkei hat auf einen schnellen Sturz des Regimes mit einer wichtigen Rolle für den Syrischen Nationalrat (SNR) gesetzt und sich verschätzt. Bekanntlich ist innerhalb des SNR der Einfluss der Muslimbruderschaft sehr stark, welcher ideologisch der AKP-Regierung mit ihrem Vormachtanspruch in der Region ähnelt – siehe Ägypten und Tunesien. Nun, wo der SNR offensichtlich den Erwartungen nicht gerecht werden kann, bringt die Türkei sich immer mehr in eine schwierige diplomatische Situation. Neben der Konfrontation mit Syrien hat die Installation einer Radaranlage als Teil des NATO-Raketenschilds in Malatya den Beziehungen mit dem Iran, einem weiteren Nachbarn, nicht gut getan. Syrien könnte ein Härte-Test für die Ambitionen der Türkei als selbsterklärte Regionalmacht und Vorbote des politisch-islamistischen Gülen-Ordens werden.

Eine Spaltung Syriens nach dem Vorbild des Balkans würde das Kurdenproblem der Türkei aber wesentlich verschärfen. Ein „Schutzkorridor" würde die syrischen Kurdengebiete einschließen und von türkischer Seite nur über Türkisch-Kurdistan (Nordkurdistan) erreichbar sein. Für den Fall einer türkischen Intervention Syriens über die westkurdischen Gebiete erklärte der KCK-Exekutivrats-Vorsitzende Murat Karayılan, dass sich im Notfall alle Teile Kurdistans zu Kriegsfeldern verwandeln werden, wenn es um die Sicherheit der westkurdischen Bevölkerung geht. Die AKP-Regierung möchte mit allen Mitteln einen Status und die Anerkennung der Kurden in Syrien verhindern. Der türkische Staat erkennt, wie sehr eine verfassungsmäßige Anerkennung der Kurden in Syrien die Bestrebungen der Nordkurden auf eigenem Gebiet beeinflussen wird und eine politische Lösung der Kurdenfrage unausweichlich macht. Der einflussreiche Kolumnist der Tageszeitung Radikal, Cengiz Çandar, schrieb in der Radikal, dass die Türkei nicht möchte, dass eine Kurdistan-Autonomie (gemeint ist Westkurdistan bzw. Nordsyrien) in Syrien entsteht. Ohne die Kurden in Syrien wird ein Sturz von Assad wohl aber sehr schwer werden.

Der kurdische Nordirak ist heute schon so gut wie „unabhängig" von der irakischen Zentralregierung. Bei einem Krieg gegen den Iran wird der Westen auf eine Loslösung der iranischen Kurdengebiete vom Iran setzen. Das Problem für die Türken ist nur, dass der größte Teil des Kurdengebietes in der Türkei selbst liegt. Es ist die Zeit gekommen einzusehen, dass zentralistische und machtkonzentrierte Nationalstaaten keine Zukunft mehr in der Region haben werden. Föderale, autonome und demokratische Konzepte drängen sich wie überall auf der Welt mehr denn je auf. ♦

Neejiba Omar wurde am 01.07.1971 in Sulemaniyah, Kurdistan-Irak, geboren. Sie ist Absolventin der Wirtschaftswissenschaften der Universität Sulemaniyah. Seit 1992 arbeitete sie für diverse NGOs und Frauenbewegungen auf ehrenamtlicher Basis. Sie ist Mitglied der Frauenbewegung für Freiheit (RJAK) und Co-Vorsitzende der Partei für eine Demokratische Lösung in Kurdistan (PÇDK). Das Interview führte Mehmet Emin Orhan am 14.03.2012.

„Ein kurdischer Staat ist keine geeignete Lösung“

Interview mit Neejiba Omar, der Co-Vorsitzenden der PÇDK

Können Sie zunächst etwas über Ihre Partei und deren Entstehungsgeschichte erzählen?

Unsere Partei ist eine Oppositionspartei in der Autonomen Region Kurdistan im Nordirak. Sie wurde am 05.03.2002 zu einer Zeit gegründet, als sich der Sturz des diktatorischen Saddam-Hussein-Regimes schon längst abgezeichnet hatte und eine Veränderung bevorstand. Unsere Bezeichnung als „Partei der Demokratischen Lösung in Kurdistan“ kommt daher, dass das bisherige System anti-demokratisch gewesen ist. Deshalb besagt unser Hauptprogramm und ist unser Anliegen, für eine Stärkung der Bevölkerung an der Basis mit lokaler Selbstbestimmungs- und eigener Entscheidungshoheit zu arbeiten. Zugleich soll ein Demokratieverständnis gefördert werden, nach dem die verschiedenen Identitäten, Kulturen und Religionen gleichberechtigt zusammenleben mit dezentralen regionalen multikulturellen Entscheidungsgremien, Räten und Parlamenten. Somit kann eine Nation zusammenwachsen, die sich nicht auf eine einzige Elite oder Ethnie stützt und absolute Grenzen zieht, sondern vielmehr in einer breitgefächerten und beteiligenden Art und Weise die Diversitäten der Gesellschaft aktiviert und in den Vordergrund stellt. Dadurch werden zum einen die Kompetenzen und Befugnisse der Bevölkerung gestärkt und zum anderen die der Zentralregierung geschwächt. Dann könnte ein Prozess der Nationwerdung beginnen und sich intensivieren. Unsere Partei versucht für alle zentralen Probleme demokratische Lösungswege zu entwickeln.

Welche Probleme gibt es und wie sehen Ihre Vorschläge aus?

Ein sehr wichtiges Thema ist der Artikel 140 der irakischen Verfassung. Hier geht es um die Städte und Orte Kerkuk, Xaneqin, Mendelhi und Şengal, die momentan nicht unter die Region Kurdistan fallen. Laut diesem Artikel soll in einem Referendum entschieden werden, ob sie zur Regionalregierung im Norden oder zur Zentralregierung in Bagdad gehören werden. Wir sind dafür, dass die örtliche Bevölkerung selbst abstimmen und entscheiden soll. Das Thema ist deswegen schwierig, weil die vorgeschriebene Volksabstimmung seit dem Jahre 2005 immer wieder verschoben und hinausgezögert wird. Dazu kommt die Einmischung von außen wie von der Türkei, die für eine Angliederung an die Zentralregierung in Bagdad ist und entsprechend politischen Druck ausübt.

Was halten Sie von der Verfassung?

Die Verfassung ist islamisch dominiert und ihr beschriebenes politisches System ein sehr zentrales und undemokratisches. Wir setzen uns für eine Dezentralisierung ein und schlagen eine eigene regionale Verfassung der Autonomen Region Kurdistan vor, die mit der irakischen in Verbindung steht.

Außerdem müssen die nicht muslimischen Gemeinschaften und Volksgruppen noch stärker geschützt und beteiligt werden. Dies sollte in der Verfassung verankert werden. Aus diesen Gründen haben wir bei der Abstimmung zur Konsolidierung der Verfassung im Jahre 2005 dagegen votiert.

Ein weiteres Hindernis für eine gesunde Demokratie stellen einige gesellschaftliche Krankheiten dar. Es gibt viel Korruption, Armut, Unordnung, Rechtlosigkeit, Diebstahl und Ungerechtigkeit. Diese Themen werden von den herrschenden Kräften nur unzureichend behandelt.

Wer sind die „herrschenden Kräfte“?

Die politische Macht ist aufgeteilt unter der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK), der Patriotischen Union Kurdistan (YNK), der Goran-Bewegung, der Islamischen Union Kurdistans und der Islamischen Bewegung in Kurdistan.

Diese Parteien bleiben unter sich. Wir denken allerdings, dass die vorgenannten Probleme die gesamte Gesellschaft betreffen. Deshalb müssen alle in die Diskussionen und Lösungsprozesse involviert sein. Es sieht jedoch vielmehr bereits jetzt nach einem Machtgefüge aus, das keine weitere Aufteilung zulassen will.

Es gibt auch oppositionelle Stimmen, die wegen der Mängel eine neue Verfassung befürworten. Unser Lösungskonzept besagt, unter breiter Beteiligung und mit bestmöglichem Konsens Reformen zu entwickeln, welche die bestehende Verfassung demokratischer machen.

Wie sieht die Struktur Ihrer Partei aus und wie geht man bei Ihnen mit den anderen Volks- und kulturellen Gruppen um?

Bemerkenswert an unserer Struktur im Vergleich zu den bestehenden Parteien ist, dass wir mit einem enorm hohen Anteil an Frauen und Jugendlichen auftreten. Daneben sind wir die einzige Partei im Irak, die das Co-Vorsitz-Modell mit einer gemischtgeschlechtlichen Führung anwendet. Auf allen Parteiebenen sind beide Geschlechter durchgehend gleich befugt und gleich verantwortlich. Das ist gegenüber der klassischen orientalen Mentalität eines einzigen männlichen Vorsitzenden eine revolutionäre Alternative. Damit ist der Andrang von Frauen und der Jugend verständlich. Weiterhin haben wir in unseren örtlichen Vertretungen und in der Parteizentrale Mitarbeiter und Kollegen aus anderen Kulturen und Ethnien, z. B. Araber, Turkmenen, Yeziden, Assyrer und Chaldäer. Auch dies ist in Südkurdistan ungewöhnlich. Üblicherweise hat ein Parteivorsitzender für mehrere Jahrzehnte den Vorsitz und übergibt seine Macht zumeist an Verwandte. Im Gegensatz dazu limitieren wir die Wählbarkeit und die Amtszeit unserer Funktionäre auf zwei Amtsperioden.

Wie kommt es, dass sich Frauen politisch engagieren?

Leider wird das politische Engagement von Frauen in patriarchalen Strukturen weder gefördert noch gewünscht. Dazu kommt die Reserviertheit der Gesellschaft aufgrund religiöser Einflüsse. Dies war unter anderem Grund für uns, die Frauenfrage als einen unserer Schwerpunkte in unser Parteiprogramm aufzunehmen. Wir wollen auch andere Parteien dazu animieren, mutiger gegen die patriarchalen Strukturen aufzutreten, um diese zu schwächen. Allerdings gibt es bisher kaum Orte, Vereine oder anderen Raum, wo Frauen gemeinsam in Sicherheit zusammenkommen können. Hierfür haben wir zahlreiche Gesetzesvorschläge eingereicht.

In Zusammenarbeit mit dem Rat der Freien Frau hatte die Partei für eine Demokratische Lösung in Kurdistan den Gesetzentwurf gegen „Gewalt in der Familie" ausgearbeitet und eingereicht. Dieser Vorschlag wurde angenommen und in 2012 verabschiedet.

Um die kurdische Frage zu lösen, empfehlen wir regionale Autonomie mit individuellen Freiheiten. Ein System mit Selbstverwaltung und Selbstbestimmung mit basisdemokratischer Organisierung in multinationalen und pluralistischen Volksgremien in horizontaler und vertikaler Richtung. Nur auf dieser Grundlage kann eine kurdische Einheit, ohne die bestehenden Staatsgrenzen in Frage zu stellen, auf dem Wege der Versammlung zum kurdischen National-Kongress die Interessen der Kurden aus allen Teilen und Fraktionen formulieren und sichern.

Wie werden diese Vorschläge und Ihre Aktivitäten aufgenommen?

Die Bevölkerung registriert diese Entwicklungen und ist den Veränderungen gegenüber positiv eingestellt. Obwohl sie mit der aktuellen Regionalregierung unzufrieden ist, versucht sie angesichts der kurdischen Errungenschaften, keine große Unruhe aufkommen zu lassen.

Von den herrschenden Parteien werden unsere Vorhaben als Gefahr gesehen und deswegen mit Vorsicht behandelt. Es werden uns bei unserer Aufklärungsarbeit Steine in den Weg gelegt. Unser Verständnis von Demokratie und Politik stellt etwas Neues dar und ist eine echte Alternative zum Bisherigen. Das alte nationalistische und zentralistische Denken stößt auf eine multinationale und demokratische Gesinnung.

Bei den Parlamentswahlen vom 25.07.2009 wurde die Akademiker- und Intellektuellen-Liste, die wir unterstützen, verboten. Unsere Vereine werden nicht geduldet von der Regionalregierung und geschlossen. Bei von uns organisierten Demonstrationen kommt es zu harschen Übergriffen.

Warum behandelt man Sie so?

Es liegt vor allem daran, dass die aktuelle Regionalregierung und das gesamte Parlament sehr traditioneller und konservativer Gesinnung sind. Die Machthaber befürchten den Verlust ihrer Autorität und ihrer Privilegien.

Nach einer Äußerung Masud Barzanis gibt es seit einiger Zeit eine Diskussion um die Ausrufung eines kurdischen Staates und die Abkopplung vom Irak zum Neujahrsfest Newroz am 21.03.2012. Wie ist Ihre Einschätzung dazu?

Ich denke, ein kurdischer Staat ist keine geeignete Lösung für die kurdische Frage. Im Gegenteil glaube ich sogar, dass damit die bestehenden Probleme vertieft würden. Ein Nationalstaat als System ist nicht mehr zeitgemäß und ist wie am „Arabischen Frühling" zu sehen ein überholtes Modell für den Mittleren Osten. Das wird noch deutlicher am Israel-Palästina-Konflikt. Was wir brauchen, das ist ein neues Lösungskon-

zept. Unsere Alternative lautet Demokratischer Konföderalismus. Um die kurdische Frage zu lösen, empfehlen wir regionale Autonomie mit individuellen Freiheiten. Ein System mit Selbstverwaltung und Selbstbestimmung mit basisdemokratischer Organisierung in multinationalen und pluralistischen Volksgremien in horizontaler und vertikaler Richtung. Nur auf dieser Grundlage kann eine kurdische Einheit, ohne die bestehenden Staatsgrenzen in Frage zu stellen, auf dem Wege der Versammlung zum kurdischen National-Kongress die Interessen der Kurden aus allen Teilen und Fraktionen formulieren und sichern. Die kurdische Einheit ist von elementarer Bedeutung.

Weshalb ist diese Nationalversammlung so wichtig?

Im Kern geht es darum, zwischen den zersplitterten kurdischen Parteien, Personen, Gruppierungen, Religionsgruppen und Verschiedenheiten einen Frieden durch Konsens zu erzielen. Dafür sind eine Zusammenkunft sowie ein interkurdischer Gesellschaftsvertrag unabdingbar.

Darüber hinaus gibt es Prinzipien, die es für alle Kurden zu regeln und zu schützen gilt. Beispielsweise ist ein gemeinsamer Verteidigungsmechanismus erforderlich, der Angriffe auf die Bevölkerung abwehrt. Ferner muss es ein legitimiertes Entscheidungsgremium geben, das unabhängig von Politik, Ideologie, Sprache und Kultur die Interessen aller Kurden vertritt und das vom kurdischen Volk akzeptiert wird. Mit einer solchen Versammlung beabsichtigen wir keineswegs den Sturz oder die Missachtung der jeweiligen Staaten oder ihrer Grenzen. Es geht allein um die Nationwerdung und Demokratisierung aller Kurden. Uns ist dabei wichtig, dass die Jugend und die Frauen stark vertreten sind. Insbesondere sollen die kurdischen Frauen Vorreiterinnen der kurdischen Einheit werden und mit dem eigenen Vorbild die Hoffnung für die Befreiung der Gesellschaft werden. Keine Gruppe aus keinem Bereich oder Hintergrund soll ausgeschlossen werden.

Allein mit der Realisierung und Praktizierung einer solchen Einigung können die Kurden als Volk ihrer Rolle als Vorreiter der Demokratie im Mittleren Osten gerecht werden. Wir sind fest davon überzeugt, dass die Demokratisierung der Region über die Lösung der kurdischen Frage führt.

Wie bewerten Sie die aktuellen Entwicklungen in Syrien?

Das Regime ist dabei, gestürzt zu werden. Ich denke, dass die Bevölkerung sich darauf vorbereitet. Es ist ein System notwendig, das demokratisch, partizipierend und dezentral ist und Autonomien mit Selbstverwaltung und -regierung zulässt. Für die Kurden in Syrien ist es überaus entscheidend, trotz der Unterschiede untereinander gemeinsam und geschlossen aufzutreten und zu handeln. Sie brauchen eine eigene nationale Politik, da sie weder von al-Assad noch von den Aufständischen anerkannt werden. Sie sollten unparteiisch bleiben und jede Gewalt ablehnen.

Was halten Sie vom Treffen der syrischen kurdischen Parteien in Hewler (Erbil)?

Dieses Treffen wurde kritisiert, weil nicht alle Parteien und Kreise eingeladen worden waren. Das hat man jedoch eingesehen und später mit einem zweiten Treffen und der Unterzeichnung eines Protokolls über das gemeinsame Vorgehen wieder korrigiert. Wir als Partei halten diesen Schritt für sehr wichtig. Entscheidend ist, dass die kurdischen Parteien den Provokationen der Türkei keine Chance gegeben haben. Das syrische Volk sollte ohne Intervention von außen und ohne Gewalt selbst aus eigener Kraft einen Umsturz des Regimes vollziehen. ♦



Demonstration in Südkurdistan/Nordirak gegen die Isolation Abdullah Öcalans. Foto: DIHA

Der Weg zur Einheit führt über einen nationalen Kongress

Ein historischer Beschluss zum Kongress

Yeni Özgür Politika, 12. März 2012

Die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK hat ihre Positionen und Vorschläge für den auf Juni anberaumten „Nationalen Kongress" erörtert. Sie fordert dabei eine gemeinsame Diplomatie, „nationale Verteidigungskräfte" und die Gründung eines Exekutivrats.

Das Exekutivkomitee der KCK weist auf die außerordentliche Bedeutung eines nationalen Kongresses unter Teilnahme aller kurdischen Parteien, Organisationen, Glaubens- und Volksgruppen, patriotisch-aufgeklärter Kreise etc. hin und hebt seine Notwendigkeit hervor.

Die KCK listet ihre Prinzipien für den Kongress auf: 1. Krieg und Frieden, 2. Einheit, 3. Demokratie, 4. kulturelle Rechte, 5. demokratische Politik und Sozialökonomie; des Weiteren werden ihre Vorschläge für die Tagesordnung angeführt.

Hierbei skizziert die KCK die Entwicklungen im Mittleren Osten; auch die Kurden befänden sich nun in einer Phase, in der sie zu unterdrücken unmöglich sei. Die Beziehungen untereinander, zu ihren Nachbarvölkern und -staaten hätten sich zum ersten Mal derart stark auf die regionale Strategie ausgewirkt, dass für die Kurden nun eine an den Interessen der Völker ausgerichtete Strategie und Politik außerordentlich wichtig sei.

Die KCK weist auf die tragische Geschichte der Kurden hin und betont hierbei ein unabhängig vom jeweiligen Zeitalter stets gemeinsames Anliegen der über Kurdistan Herrschenden: dass es nie zu einer kurdischen Einheit komme.

Die Voraussetzungen für nationale Einheit, Demokratie und Freiheit seien sehr gut, so dass es an der Zeit sei, den nationalen Willen zum Ausdruck zu bringen, damit die Kurden im 21. Jahrhundert nicht ohne Status leben müssten. Wenn es nicht gelänge, eine gemeinsame Politik zu bestimmen, effektiv und entschlossen umgesetzt, wiederhole sich die Geschichte. Das kurdische Volk könne es jedoch nicht ertragen, noch ein Jahrhundert zu verlieren. Um eben das zu verhindern, führe der Weg zur Einheit über einen nationalen Kongress, der in kürzester Zeit zusammentreten müsse, wie sie als PKK und KCK betonen wollen, und für den sie alle sie betreffenden Aufgaben und Pflichten ausnahmslos wahrzunehmen gewillt seien.

Kongressphase | Ein autorisiertes Vorbereitungskomitee sei zu gründen, mit der notwendigen Vernetzungs- und Vertretungskompetenz, um die Parteien und Organisationen aus allen Teilen Kurdistans repräsentieren zu können. Für die nötige Legitimation dieses Komitees auch innerhalb der Bevölkerung müsse es aus Mitgliedern bestehen, die im Volk aufgrund ihres Einsatzes anerkannt und respektiert sind. Am Kongress sollten alle Parteien, Glaubens- und Meinungsführer, Frauen- und Jugendvertreter und patriotisch-intellektuelle Persönlichkeiten teilnehmen. Die Teilnahme sollte an die Bedingung geknüpft sein, dass den durch Widerstand errungenen Werten des kurdischen Volkes der notwendige Respekt entgegengebracht wurde und wird.

Rahmenentwurf mit fünf Prinzipien | Die KCK ist der Überzeugung, dass einige Prinzipien bestimmt werden müssen, um die kurdische Einheit, deren Kontinuität und ein friedliches und freundschaftliches Verhältnis zu den Nachbarvölkern und -staaten entwickeln und etablieren zu können. Dazu hat die KCK einen Entwurf als Rahmen veröffentlicht und versichert, ihn auf die Tagesordnung des Kongresses setzen zu wollen:

1. **Krieg und Frieden:** Wie kann die Existenz der Völker Kurdistans und ihrer Rechte abgesichert werden? Unter welchen Voraussetzungen sind sie bedroht und wann ergibt sich das Notwehr-/Verteidigungsrecht? Und unter welchen Bedingungen kann in Frieden gelebt werden?
2. **Einheit:** Wie sind die innerkurdischen Beziehungen zu gestalten? Und wie ist die Einheit unter ihnen erreichbar? Dieser Aspekt muss vom Kongress prinzipiell beantwortet werden. Die Kurden sollten in allen Teilen Kurdistans die kurdische Frage mit den jeweiligen Staaten demokratisch lösen. In diesem Rahmen ergibt sich die Lösungsformel: demokratische Türkei – autonomes Kurdistan, demokratischer Iran – autonomes Kurdistan, demokratisches Syrien – autonomes Kurdistan und demokratischer Irak – autonomes (oder föderales) Kurdistan.
3. **Demokratie:** Die verfassungsrechtlichen und allgemeinrechtlichen Hindernisse vor den kollektiven und individuellen Rechten der Kurden müssen in der Türkei, in Syrien und im Iran durch eine Demokratisierung der Staaten beseitigt werden, so dass auch für den Status der „Demokratischen Autonomie" die notwendigen verfassungsrechtlichen Ände-

rungen vorgenommen werden.

4. **Kulturelle Rechte:** Die Kultur der Kurden wird als Ganzes anerkannt und rechtlich umgesetzt.
5. **Demokratische Politik und Sozialökonomie:** Wie will und kann sich das kurdische Volk an der Politik beteiligen? Wie ist es möglich, ein sozialökonomisches Leben zu führen? Der Kongress muss diskutieren, wie die sozialen und ökonomischen Probleme in allen Teilen Kurdistans zu lösen sind und wie die Solidarität untereinander auszusehen hat.

Ausführungsgremien | Damit der Nationale Kongress zu einer dauerhaften Institution heranwachsen kann, seien Ausführungsgremien bzw. -organe zu installieren, da er nur so die Zukunft des kurdischen Volkes mitgestalten könne. Dazu hat die KCK auch praktische Vorschläge angeführt:

- Der Kongress muss zu Beginn die Organisationsaufgabe als eine der zentralen Missionen für sich bestimmen, da ihm nur so eine organisierte und gemeinsame Diplomatie, die ein dringendes Bedürfnis für das kurdische Volk darstellt, gelingen wird. Für eine von Individual- oder Parteiinteressen freie Diplomatie ist es notwendig, sich am Bedürfnis der Völker zu orientieren. Dies kann nur im Rahmen eines „Demokratischen National-Kongresses“ gelingen, da nur dieser in der Lage ist, die nötigen Mechanismen zu installieren.
- Eine weitere zentrale Aufgabe des Kongresses ist es festzulegen, wie sich die Kurden gegen die allgegenwärtige Gefahr eines Genozids oder Massakers zu wehren haben, wie im Ernstfall die Verteidigung auszusehen hat. Die Kongressteilnehmer könnten einen ausreichenden Teil ihrer Kräfte in einen dem gemeinsamen Kommando unterstehenden „Nationalen Verteidigungsrat“ überführen und so im Ernstfall die Verteidigung mit gewährleisten. Oder alle vorhandenen Kräfte werden auf einer vorgegebenen Ebene mit gemeinsamem Kommando koordiniert.
- Der Kongress soll einen für alle verpflichtenden Exekutivrat bestimmen, der die Umsetzung der Beschlüsse überwacht und deren Umsetzung prüft. Der Rat vertritt alle Kurden und ist als eine Instanz anzusehen, die die praktischen und politischen Beziehungen der Kurden gewährleistet. In diesem Sinne unterhält er die politischen Innen- und Außenbeziehungen und organisiert in Gremien das gemeinsame Kommando über die Verteidigungskräfte, die ökonomischen, sozialen und kulturellen Beziehungen.

Die KCK betont abschließend, dass diese Vorschläge, die allen politischen Parteien, Organisationen, Persönlichkeiten und der kurdischen Bevölkerung präsentiert wurden, nicht als unveränderbar zu betrachten seien. Es stehe außer Zweifel, dass sie ihre letzte Fassung im Rahmen von Diskussionen erhielten, wenn sie auf der Plattform des „Demokratischen National-Kongresses“ in Beschlüsse einfließen. ♦



Gegen die Etablierung der Demokratischen Autonomie und dem Bestreben nach nationaler Einheit hält die Besatzung durch das türkische Militär und Spezialeinheiten der Polizei in Nordkurdistan weiter an. Foto: Hamburger Delegation

Die Demokratische Nation

Abdullah Öcalan

Eines der dringlichsten Probleme des Nahen und Mittleren Ostens ist die kurdische Frage. Die Perspektive Abdullah Öcalans und der kurdischen Freiheitsbewegung versteht sich allerdings nicht bloß als Lösung des ‚kurdischen Knotens', sondern bietet sich zugleich auch als Weg für die weiteren festgefahrenen politischen Probleme der Region an.
Diese Perspektive sieht nicht die klassische Methode, die Errichtung eines kurdischen Nationalstaats für die Region vor, denn die Errichtung neuer Grenzen bringt nur neue Probleme mit sich. Das Alternativkonzept Öcalans hierzu heißt Demokratische Nation, ein Konzept, welches als strategisches Ziel ein friedliches und demokratisches Zusammenleben der Völker formuliert. Dabei darf man den Begriff der Nation in der Demokratischen Nation nicht missverstehen. Dieses Konzept basiert nämlich weder auf einer Nationalität, einem Volk oder einer Ethnizität noch auf einer Klasse, einer Religion oder einer Sprache.
Wichtigstes Charakteristikum einer Nation ist nach Öcalan der gemeinsame Geist. Und während beim klassischen Nationenbegriff der Nationalismus diesen gemeinsamen Geist ausmacht, ist es in der Demokratischen Nation eben die Demokratie. Die Demokratie ist somit im Konzept Öcalans zugleich Dach und Bindeglied aller Menschen und Gruppen innerhalb der Demokratischen Nation. Auch Öcalans Demokratieverständnis darf nicht fälschlicherweise mit der hiesigen bürgerlichen Demokratie gleichgesetzt werden. Demokratie ist bei ihm weitaus mehr als der periodische Gang zur Wahlurne. Im Folgenden wird das Konzept der Demokratischen Nation, welches zugleich die ideologische Perspektive der kurdischen Freiheitsbewegung darstellt, mit den Worten Abdullah Öcalans vorgestellt:

Als Demokratische Nation begreifen wir eine Gesellschaft, die durch den freien Willen des freien Individuums und der gesellschaftlichen Gruppen geschaffen wurde. Der gemeinsame Wille des freien Individuums und der gesellschaftlichen Gruppen, eine gemeinsame Nation zu bilden, ist das Bindeglied der Demokratischen Nation. Das nationalstaatliche Verständnis begreift als Merkmale einer Nation eine gemeinsame Sprache, einen gemeinsamen Markt und eine gemeinsame Geschichte. Wir akzeptieren diese Definition nicht als allgemeingültig. Es gibt nicht die eine „richtige" Definition der Nation. Die nationalstaatliche Sicht auf den Nationenbegriff, die auch der Realsozialismus adoptiert hatte, ist das genaue Gegenteil der Demokratischen Nation. Insbesondere Stalin beharrte zu seiner Zeit auf diesem Nationenbegriff, was schließlich unter anderem auch ein Grund für das Ende der Sowjetunion war. In der kapitalistischen Moderne ist dieser Nationenbegriff noch weiter ausgereift. Aber solange dieses Verständnis der Nation nicht überwunden wird, sind nationale Fragen weiterhin dazu verdammt, in einer Sackgasse zu landen. Allein die Tatsache, dass seit über 300 Jahren nationale Fragen gestern wie heute grundlegende Konfliktursachen darstellen, rührt aus diesem fehlerhaften Nationenverständnis. Nationen, die diesem Nationenverständnis verfallen sind, sind zu einem Schicksal innerhalb der vier Wände ihrer nationalstaatlichen Grenzen verurteilt. Sie sind umzingelt und verunstaltet durch nationalistische, religiöse, sexistische und positivistische Ideologien. Das nationalstaatliche Modell stellt somit für die gesellschaftlichen Gruppen nichts als eine Unterdrückungsfalle dar. Der Begriff der Demokratischen Nation verkehrt dieses Verständnis. Er bricht mit einem Verständnis von strikten nationalstaatlichen Grenzen, dem Verständnis einer Nation, die auf einer Sprache, einer Kultur, einer Religion und einer Geschichte beruht. Die Demokratische Nation basiert auf Pluralismus, der Freiheit und der Gleichberechtigung gesellschaftlicher Gruppen, die ein Leben in gegenseitiger Solidarität führen.

Eine demokratische Gesellschaft kann nur mit einem solchen Nationenverständnis realisiert werden. Bei einer nationalstaatlichen Gesellschaft hingegen liegt es in ihrer Natur, dass sie der Demokratie gegenüber verschlossen ist. Und der

Nationalstaat an sich ist weder in globaler noch in lokaler Hinsicht natürlich. Er stellt vielmehr die Verneinung des Natürlichen dar. Denn die Schaffung einer einheitlichen Gesellschaft mit einem einheitlichen Bürger ist gleichbedeutend mit dem Tod des Menschen. Demgegenüber ermöglicht die Demokratische Nation den Wiederaufbau der globalen und lokalen Natürlichkeit. Sie ermöglicht die Entfaltung der gesellschaftlichen Realität. Alle übrigen Definitionen der Nation bewegen sich irgendwo in der Mitte zwischen den beschriebenen zwei Auffassungen des Nationenbegriffs.

Auch wenn die verschiedenen Definitionen des Nationenbegriffs breitgefächert sein mögen, kann man in ihnen doch eine Gemeinsamkeit hervorheben. Diese Gemeinsamkeit drückt sich in dem gemeinsamen Geist einer Nation aus. Das bedeutet, eine Nation besteht aus einer Gruppe von Menschen, die einen gemeinsamen Geist [*eine gemeinsame Mentalität*] teilen. Die gemeinsame Sprache, Religion, Kultur, Geschichte, der gemeinsame Markt und die gemeinsamen politischen Grenzen können Träger dieses gemeinsamen Geistes sein. Sie müssen es aber nicht. Sie sind also nicht zwangsweise bestimmend für den Nationenbegriff. Das bestimmende und zugleich dynamische Merkmal ist allein die gemeinsame Geisteshaltung. Während bei der staatlichen Nation der Nationalismus bestimmend ist für den gemeinsamen Geist, sind es bei der Demokratischen Nation die Freiheit und die gegenseitige Solidarität.

Der Körper der Nationen ist die Demokratische Autonomie

Allerdings wäre die Beschränkung der Nation auf den gemeinsamen Geist lückenhaft. Genauso wenig wie der Geist ohne Körper existieren kann, ebenso wenig kann die Nation das. Der Körper derjenigen Nationen, die mit dem nationalistischen Geist behaftet sind, äußert sich im Staat. Eben wegen ihres Körpers werden diese Nationen auch als Staatsnationen bezeichnet. Der Körper der Nationen, die allerdings freiheitlich und solidarisch sind, ist die Demokratische Autonomie. Die Demokratische Autonomie bedeutet, dass das Individuum und die Gesellschaft sich mit ihrem eigenen Willen verwalten. Man kann auch von einer demokratischen Leitung oder demokratischen Autorität sprechen.

Der Begriff der Nation steht in einer Tradition mit Begriffen wie Clan, Stamm, Volksstamm, Volk bzw. Nationalität und wird zumeist über Ähnlichkeiten in der Sprache und der Kultur charakterisiert. Im Gegensatz zum Clan oder Stamm ist der Nationenbegriff umfassender, wodurch zugleich die bindenden Merkmale der Mitglieder dieser Nation lockerer gefasst sind. Die nationale Gesellschaft ist mehr ein Phänomen der Gegenwart und ihr Bindeglied ist das Teilen eines gleichen Geistes. Es ist also ein Phänomen, welches auf geistiger Ebene existiert und somit abstrakt und nicht greifbar ist. Wir können dies auch als kulturelle Auffassung des Nationenbegriffs verstehen. Soziologisch wäre eine Umschreibung vermutlich richtiger. Trotz unterschiedlicher Klassen, Geschlechter, Hautfarben, Ethnien und gar Nationalitäten reicht ein gemeinsamer Geist, eine gemeinsame kulturelle Welt aus, um Teil derselben Nation zu sein. Um diesen komplexen Nationenbegriff greifbarer zu machen, kann man ihn auch auf Unterkategorien wie die Staatsnation, Rechtsnation, Militärnation oder ökonomische Nation unterteilen. Diese genannten Unterkategorien gehören allesamt zu den machtzentrierten Nationen. Die kapitalistische Moderne fordert und fördert diese Art der Nationen. Denn nur eine mächtige Nation kann einen großen Markt, Ausbeutung und Imperialismus produzieren. Diese Nationen darf man nicht als die alleinige Art von Nation begreifen. Denn diese Nationen stehen ausschließlich im Dienste des Kapitals. Und der Ursprung für die Probleme ist ohnehin hierin zu suchen.

Der Nationenbegriff, der sich von Unterdrückung und Ausbeutung abgrenzt, ist die Demokratische Nation. Diese Nation kommt der Freiheit und der Gerechtigkeit am nächsten. Er ist quasi das ideale Nationenverständnis für alle Gesellschaften auf der Suche nach Freiheit und Gerechtigkeit.

Der Grund, weshalb sich die kapitalistische Moderne und die in ihrem Dienst befindlichen Sozialwissenschaften nicht des Begriffs der Demokratischen Nation annehmen, ist ideologischer Natur. Denn die Demokratische Nation begnügt sich nicht allein mit einem gemeinsamen Geist und einer gemeinsamen kulturellen Welt. Sie beabsichtigt zugleich, alle ihre Mitglieder an ihren demokratisch-autonomen Strukturen teilhaben zu lassen. Diese Art von Selbstverwaltung ist maßgeblich für die Demokratische Nation. Und dies ist zugleich der Grund, warum sie als Alternative zum Nationalstaat zu verstehen ist. Anstelle von staatlicher Leitung kommt die Demokratische Leitung, was eine bedeutende Möglichkeit in Richtung Freiheit und Gerechtigkeit darstellt. Bisher wurde die Nation von der liberalen Soziologie entweder mit einer staatlich gewordenen Gesellschaft oder einer Gesellschaft, die dies beabsichtigt, gleichgesetzt. Die Tatsache, dass auch der Realsozialismus diese Definition unkritisch übernommen hat, zeigt die Macht dieser liberalen Soziologie.

Die alternative Moderne, welche die Demokratische Nation mit sich bringt, ist die Demokratische Moderne. Die theoretische Grundlage der Demokratischen Moderne, und somit auch der Demokratischen Nation, ist eine antimonopolistische Wirtschaft, eine mit der Umwelt ausgeglichene Ökologie und eine sowohl der Umwelt als auch dem Menschen gegenüber freundliche Technologie.

Die Demokratische Nation begnügt sich nicht allein mit einem gemeinsamen Geist und einer gemeinsamen kulturellen Welt. Sie beabsichtigt zugleich, alle ihre Mitglieder an ihren demokratisch-autonomen Strukturen teilhaben zu lassen. Diese Art von Selbstverwaltung ist maßgeblich für die Demokratische Nation.

Der Einwand, dass eine Nation über ein gemeinsames Territorium und einen gemeinsamen Markt verfügen müsse, ist nicht haltbar. So hat die jüdische Nation beispielsweise lange Zeit ohne eigenes Land fortexistiert. Obwohl sie über keinen eigenen nationalen Markt verfügte, waren ihre Angehörigen auf den Weltmärkten oft äußerst einflussreich.

Es steht außer Frage, dass für Staatsnationen ein staatliches Territorium und ein eigener Markt wichtige Mittel für die Kapitalakkumulation sind. Für die Expansion staatlicher Territorien und des Marktes wurden die blutigsten Kriege der Menschheitsgeschichte geführt. Das Territorium ist als Eigentum und der Markt als Ort der Profitrealisierung von großer Bedeutung. Für die Demokratische Nation haben allerdings Land und Markt eine andere Bedeutung. Das Land wird als wertvoll angesehen, weil es für den nationalen Geist und die nationale Kultur eine große Chance bedeutet. Doch durch den Fetisch des „Vaterlandes“ erhebt die kapitalistische Moderne das Land über die Gesellschaft. Zweck dessen ist die Kapitalakkumulation. Dies ist sicherlich keine gesunde Bewertung des Landes und man sollte es nicht übertreiben. Das Motto „Alles für das Vaterland“ ist ohne Zweifel ein faschistisches Verständnis. Es wäre gesünder zu sagen „Alles für eine freie Gesellschaft, für eine Demokratische Nation“. Aber auch das sollte nicht in eine Art Götzenkult ausarten. Der wichtigste Grundsatz muss stets das Ziel eines wertvollen Lebens bleiben. Das Land ist dabei bloß ein Mittel und nicht das Ideal.

Während die Staatsnation stets eine homogene Gesellschaft anstrebt, besteht die Demokratische Nation aus verschiedensten Kollektiven. Die Unterschiedlichkeiten werden hierbei als Reichtum angesehen. Das Leben an sich besteht aus diesen Unterschiedlichkeiten. Deshalb ist der Nationalstaat, der alle Menschen aus einem Guss haben will, eigentlich auch die Verneinung des Lebens. Ihr Endziel ist der „Robotermensch“. Ihr Weg führt also in eine Art Nihilismus. Wohingegen der Bürger der Demokratischen Nation einfach unterschiedlich ist, weil er seine Unterschiedlichkeit aus den Unterschieden der verschiedenen Gemeinschaften nimmt. Selbst das Vorhandensein von Stämmen wird als ein Reichtum der Demokratischen Nation angesehen. Die gemeinsame Sprache ist sicherlich, genau wie die Kultur, von großer Bedeutung für die Nation. Sie ist aber keine zwingende Bedingung. Verschiedensprachige Menschen können Teil derselben Nation sein. So wenig wie jede Nation einen eigenen Staat benötigt, genauso wenig benötigt sie eine eigene Sprache. Verschiedene Sprachen und Dialekte können auch als Reichtum einer Nation begriffen werden. Demgegenüber versucht der Nationalstaat strikt eine einzige Sprache durchzusetzen. Sie gewährt der Vielsprachigkeit, vor allem wenn es darum geht, dass diese auch noch zu Amtssprachen werden sollen, sehr wenig Spielraum.

Während die Staatsnation stets eine homogene Gesellschaft anstrebt, besteht die Demokratische Nation aus verschiedensten Kollektiven. Die Unterschiedlichkeiten werden hierbei als Reichtum angesehen. Das Leben an sich besteht aus diesen Unterschiedlichkeiten. Deshalb ist der Nationalstaat, der alle Menschen aus einem Guss haben will, eigentlich auch die Verneinung des Lebens.

Die gefährlichste Form der Nation hingegen ist diejenige, die mit dem Geist der militaristischen Nation verseucht ist

Dort, wo die Demokratische Nation sich nicht entfalten kann und der Nationalstaat die Probleme nicht in den Griff bekommt, wird versucht, einen Kompromiss zu finden, der sich im Rechtsstaat äußert. Die Lösung, bei der vom verfassungsrechtlichen Bürger gesprochen wird, ist nichts als der Rechtsstaat. In den Verfassungen werden hinsichtlich der Bürgerschaft in der Regel keine rechtlichen Unterschiede zwischen verschiedenen Ethnien oder Nationalitäten gemacht. Allein die ethnische Zugehörigkeit verschafft keine besonderen Rechte. Diese Art der Nation ist vor allem in Europa verbreitet. Während bei der Demokratischen Nation die autonome Selbstverwaltung maßgebend ist, sind es beim Rechtsstaat die Rechte des Einzelnen. Beim Nationalstaat hingegen ist die Herrschaft an sich bestimmend. Die gefährlichste Form der Nation hingegen ist diejenige, die mit dem Geist der militaristischen Nation verseucht ist. Auf den ersten Blick scheint diese Form der Nation die Mächtigste von allen zu sein. Aber in der Realität ist sie diejenige, die am unerträglichsten für das Leben ist, weil sie stets den Menschen Aufgaben auflastet und dem Faschismus Tür und Tor öffnet. Eine Kategorie, die dem Nationalstaat nahekommt, ist die ökonomische Nation. In den USA, Japan und gar Deutschland, also Nationen, in denen die Ökonomie absolute Priorität hat, herrscht dieses Nationenverständnis vor. In der Vergangenheit war dieses Verständnis in Europa noch bestimmender. Der Versuch, eine sozialistische Nation zu schaffen, wurde oftmals gewagt. Man kann aber nicht sagen, dass es besonders erfolgreiche Versuche waren. Diesem Nationenverständnis begegnen wir zum Teil in Kuba. Aber dieses Nationenverständnis verkümmerte zu einem leicht abgewandelten Abbild des nationalstaatlichen Verständnisses. An die Stelle des privatwirtschaftlich-kapitalistischen Nationalstaates wurde ein staatskapitalistischer Nationalstaat gesetzt.

Wichtig bei der Theoriebildung der Nation ist, dass diese nicht vergöttlicht wird. Die kapitalistische Moderne hat an die Stelle der traditionellen Glaubensdogmen die Vergöttlichung des Nationalstaates gesetzt. Das ist eine wichtige Erkenntnis. Wenn wir die nationalistische Ideologie als Religion des Nationalstaates begreifen, dann ist der Nationalstaat selbst deren Gott. Dem Staat ist es somit gelungen, das Göttlichkeitsverständnis des Mittelalters, gar der Frühzeit, in sich zu vereinen.

Die Entwicklung verläuft vom „Menschenkönig" über den „Gottkönig" hin zum göttlichen Nationalstaat am Ende des Mittelalters. Gleichzeitig werden auch die Begriffe Nation, Vaterland und Markt vergöttlicht. Zweck dessen ist die Etablierung der hegemonialen Ideologie der kapitalistischen Moderne, um unbegrenzte Kapitalakkumulation zu legitimieren und zu gewährleisten. Und diese moderne Religion hat auch ihre eigenen Pflichten und Rituale: Sie wiederholt permanent ihre grundlegenden Losungen von einer Nation, einer Sprache, einer Fahne und einem Heimatland. Ihre Symbole sind allgegenwärtig und werden uns permanent vor Augen geführt, sodass wir fast schon allergisch auf andere Symbole reagieren. Der nationale Chauvinismus wird auf jeglicher Veranstaltung, vor allem auf sportlichen und kulturellen, grenzenlos in die Höhe getrieben. Diese Rituale haben letztlich denselben Sinn wie die Rituale anderer Religionen. Sie sollen die Profite der Herrschaftsmonopole verschleiern oder sie vergöttlichen und somit legitimieren. Nur wenn wir all diese verschleiernden Elemente des heutigen Nationalstaates entlarven und begreifen, können wir die Wahrheit hinter der gesellschaftlichen Wirklichkeit besser verstehen. Die Demokratische Nation ist am ehesten von all diesen Krankheiten befreit. Nur im Rahmen der Demokratischen Nation kann auch der Nationenbegriff soziologisch richtig aufgearbeitet werden. Es ist auch wichtig, die Funktion des Staates nicht zu überhöhen und über die Gesellschaft zu setzen. Der Staat muss in seiner Funktion beschränkt sein, im Dienste der Gesellschaft als technisches Mittel begriffen werden. Nur in dieser Form können die nationale Gesellschaft und der Staat sinnvoll koexistieren. Die Demokratische Nation überhöht auch nicht die Leitungsfunktion. Auch sie ist ausschließlich auf den Dienst für das alltägliche Leben beschränkt. Wenn jeder die Notwendigkeiten erfüllt, kann man auch als einfacher Beamter eine Leitungsfunktion übernehmen. Diese Aufgabe ist zwar sehr wertvoll, sie wird aber nicht als heilig angesehen.

Das Verständnis von der nationalen Identität ist ein offenes. Es handelt sich nicht um eine geschlossene Gruppe, wie beispielsweise bei der Zugehörigkeit zu einer Religion. Jeder kann Mitglied einer oder mehrerer Nationen sein. Diese Nationen können auch ineinander übergehen. Die Demokratische Nation kann in diesem Sinne auch mit dem Rechtsstaat koexistieren, vorausgesetzt man einigt sich. Das Heimatland, die Fahne, die Sprache können sicherlich wertvoll sein, aber sie sind nicht heilig. Die Heimatländer können ebenso sehr ineinander übergehen oder friedlich nebeneinander existieren wie die Sprachen oder die Fahne. Diese friedliche Koexistenz ist nicht nur eine Möglichkeit, sondern eine historische Notwendigkeit. Mit all diesen Besonderheiten kann die Demokratische Nation zur starken Alternative des Nationalstaates werden, welcher wiederum zu nichts anderem als dem kriegstreibenden Mittel der kapitalistischen Moderne verkommen ist. In der Tradition und auf dem Erbe der vergangenen Revolutionen der Menschheitsgeschichte kann die Demokratische Moderne durch die Demokratische Nation, eine kommunale Ökonomie und eine ökologische Industrie ein Meilenstein auf dem Weg zu einer neuen Revolution im 21. Jahrhundert werden.

Die ökonomisch-sozialen Einheiten der Demokratischen Nation sind die Kommunen. Diese Einheiten agieren in ökonomischer Hinsicht nicht nach dem Primat der Profitmaximierung, sondern stets im Hinblick auf die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse. Es gibt einen Markt, aber die Möglichkeit von Monopolbildung wird von vornherein strikt eingegrenzt. Der Maßstab dafür ist die ethische Kontrolle der Gesellschaft. Die ethischen und politischen Werte der Gesellschaft haben Vorrang vor dem positiven Recht. Bei der Lösung gesellschaftlicher Fragen gelten die Kriterien der direkten Demokratie.

Die ökonomisch-sozialen Einheiten der Demokratischen Nation sind die Kommunen. Diese Einheiten agieren in ökonomischer Hinsicht nicht nach dem Primat der Profitmaximierung, sondern stets im Hinblick auf die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse. Es gibt einen Markt, aber die Möglichkeit von Monopolbildung wird von vornherein strikt eingegrenzt.

Die Freiheit des Individuums und der Gesellschaft hängen zusammen mit der Synthese aus wissenschaftlichem Bewusstsein, künstlerischem und ethischem Bewusstsein sowie dem Verständnis von politischer Kunst. Das Maß der Freiheit des Individuums wiederum steht in direktem Verhältnis zur Freiheit der kommunalen Einheit, in der es existiert. Eine Loslösung von der Gesellschaft kommt nicht der Freiheit gleich.

Die Demokratische Nation ist diejenige Form von Nation, die kein Individuum ohne Kommune und Verantwortungsbereich lässt

Ein weiteres wichtiges Standbein der Demokratischen Nation ist die Kommunenökonomie. Genauso wie der Monopolismus Grundlage der kapitalistischen Ausbeutung ist, ebenso sehr ist die kommunale Ökonomie Grundlage der Wirtschaft der Demokratischen Nation. Die Demokratische Nation und die Demokratische Moderne bauen auf der kommunalen Ökonomie auf. Wir müssen an dieser Stelle nicht zu sehr auf die Kommunenökonomie eingehen. Je nach den Bedürfnissen können diese Kommunen, angefangen von einer einzelnen Familienkommune bis zu einer Vielzahl von Kommunen, innerhalb der Demokratischen Nation ausgeweitet werden. Landwirtschaftliche Kommunen und Kommunen von kleinen Fabriken sind an erster Stelle als Beispiel anzuführen. Hinzu kommen Kooperativen mit den verschiedensten Zielen, Gesundheitskommunen und Bildungsarbeit betreibende Kommunen. Wichtig ist, dass die Kommunen nicht von vornherein gebildet werden, sondern dass sie je nach den verschiedenen Bedürfnissen mit der jeweiligen Zielsetzung gegründet werden. Ziel sollte sein, dass kein Individuum ohne

zugehörige Kommune bleibt. Die Demokratische Nation ist diejenige Form von Nation, die kein Individuum ohne Kommune und Verantwortungsbereich lässt. Ein Individuum, das zu keiner Kommune gehört, gleicht einem kranken, entfremdeten Individuum. Auf der Erde, auf der sich die Gesellschaft in Form von Kommunen entwickelt hat, schlägt nun der Nationalstaat mit seinem zerstörerischen Industrialismus und seinem Drang nach endloser Kapitalakkumulation Wurzeln. Um dem entgegenzuwirken, braucht es die Revolution der Demokratischen Moderne mit ihrer Demokratischen Nation, der kommunalen Ökonomie und der ökologischen Industrie. Dies wäre eine der größten Revolutionen in Richtung einer demokratischen, gleichberechtigten und friedlichen Gesellschaft. Die Demokratische Nation und die kommunale Ökonomie werden selbstverständlich nicht die Technologie und Industrie an sich negieren. Ganz im Gegenteil, diese Moderne wird die Wissenschaft und die Technologie weiter fördern. Hier kommt dann auch der wahre Zweck der Industrie für die Gesellschaft wieder zum Vorschein. Denn die Industrie und die Technologie sind nur insofern wertvoll, als dass sie für die Gesellschaft als Ganzes von Nutzen sind. Die moralische und politische Leitung muss selbstverständlich diesen Nutzen zunächst einmal prüfen und bestimmen. Insgesamt liegt es also nicht im Interesse der kommunalen ökologischen Ökonomie, den Industrialismus und die Industrie zu verleugnen oder zu vernichten. Sondern sie sollen das Leben in der Demokratischen Moderne vervollständigen.

Die Waffen der Demokratischen Moderne gegen die drei Waffen der kapitalistischen Moderne, also die endlose Kapitalakkumulation, den Nationalstaat und den Industrialismus, sind die Demokratische Nation, die Kommune und die Ökologie. Die Demokratische Moderne bezweckt hierdurch nicht allein, die barbarischen Auswirkungen des Kapitalismus auf die Gesellschaft zu beschränken, sondern die Kontrolle der Gesellschaft über die Ökonomie wiederherzustellen.

Die Ökonomie wird zu keinem Bereich mehr, in dem endlos Kapital akkumuliert werden kann

Die Waffen der Demokratischen Moderne gegen die drei Waffen der kapitalistischen Moderne, also die endlose Kapitalakkumulation, den Nationalstaat und den Industrialismus, sind die Demokratische Nation, die Kommune und die Ökologie. Die Demokratische Moderne bezweckt hierdurch nicht allein, die barbarischen Auswirkungen des Kapitalismus auf die Gesellschaft zu beschränken, sondern die Kontrolle der Gesellschaft über die Ökonomie wiederherzustellen. Der Inhalt der ökonomischen Autonomie gleicht dadurch weder dem Privat- noch dem Staatskapitalismus. Ihr Inhalt stellt die demokratische Wirtschaft auf der Basis einer ökologischen Industrie und der kommunalen Wirtschaft dar. Die Grenzen, die der Industrie, dem wirtschaftlichen Aufschwung, der Technologie und dem Privateigentum gesetzt werden, sind diejenigen Grenzen, welche die ökologische und demokratische Gesellschaft schützen. Es gibt keinen Platz für Industrie, Technologie, wirtschaftlichen Aufschwung und Verstädterung, die der Ökologie und der demokratischen Gesellschaft zum Nachteil gereichen. Die Ökonomie wird zu keinem Bereich mehr, in dem endlos Kapital akkumuliert werden kann. Innerhalb der ökonomischen Autonomie wird die Kapitalakkumulation auf ein Minimum begrenzt. Das Diktat der Kapitalakkumulation wird gebrochen, aber dies bedeutet nicht, dass der Markt, der Handel, die Vielfalt an Produkten und das Konkurrenzverhalten per se verboten werden. Der Finanzmarkt wird nur in dem Maße aufrechterhalten, als dass er zum Nutzen der Gesellschaft ist. Die Möglichkeit allerdings, „das Geld arbeiten zu lassen", also Geld ausschließlich durch Geld zu verdienen, wird als die primitivste Form der Ausbeutung angesehen und innerhalb der ökonomischen Autonomie verboten werden.

Für die Demokratische Moderne ist die „heiligste Arbeit" der Natur- und Umweltschutz

Zu den wertvollsten Arbeitstätigkeiten werden der Naturschutz und die Bewaldung der Umwelt gehören. Die Förderung dieser Tätigkeit würde allein ausreichen, um über riesige Zeiträume hinweg Arbeitslosigkeit zu unterbinden. Für den Kapitalismus ist die „heiligste Arbeit" dort zu suchen, wo die Profitspanne am größten ist. Für die Demokratische Moderne ist hingegen die „heiligste Arbeit" der Natur- und Umweltschutz. Denn ohne Kapitalismus und Industrialismus kann die Gesellschaft problemlos fortexistieren, aber ohne Erde und Bäume funktioniert dies nicht. Ohnehin wurzelt die systemische Arbeitslosigkeit darin, dass der Kapitalismus die Menschen von ihrer Erde, ihren Dörfern und ihren Wäldern entwurzelt hat. Für den Kapitalismus ist die Arbeitslosigkeit eine Notwendigkeit, um über ein Heer billiger Arbeitskräfte zu verfügen. Deshalb wird die Arbeitslosigkeit durch das System permanent künstlich reproduziert. Eine Rückkehr zum ökologischen Leben würde demgegenüber nicht nur der Arbeitslosigkeit ein Ende bereiten, sondern auch der krebsgeschwürartigen Verstädterung ein Ende setzen. So würde das ökologische Leben auch die Stadt retten. Die Verstädterung, welche die Städte wie einen Tumor wuchern lässt, ist eine krebsartige Krankheit. Die Krebserkrankung einzelner Menschen entsteht ohnehin nicht selten durch dieses städtische Leben, genauso wie eine Vielzahl anderer Krankheiten. Deswegen ist die Rückbesinnung auf die eigene Erde, die Bewaldung und die ökologische Landwirtschaft nicht nur eine Lösung für die Arbeitslosigkeit, sondern auch das Gegengift für eine Vielzahl städtischer Krankheiten.

Es handelt sich bei dem Besprochenen um eine wirtschaftliche Organisierung, die der Natur des Menschen am nächsten kommt. In der Kommune gibt es keinen Platz für Arbeit, die

nicht im Sinne der Gesellschaft ist und aus Zwang getätigt werden muss. Wir sprechen von einer Art des Lebens, die in der Menschheitsgeschichte stets als heilig und erstrebenswert angesehen wurde. Die ökonomische Autonomie ist das Rückgrat der Demokratischen Nation und somit ebenso bedeutsam wie die Selbstverteidigung der Gesellschaft. Genauso wenig wie die Gesellschaft ohne ihre Selbstverteidigung fortexistieren kann, ebenso wenig kann sie es ohne ihre ökonomische Autonomie, den Schutz ihres Bodens, der Bewaldung ihrer Umwelt und einer ökologischen und auf der Kommune basierenden Ernährung. Wenn die Gesellschaft die Kontrolle über ihre Ökonomie verliert, ist sie zum Niedergang verurteilt. Eine vollständige ökonomische Unabhängigkeit mag zwar eine unerreichbare Utopie sein, aber die Möglichkeit einer Ökonomie, bei welcher der gegenseitige Nutzen im Vordergrund steht und die interne Autonomie der Einheiten weitgehend garantiert wird, ist eine reale Möglichkeit unserer Gegenwart.

Dem Monismus und Nationalismus der Nationalstaaten kann allein durch den Geist der Demokratischen Nation Einhalt geboten werden

Es ist offensichtlich, dass die kapitalistische Moderne mit ihrem globalen Kapital schädlich und gefährlich für das Individuum und die Gesellschaft ist. Demgegenüber stellt die Demokratische Moderne eine Alternative dar, die den Ausweg aus wiederkehrenden wirtschaftlichen Krisen, Arbeitslosigkeit und Hungersnot aufzeigt. Die Theorie der Demokratischen Nation zeichnet den Lösungsweg hin zur Demokratischen Moderne. Die Demokratische Nation stellt auch den Gegenentwurf zur Theorie der Nationalstaaten dar, welche die Kulturen dieser Welt einem Metzger gleich in kleine Stücke schneiden und voneinander separieren. Die Demokratische Nation versucht demgegenüber die Möglichkeit einer freien und demokratischen Ganzheit dieser Kulturen aufzuzeigen. Dem Monismus und Nationalismus der Nationalstaaten kann allein durch den Geist der Demokratischen Nation Einhalt geboten werden. Selbst die türkische Welt, zersprengt vom Balkan über den Kaukasus bis hin nach Zentralasien, kann diesen Zustand, der gekennzeichnet ist durch das Anhimmeln des Nationalstaates und die gegenseitige Zermürbung aufgrund einer orientalistisch-positivistischen Weltauffassung, allein mithilfe der Demokratischen Nation überwinden. Nur durch diese Theorie können die Turkvölker sich auf eine gleichberechtigte, demokratische und freie Weise vereinen. Der Geist der Demokratischen Nation kann den passenden Rahmen für eine gemeinsame Perspektive der verschiedensten Kulturen der Region bis nach Zentralasien und Indien ermöglichen. Gegen die Katastrophen des Nationalstaates ist die Demokratische Nation die Garantie für Gleichberechtigung, Freiheit und demokratisches Leben. Sie ist das neue Paradigma eines freiheitlichen Auswegs aus dem permanenten Chaos.

Selbstverständlich braucht die Demokratische Nation einen Körper, in dem sie Ausdruck findet. Diesen Körper bezeichnen wir als die Demokratische Autonomie. Man kann die Demokratische Autonomie im engeren und im weiteren Sinne definieren. Im weiteren Sinne ist die Demokratische Autonomie der Ausdruck der Demokratischen Nation. Die Demokratische Nation kann wiederum in verschiedene Dimensionen, wie die kulturelle, ökonomische, soziale, rechtliche und weitere, unterteilt werden. Im engeren Sinne stellt die Demokratische Autonomie die politische Dimension der Demokratischen Nation dar. Man könnte die Demokratische Autonomie in diesem Sinne auch als Demokratische Autorität oder Demokratische Verwaltung bezeichnen. Man kann sich die Demokratische Autonomie nicht ohne Selbstverwaltung vorstellen. Jegliche Form der Nation verfügt über eine eigene Verwaltung. Verfügt sie darüber nicht, stellt sie auch keine Nation dar.

In der Demokratischen Nation kann sich der Bürger als freies Individuum entfalten. Der Bürger des Nationalstaates hingegen stellt ausschließlich den Sklaven der kapitalistischen Moderne dar. Der kapitalistische Individualismus findet seinen Gott im Nationalstaat und ist unbedingter Sklave dieses Gottes. Der Bürger der Demokratischen Nation ist demgegenüber der Ausdruck des freien Individuums. Aber ebenso sehr wie der Bürger der Demokratischen Nation frei ist, so sehr ist er auch kommunal. Der Bürger findet seine individuelle Freiheit in der Freiheit seiner gesellschaftlichen Kommune wieder. Diejenigen, die kein kommunales Leben führen, können auch ihre Individualität nicht zum Vorschein bringen.

In der Demokratischen Nation kann sich der Bürger als freies Individuum entfalten. Der Bürger des Nationalstaates hingegen stellt ausschließlich den Sklaven der kapitalistischen Moderne dar. Der kapitalistische Individualismus findet seinen Gott im Nationalstaat und ist unbedingter Sklave dieses Gottes. Der Bürger der Demokratischen Nation ist demgegenüber der Ausdruck des freien Individuums.

Die Kommunen selbst können äußerst unterschiedlich sein. Es gibt sie in jedem erdenklichen Lebensbereich. Das Individuum kann dabei auch Teil mehrerer Kommunen sein. Wichtig ist dabei nur, dass seine Begabungen und Interessen innerhalb der Kommune die Möglichkeit zur Entfaltung finden. Es kann an denjenigen Kommunen partizipieren, in denen es diese Möglichkeit für sich entdeckt. Mit seiner Partizipation trägt das Individuum aber zugleich auch eine moralische Verantwortung gegenüber seiner Kommune. Die Moral bedeutet in diesem Zusammenhang also Respekt und Verbundenheit gegenüber dem kommunalen Leben. Die Kommune wiederum schützt und stärkt ihre Mitglieder. Die moralische Verantwortung gegenüber der Gesellschaft ist ohnehin integraler Bestandteil der menschlichen Geschichte.

Der demokratische Charakter einer Kommune kann auch im Begriff der politischen Kommune oder Gemeinschaft zum Ausdruck kommen. Eine Kommune, die nicht demokratisch ist, kann auch nicht politisch sein. Und eine Kommune, die nicht politisch ist, kann wiederum nicht frei sein. Es besteht demnach ein enges Band zwischen dem demokratischen, dem politischen und dem freien Charakter einer Kommune. Deswegen muss die Demokratische Nation zunächst einmal das Individuum und die Kommune, auf denen sie aufbaut, auf diese Weise definieren. Es gibt zwei Voraussetzungen für die Demokratische Nation. Diese wären das freie Individuum und die Realisierung des freien Individuums im Prozess der demokratischen Politik innerhalb seiner Kommune. In unserem Zeitalter gibt es zwei Möglichkeiten, die politische Gesellschaft zur Nation werden zu lassen. Der traditionelle kapitalistische Weg, der über den Nationalstaat führt und gekennzeichnet ist durch die nationalistische und religiöse Politik der kapitalistischen Moderne, sagt aus, dass eine Gesellschaft, die über keinen Staat verfügt, oder deren Staat sich im Verfallsprozess befindet, sofort zu einem neuen Nationalstaat geführt werden muss. Der zweite Weg der Nationenwerdung führt über den Weg der Demokratischen Nation. Die Tatsache, dass der Nationalstaat zum gegebenen Zeitpunkt keine Probleme der Gesellschaft mehr löst, sondern sie permanent vermehrt und vergrößert, macht die Alternative der Demokratischen Nation noch dringender. Die Demokratische Nation zwingt sich auf, sei es durch Reformen oder durch Revolutionen. In der Aufstiegsphase des Kapitalismus drängte sich der Nationalstaat auf, in seiner Niedergangsphase ist es die Demokratische Nation. In der Phase der Umsetzung der Demokratischen Nation kommt es im sozialen Leben zu großen Umbrüchen. Das traditionelle Leben der kapitalistischen Moderne wird grundlegend in Frage gestellt. Die vorherige Gesellschaft wird in ihren Grundfesten erschüttert.

Die Demokratische Nation beruht weder auf Staat noch auf Herrschaft

Zunächst einmal bedeutet die Demokratische Nation das Beharren auf der Gesellschaft. Sie ist die Alternative zur Verneinung der Gesellschaft. Sie stellt sich der Auslöschung der Gesellschaft durch die Herrschaft und den Staat entgegen. Sie verkörpert die freie und gerechte Gesellschaft gegen die aktuelle Gesellschaft, welche Ungerechtigkeit und Sklaverei am laufenden Band produziert. Die Demokratische Nation ist somit Voraussetzung für ein gesundes gesellschaftliches Leben. Sie schafft praktisch die Gesellschaft neu, die durch den Nationalstaat ausgelöscht worden ist. Und nur einer gesunden Gesellschaft kann ein gesundes Individuum entspringen. Das Individuum erreicht dadurch seine mentale und geistige Gesundheit, was wiederum seine Resistenzkraft gegen physische Krankheiten ebenfalls stärkt.

Das Bildungsverständnis der Demokratischen Nation zielt auf die Erziehung des freien Bürgers ab. Dies beruht zugleich auf der Überzeugung, dass die Entwicklung des Individuums und die Entwicklung der Gesellschaft in einem dialektischen Verhältnis zueinander stehen. Die Demokratische Nation ist diejenige Nation, in der die Gesellschaft sich ihrer selbst bewusst ist und sich selbst verteidigt. In der Schaffung der Demokratischen Nation spielt die Befreiung der Frau eine ganz besondere Rolle. Denn die Befreiung der Frau ist gleichbedeutend mit der Befreiung der Gesellschaft. Und die befreite Gesellschaft ist die Demokratische Nation.

Das Bildungsverständnis der Demokratischen Nation zielt auf die Erziehung des freien Bürgers ab. Dies beruht zugleich auf der Überzeugung, dass die Entwicklung des Individuums und die Entwicklung der Gesellschaft in einem dialektischen Verhältnis zueinander stehen

Die Demokratische Nation beruht weder auf Staat noch auf Herrschaft. Das Volk wird zur Nation, indem es sich politisiert. Es ist aber auch nicht allein die Politisierung. Das Volk organisiert zugleich auch seine Selbstverteidigung, seine ökonomische, rechtliche, soziale, diplomatische und kulturelle Ökonomie. Und das alles, ohne zum Staat zu werden oder herrschaftliche Institutionen aufzubauen. Es organisiert dies alles allein auf Basis des Aufbaus seiner Demokratischen Nation. Wenn wir der kapitalistischen Moderne Glauben schenken wollen, dann steht lediglich der Nationalstaat alternativlos zur Auswahl. Und dieser Nationalstaat gibt sich zwar gemäß ihrer liberalen Ideologie als säkular, das ist er aber nicht. Ganz im Gegenteil, er ist derselbe theokratische Staat des Mittelalters mit nationalstaatlicher Lackierung. Um es mit Hegels Worten zu sagen: Der Nationalstaat ist die absolute Form der Göttlichkeit, der mit der Französischen Revolution auf die Erde niedergekommen ist. Das ist eine sehr treffende Umschreibung. Je genauer wir unter die Schale des Nationalstaates schauen, desto deutlicher werden wir darunter die Gottheiten der Frühzeit und des Mittelalters wiedererkennen. Wenn wir die Wirklichkeit des Kerns des Nationalstaates nicht auf diese Weise richtig begreifen, werden wir auch nicht in der Lage sein, nationale und gesellschaftliche Probleme richtig zu verstehen und zu lösen.

Um es auf den Punkt zu bringen: Die Lösung der Demokratischen Nation ist diejenige Lösung, die einen gerechten, freien und friedlichen Weg aus dem Chaos der kapitalistischen Moderne aufzeigt. Diese hat schon zu lange, und zwar seit mehr als vierhundert Jahren, ihre Nationalstaaten sich bekriegen lassen und somit die Gesellschaften zerstückelt und in ein Meer aus Blut getränkt. ♦

Der Text ist eine Übersetzung aus dem Buch:
KÜRT SORUNU VE DEMOKRATİK ULUS ÇÖZÜMÜ
Kültürel Soykırım Kıskacında Kürtleri Savunmak
Weitere Bücher von Abdullah Öcalan, in englischer Sprache, werden vorgestellt bei: http://www.ocalan-books.com/

Repression gegen KurdInnen in Frankreich am Beispiel Nedim Sevens

Instrumentalisiert für Profitinteressen

Nedim Seven im Interview

Der kurdische Politiker Nedim Seven, der in Frankreich mehrmals wegen seiner politischen Tätigkeit festgenommen und inhaftiert worden ist, spricht im Interview mit dem Kurdistan Report über die Repression gegen politisch aktive Kurdinnen und Kurden.

Können Sie für uns Ihren juristischen Kampf mit Frankreich zusammenfassen? Wann kamen Sie nach Europa? Wann wurden Sie das erste Mal festgenommen und wie ist die momentane Situation?

2006 kam ich nach Europa. Im März 2006 stellte ich aus diversen Gründen, der UN- und der französischen Gesetzgebung entsprechend, Antrag auf politisches Asyl. Zwischen März und Juni hatte ich eine vorübergehende Aufenthaltsberechtigung, die jedoch nicht für Reisen außerhalb Frankreichs galt. Am 1. August 2006 wurde ich an der belgisch-niederländischen Grenze, in der Region Maastricht, in Gewahrsam genommen. Dies war ein im Voraus geplanter Spezialeinsatz, an dem selbst die holländische Polizei teilnahm. Grund für die Festnahme war allerdings nicht, so wie behauptet, die Tatsache, dass die französische Aufenthaltsberechtigung in Holland nicht galt.

Die holländische Polizei gab bekannt, dass Interpol mit „Roter Notiz“ nach mir fahndete. Nachdem das Maastrichter Gericht meine Inhaftierung veranlasst hatte, blieb ich viereinhalb Monate im Gefängnis Vught in der „Extra Gesicherten Einrichtung“ (EBI) in Einzelhaft. So kam es zu meiner ersten Festnahme in Europa.

Obwohl ich zwischen März und August 2006 jede Region Frankreichs bereiste und jeder bürokratischen Prozedur regulär nachkam, wurde mir von keiner einzigen französischen Behörde mitgeteilt, dass nach mir mit einer „Roten Notiz“ gefahndet wurde. Zwischen dem 17. Oktober und dem 5. Dezember wurde der türkische Auslieferungsantrag vom Maastrichter Gericht abgelehnt. Auf Grund des Schengener Abkommens wurde ich von Holland an Frankreich ausgeliefert, wo mein Asylantrag noch lief. Nach einer Bearbeitungszeit von 30 Minuten bekam ich erneut die vorübergehende Aufenthaltsberechtigung.

Ich habe die holländische Regierung auf Schmerzensgeld verklagt, auf Grund der ungerechtfertigten Verfahren und der verschärften Isolationshaftbedingungen. Ich gewann die Klage.

Zu einem Zeitpunkt während des ordnungsgemäßen Verfahrens, als ich mich in keinerlei ungesetzliche Situation gebracht habe, wurden 18 kurdische PolitikerInnen und ich am 5. und 6. Februar 2007 bei einem von französischen Anti-Terror-Gerichten veranlassten Einsatz festgenommen, der das Resultat internationaler Planung war und die „Imralı-Akte“ genannt wurde. Vom 9. bis 22. Februar saßen wir im Gefängnis und wurden nach kurzer Zeit unter Auflagen freigelassen. Die französische Regierung benutzte, in Kooperation mit türkischen Stellen, die kurdische Frage als ökonomische Trumpfkarte im Spiel mit der Türkei und den USA. Dies gelang der Regierung über uns, indem wir ungerechten Einsätzen, Angriffen und Razzien ausgesetzt waren.

Am 7. Juli 2007 wurde ich mit zwei weiteren Freunden, ohne jeglichen Beweis und obwohl wir unter Aufsicht standen, zum zweiten Mal bei einer Hausdurchsuchung sechs Stunden lang festgehalten, anschließend unter verschärften Auflagen freigelassen. Als wir erfuhren, dass am 12./13. September türkische Verantwortliche nach Frankreich eingeladen waren, um uns zu befragen, bin ich nach Italien geflüchtet. Da ich um die Verhandlungen mit der türkischen Regierung wusste, blieb ich eine Weile in Italien. Am 12. März 2008 wurde ich am Flughafen in Rom von der italienischen Polizei erneut in U-Haft genommen. Während ich zivilrechtlich in Rom im Gefängnis saß, wurde ich illegal nach Neapel entführt. Dort wurde ich dreieinhalb Monate unter verschärften Sicherheitsbedingungen festgehalten, und am 6. Mai wurde über meine Auslieferung an Frankreich entschieden.

Wegen eines offenen Verfahrens und meines laufenden Asylantrags wurde ich am 19. Juni nach Frankreich zurückgeschickt. Der Antrag türkischer Verantwortlicher auf meine Auslieferung an die Türkei wurde seitens des Zivilgerichtes in Rom am 22. Dezember 2009 abgelehnt. Vom 19. Juni 2008 bis zum 26. Februar 2010 saß ich im Gefängnis La Santé in Paris. In dieser Zeit fand sich am 22. August 2008 eine türkische Delegation (Staatsanwaltschaft, Polizei, Geheimdienst, insgesamt fünf Personen) gesetzeswidrig beim französischen Richter ein. Ich habe jedoch, gestützt auf die UN-Menschenrechtscharta und deren Bestimmungen zum Schutz politischer Flüchtlinge, die Aussage verweigert. Im Mai 2009 wurde ich zur gesetzeswidrig geplanten Gegenüberstellung mit Geständigen der türkischen Seite in einen Gerichtssaal gebracht. Als die

nicht erschienen sind, wendete sich der Fall zu meinen Gunsten.

Die türkisch-französischen Verhandlungen und das Gerichtsverfahren in Frankreich liefen zeitgleich. Das war völlig gesetzeswidrig. Nicht zuletzt wurde von französischer Seite, entgegen den zu meinen Gunsten gefällten Entscheidungen, auf türkischen Antrag hin das Auslieferungsverfahren gegen mich erneut aufgenommen.

Von 2008 bis 2010 liefen drei verschiedene Verfahren, was ungesetzlich war. Am 27. Januar 2010 wurde am Zivilgericht von Paris der Antrag auf meine Auslieferung zum dritten Mal abgelehnt. Trotz der Gerichtsurteile von Maastricht, Rom und Paris zu meinen Gunsten war meine Auslieferung immer noch Gegenstand von Verhandlungen gewesen.

Das Urteil im ersten Verfahren ist letztes Jahr gefällt worden. Wie lautet es und wie bewerten Sie es?

Das erste Verfahren umfasst die Zeit vom 5./6. Februar 2007 bis zum Juli 2011. Abgesehen von einer Person wurden alle 18 Angeklagten zu Freiheitsstrafen von einem bis zu fünf Jahren auf Bewährung verurteilt, das kurdische Ahmet-Kaya-Kulturzentrum wurde geschlossen.

Gegen das Urteil wurde Einspruch eingelegt und das Verfahren wird ab dem 11. Februar 2013 wieder aufgenommen, neun Termine sind bis März angesetzt. Nichtsdestotrotz sollte das Urteil vom 2. November, das als politische Entscheidung zu werten ist, gut analysiert werden.

Die Verfahren waren mit der Begründung eingeleitet worden, dass die PKK sich auf der Terror-Liste der EU befindet. Anschließend wurden uns allerdings ausschließlich einfache strafrechtlich relevante Sachverhalte vorgeworfen und wir wurden auf dieser Grundlage verurteilt. Ein weiterer Beweis für die politische Natur des Urteils ist, dass wir zwar alle auf Bewährung verurteilt worden sind, uns jedoch ein fünfjähriges Politikverbot auferlegt worden ist. Das ist auch ein Indiz dafür, dass das Gericht sein ursprüngliches Vorhaben verfehlt hat.

Vergangenes Jahr wurden Sie erneut verhaftet. Was war der Grund, wie lange dauerte der Arrest und was sind die Folgen?

Am 4. Juni vergangenen Jahres war ich zu einer Volksversammlung im Kulturverein Villiers-le-Bel eingeladen, wo ich dann in Folge einer gesetzeswidrigen Durchsuchung festgenommen wurde. Die Bevölkerung dort reagierte auf diesen faschistischen Übergriff mit Widerstand. Angesichts dieses gesetzeswidrigen Übergriffes habe ich sowohl bei der polizeilichen Befragung als auch vor Gericht die Aussage verweigert. Am 25. August wurde ich der Staatsanwaltschaft gegenübergestellt und erfuhr dort vom Richter, wie dieser Einsatz gegen uns geplant worden war. Bei dieser Befragung habe ich lediglich auf Fragen geantwortet, die für den Verlauf relevant waren. Ich betonte, dass es für diesen Übergriff keinen Grund gebe und jeder Gesetzesgrundlage entbehre, und ich verurteilte die Tatsache, dass wir für den Dialog mit der Türkei insbesondere im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen instrumentalisiert werden. Nach acht Monaten bin ich unter Auflagen wieder aus dem Gefängnis La Santé entlassen worden, da sich keine fundierte Grundlage für die Anklage ergeben hatte.

Der Grund für meine Festnahme war der Vorwurf gewesen, Gelder für die Partei einzutreiben und aktives Mitglied der PKK zu sein. Dafür hatten sie allerdings keine konkreten Beweise. Momentan muss ich mich alle 48 Stunden melden, meine Unterschrift leisten. Es ist mir untersagt, den 78. Bezirk zu verlassen und Personen aus demselben Verfahren zu treffen, Versammlungen abzuhalten oder zu demonstrieren, das ist ebenfalls verboten. Der Anklageordner ist neu und die Angeklagten dieses Verfahrens befinden sich immer noch in Haft.

Nun hat sich in Deutschland ein Problem mit der Redefreiheit gezeigt, das nicht zuletzt auf Grund der jüngsten Ereignisse am Beispiel Muzaffer Ayatas deutlich geworden ist. Ihm wurde untersagt, auf Versammlungen zu sprechen und in Zeitungen zu schreiben. Was ist das Ziel Europas mit diesen Verboten?

Ich habe die Ereignisse um Muzaffer Ayata den Medien entnommen. Wie es aussieht, gilt dieser Beschluss für 15 Personen in Deutschland. Diese Entscheidung und die Vollstreckung stellen einen historischen Skandal dar und sind eine Schande für Deutschland. Im internationalen Recht gibt es so etwas nicht, weder im deutschen noch im europäischen Grundgesetz. Es ist nichts weiter als ein Resultat der deutsch-türkischen Beziehungen.

Ich habe die Publikationen Ayatas der letzten Jahre verfolgt. Er hat die faschistischen Machenschaften der AKP und den dunklen Hintergrund der Fethullah-Gülen-Bewegung entlarvt. Deshalb denke ich, dass diese Entscheidung auf Initiative aus der Türkei und deren Verbindung zum deutschen Innen- und Außenministerium hin getroffen worden ist. Die KurdInnen und ihre Verbündeten sollten diesem Skandal auf politischer wie auch juristischer Ebene entgegentreten.

Diese Handhabung erinnert an nationalsozialistische Wertvorstellungen, in denen Meinungs- und Redefreiheit keinen Platz hatten. Aus Intellektuellenkreisen sollte die Solidarität mit Ayata durch Publikationen und Konferenzen zum Ausdruck gebracht werden.

Das Verbot, auf keiner Versammlung reden und für keine Zeitung schreiben zu dürfen, ist aufs Schärfste zu kritisieren. Auch denke ich, dass dieses Verbot so bald wie möglich rückgängig gemacht werden sollte. Wenn nicht gerade die Wiederbelebung des Faschismus in Deutschland bezweckt wird, sollte sich schnellstmöglich von solchen Praktiken entfernt werden.

Wenn wir die Geschehnisse in Nah-/Mittelost berücksichtigen, zum Beispiel in Syrien, wäre es Ihrer Meinung nach vorteilhaft für die europäischen Staaten, in der Region kurz- oder langfristig eine Politik zugunsten herrschender Staaten zu betreiben?

In Anbetracht der Ereignisse in der Region könnte das kurzfristig in der Öl- und Energiepolitik vorteilhaft für die euro-

päischen Staaten sein. Aber mittel- und langfristig betrachtet könnte das für die europäischen Staaten von Nachteil sein und somit auch für den Bestand der Europäischen Union.

Zum Charakter des Kapitalismus gehört die Krise, die Hegemonial- und die Gewaltpolitik zu seiner Natur. In Italien, Griechenland und Spanien fand ein Machtwechsel bei den Regierungen statt, um den Profit der Kapitalisten zu sichern, dabei hat sich aber die Finanzkrise verschärft. Die gesellschaftlichen oppositionellen Bewegungen in Somalia, Libyen und in den arabischen Ländern werden vom Bund der Herrschenden aus verschiedener Perspektive dargestellt, die Grundidee der Aufstände verzerrt. Der neoliberale Bund der Herrschenden im Dienste der USA verfolgt das Ziel, in Afrika, in Nahost und in der arabischen Region sich langfristig seinen Teil an Öl, Wasser und Energie zu sichern. Außerdem zeigt er auch neokolonialistische Bestrebungen. Die Demokratie wird zweckentfremdet.

Die gesellschaftlichen Bewegungen, Frauen, die junge Generation und das Proletariat sind für die Bestimmung der Zukunft Hauptträger der Politik. Auch das kurdische Volk wird in diesen gesellschaftlichen Bewegungen in den europäischen Ländern und im Nahen/Mittleren Osten eine wichtige Dynamik für die Zukunft bilden. Nach 35 Jahren spielt das kurdische Volk eine bedeutende Rolle in der Politik. Die anschaulichen Paradigmen und Ideen Abdullah Öcalans, die das 21. Jahrhundert beschreiben oder neue Perspektiven für das 21. Jahrhundert bieten, werden mit der Zeit alle politischen Mächte beeinflussen. Ich kann das ganz klar sagen, dass jeder neue Tag für das kurdische Volk mit neuen Errungenschaften verbunden sein wird. Niemand wird sich diesem historischen Aufstieg widersetzen können. Jegliche Macht des Systems wird nach und nach zerfallen. Europa und die USA sind sich der Situation bewusst. Deshalb muss die EU, wenn sie an der Entwicklung der Menschenrechte interessiert ist, ihre Finanz- und Geschäftspolitik lassen und eine Politik für die Entwicklung der Menschenrechte und gesellschaftlicher Freiheit verfolgen. Die demokratische Entwicklung der EU ist nicht möglich mit den Beziehungen zu den herrschenden Machthabern in der Region, sondern nur dann, wenn die EU wahre Beziehungen zu den gesellschaftlichen Bewegungen unterhält, die als Ziel die Freiheit zum Prinzip haben.

Wir bedanken uns für das Interview.

Ich danke Euch und dem gesamten Team für die Möglichkeit, mich zu äußern.

Politisches Betätigungsverbot gegen den kurdischen Exilpolitiker M. Ayata

Wie in der Türkei, so auch in Deutschland

Monika Morres

Deutschlands Behörden machen keine halben Sachen, verlässlich insbesondere dann nicht, wenn es sich um politisch links und dazu noch ausländische Aktivistinnen und Aktivisten handelt. So hat das Ordnungsamt der Stadt Stuttgart mit Bezug auf § 47 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) dem kurdischen Exilpolitiker und Journalist Muzaffer Ayata (56) künftig jede politische Betätigung zugunsten der seit November 1993 verbotenen PKK/KADEK/KONGRA GEL/KKK und KCK untersagt, ausgeweitet auch auf ein Engagement für die Föderation kurdischer Vereine, YEK-KOM. Die ist zwar keineswegs verboten, doch wird sie vom Verfassungsschutz als legaler Arm der PKK bezeichnet. Muzaffer Ayata soll also künftig nicht mehr an öffentlichen politischen Versammlungen und Aufzügen teilnehmen oder Ämter übernehmen und ausüben dürfen. Dies habe auch für „politische Reden, Pressekonferenzen und schriftliche Veröffentlichungen" zu gelten. 1 000 Euro Zwangsgeld werden ihm im Falle einer Zuwiderhandlung angedroht. Diese Maßnahmen begründet das Ordnungsamt auch mit der Indizierung der PKK auf der EU-Terrorliste.

Verfolgt in der Türkei – verfolgt in der BRD

An dieser Stelle möchten wir den Leserinnen und Lesern einen Einblick geben in das Leben von Muzaffer Ayata, das geprägt ist von Verfolgung und Repression einerseits und dem starken Willen, sich nicht brechen zu lassen, seinen politischen Vorstellungen und Überzeugungen treu zu bleiben.

Herr Ayata wurde aufgrund seiner Aktivitäten wenige Monate vor dem Militärputsch (September) im März 1980 verhaftet und im Militärgefängnis von Amed (Diyarbakır)

mehrfach schwer gefoltert. Wegen „Separatismus“ hat das Gericht 1983 gegen ihn die Todesstrafe verhängt, die 1991 in eine 40-jährige Freiheitsstrafe umgewandelt worden ist. Im September des Jahres 2000 wurde er aus der Haft entlassen.

In seiner Haftzeit hat Herr Ayata durch zahlreiche Veröffentlichungen auf die Situation der Gefangenen in den türkischen Haftanstalten aufmerksam gemacht, sich zur Verbesserung der Haftbedingungen an Todesfasten beteiligt und sich für die Rechte des kurdischen Volkes eingesetzt. Er fungierte außerdem als Sprecher von PKK-Gefangenen, die insbesondere nach dem Militärputsch die Gefängnisse füllten.

Obwohl mit seiner auf Bewährung ausgesetzten Reststrafe von 20 Jahren **ein lebenslanges politisches Betätigungsverbot** verbunden gewesen ist, hat Herr Ayata sein Engagement bei der prokurdischen HADEP fortgesetzt, die jedoch im März 2002 verboten wurde. Wegen des zunehmenden Verfolgungsdrucks verließ er die Türkei und reiste im Jahre 2002 in die BRD ein. Hier sollte er die Europavertretung der HADEP/DEHAP leiten, weshalb sich der damalige Vorsitzende an das Auswärtige Amt gewandt hatte, um eine längerfristige Aufenthaltserlaubnis für Herrn Ayata zu beantragen. Das wurde genauso abgelehnt wie sein Asylantrag als „offensichtlich unbegründet“. Dennoch setzte er seine politischen Aktivitäten für die kurdischen Interessen ebenso fort wie seine publizistische Arbeit, die der leidenschaftlichen Suche nach Lösungswegen für den türkisch-kurdischen Konflikt gewidmet waren.

Repression setzt sich in Deutschland fort

Statt den Dialog mit Muzaffer Ayata aufzunehmen, zogen es die Behörden mit Rückendeckung der Politik vor, dem Kurden den strafrechtlichen Kampf anzusagen. So wurde er im August 2006 verhaftet und ihm angebliche „Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung“ (hier: PKK/KONGRA GEL, § 129 StGB) vorgeworfen. Das Gericht sah diese Beschuldigung als erwiesen an und verurteilte Herrn Ayata im April 2008 zu einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren und 6 Monaten. Es folgte eine Odyssee aus Verurteilung/Revisionen/Neuverhandlungen/Haftüberprüfungen/Beschwerden, was dazu führte, dass seine Haft um vier Monate reduziert worden ist, er diese Zeit aber bis zum bitteren Ende absitzen musste. Jeder Versuch seiner Verteidigung, den Haftbefehl aufheben zu lassen, wurde abgelehnt und mit Fluchtgefahr sowie dem Vorwurf begründet, Herr Ayata habe sich ausdrücklich nicht von seinen Aktivitäten, den Organisationen und seinen politischen Vorstellungen distanziert.

Außerdem hat er durch seine ausführlichen Prozesserklärungen (s. auszugsweise im AZADÎ-infodienst Nr. 65 v. April 2008; www.nadir.org/azadi) allergrößten Unmut bei Bundesanwaltschaft und der Richterschaft erregt, weil deren Interesse an den komplexen Hintergründen des politischen Konflikts äußerst begrenzt ist.

Doch nicht genug: Auf der Grundlage eines Haftbefehls des Schwurgerichts in Amed (Diyarbakır) vom Dezember 2007 beantragte die türkische Justizbehörde die Auslieferung von Herrn Ayata, weil er nach seiner Haftentlassung und nach Ausreise angeblich „Mitglied des PKK-Führungskomitees“ in Europa gewesen sei.

Obwohl bereits inhaftiert, erfolgte seitens OLG Frankfurt/M. im März 2008 allen Ernstes die Anordnung zur Auslieferungshaft gegen den Kurden. Im Mai 2009 dann hat die Bundesregierung eine Auslieferung abgelehnt und Herr Ayata wurde offiziell aus der Auslieferungshaft entlassen.

Tatsächlich konnte er erst am 7. Oktober 2009 die JVA Weiterstadt verlassen.

Politische Arbeit „schwere Gefahr“

Jedoch: Das Regierungspräsidium Stuttgart verfügte die Ausweisung von Herrn Ayata, wodurch er damit ausländerrechtlich in den Status der Duldung zurückkatapultiert wurde.

Ferner ist er nach der Haftentlassung dazu verpflichtet worden, sich täglich bei der Polizei zu melden und das Stadtgebiet von Stuttgart nicht zu verlassen.

Dass ihm jetzt eine weitreichende politische Betätigung verboten worden ist, begründet das Stuttgarter Ordnungsamt damit, dass sich Herr Ayata trotz aller ihm auferlegten Beschränkungen nicht hat davon abhalten lassen, sein Engagement fortzusetzen. Akribisch listet die Behörde die Veranstaltungen auf, wann, wo und zu welchem Thema er referiert oder teilgenommen hat bzw. in welchen Medien er aufgetreten ist oder Beiträge veröffentlicht hat. Wie perfide hierbei vorgegangen wird, soll folgender Passus aus dem Behördenbescheid zeigen, in dem auf ein im „Kurdistan Report“ erschienenes Interview hingewiesen wird, in dem Muzaffer Ayata Stellung nimmt zur aktuellen politischen Situation in der Türkei und zur Lage von Abdulah Öcalan. Hierzu bemerkt das Ordnungsamt u. a.: „Auch zur heutigen politischen Situation nahmen Sie Stellung, vermieden hier jedoch bis auf einen Satz eine Erwähnung der PKK, sondern sprachen immer von ‚die Kurden‘ bzw. dem ‚kurdischen Volk‘. Dies dürfte nach Einschätzung des Landesamts für Verfassungsschutz taktisch motiviert sein. Eine Distanzierung von Ihrer Zugehörigkeit zur PKK bzw. von deren politischen Zielen ist aus diesem Artikel jedenfalls nicht erkennbar.“

Für die Stuttgarter Ausländerbehörde jedenfalls liegt im vorliegenden Fall „ein besonderes öffentliches Interesse an der sofortigen Vollziehbarkeit vor, das über das Interesse hinausgeht, das das politische Betätigungsverbot selbst rechtfertigt“. Dies gelte es, „in Anbetracht der von Ihnen und Ihrer politischen Betätigung ausgehenden schweren Gefahr zum wirksamen Schutz der bedrohten und gefährdeten öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Bundesgebiet und den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland in vollem Umfang zu verhindern“. ♦

Siehe auch:
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/azadi/AZADIinfodienst/nr110/info110.pdf

Petition an die UNESCO für Hasankeyf und die Mesopotamischen Sümpfe!

Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung von Hasankeyf

In den letzten zwei Monaten haben sich zwei Entwicklungen rund um den zerstörerischen Ilısu-Staudamm und das Thema Wasser als Konfliktstoff ergeben. Zum einen handelt es sich um das 6. Weltwasserforum und das Alternative Weltwasserforum (FAME) und zum anderen um eine Petition an die UNESCO gegen den Ilısu-Staudamm.

Die genannte weltweit gestartete Petition an die UNESCO [*Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur*] wurde von insgesamt vier Organisationen aus dem Mittleren Osten initiiert; und zwar je eine aus der Türkei, dem Irak, Irakisch-Kurdistan und dem Iran. Das Zusammenkommen dieser zivilen Organisationen basiert hauptsächlich auf dem 2011 aufgebauten Netzwerk Ekopotamya, dessen Ziel die Kritik an der Wasserressourcen-Politik der Staaten Türkei, Irak und Iran und die Herausarbeitung von Alternativen ist (www.ekopotamya.org). Wahrscheinlich ist es ein Novum für eine enge Zusammenarbeit ziviler Organisationen/Bewegungen aus diesen drei autoritär geführten Staaten. Oft haben sich die Zivilorganisationen dieser Staaten direkt an ähnliche Organisationen in westlichen Staaten gewandt und kooperiert. Doch untereinander gab es (fast) keine Beziehungen, was nun langsam, aber sicher überwunden wird. Damit tragen Kampagnen und andere Aktivitäten dazu bei, dass sich die verschiedenen Ethnien besser verstehen und den von den Staaten verbreiteten Nationalismen entgegentreten.

In der seit langem angedachten und vorbereiteten Petition wird die UNESCO, genauer gesagt das Welterbekomitee (WHC – World Heritage Committee; befindet über die Kriterien für eine Aufnahme in die „Liste des Welterbes"), aufgefordert, für den Erhalt der vom Ilısu-Staudamm bedrohten Welterbestätten aktiv zu werden. Natürlich ist den vier Initiatoren bewusst, dass Stätten nur durch einen Antrag der Zentralregierungen in die UNESCO-Liste von Welterbestätten aufgenommen werden können. Nichtsdestotrotz kann ein ernsthaftes Engagement der UNESCO bzw. des WHC – verursacht durch den Druck der Öffentlichkeit – einige Staaten in Bedrängnis bringen. So ist es notwendig, dass so viele Unterschriften wie möglich zusammenkommen. Hier ist jeder gefragt.

Es ist uns klar, dass der Ilısu-Staudamm hauptsächlich durch Widerstand in der betroffenen Region gestoppt werden kann. Jedoch kann eine solche, international Beachtung findende Petition einen gewissen und wichtigen Beitrag leisten. Mehrere zehntausend oder gar hunderttausende Unterschriften können zudem Bewusstsein bei weiteren Menschen wecken und sie zu Aktivitäten bewegen.

Zwischen dem 9. und dem 17. März 2012 fand in Marseille das seit fast zwei Jahren vorbereitete FAME gegen das 6. Weltwasserforum statt. Nach dem 5. Weltwasserforum vor drei Jahren in Istanbul wurde es zum ersten Mal in der Stadt des Weltwasserrats, des Ausrichters des Weltwasserforums, organisiert, und zwar von Wasserbewegungen wie auch von fortschrittlichen Wasserbetrieben, Kommunen und Regionen. Am FAME nahmen fast genauso viele Menschen teil (bis zu 5 000) wie am offiziellen Wasserforum, was sehr beachtlich ist. In 50 Workshops wurden alle Facetten der politischen Auseinandersetzung um Wasser kritisch behandelt. Dies zeigt das Interesse am wichtigsten Lebenselement unseres Planeten und das immer offenkundiger werdende Scheitern des Weltwasserforums, dessen eigentliches Ziel die Privatisierung von Wasserdiensten und -ressourcen ist. Ein wichtiger Unterschied zum vorherigen Wasserforum war, dass es kaum Menschen gab, die sich beide Foren angesehen haben – auch ein Ausdruck der klarer verlaufenden Fronten zwischen beiden „Seiten"! Ein weiterer Unterschied zu 2009 war der Fakt, dass die UN-Generalversammlung 2010 das Recht auf Wasser als Menschenrecht deklariert hat. Das hat keine Verbindlichkeit, ist aber ein politisches Signal, dass nicht alles unbegrenzt privatisiert werden kann. Doch heißt das lange nicht, dass die Konzerne nun Abschied nehmen von der Wasserprivatisierung. Sie suchen immer nach neuen Wegen; Formen, die auf den ersten Blick nicht wie Privatisierung aussehen.

Mehr Infos:
www.fame2012.org
Link zur Petition: http://www.change.org/petitions/unesco-world-heritage-committee-save-world-heritage-on-the-tigris-river-in-mesopotamia
Eine deutsche Übersetzung der Petition ist in unserer Online-Ausgabe zu finden. ♦

Strafanzeige gegen Ministerpräsident Erdoğan wegen Kriegsverbrechen

Suche nach Gerechtigkeit

Nick Brauns

Als der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan anlässlich des 50. Jahrestag des „Gastarbeiter"-Anwerbeabkommens im vergangenen November zum Staatsbesuch nach Berlin kam, wurde er vor dem Auswärtigen Amt von Dutzenden kurdischen Demonstranten mit Mörder-Rufen empfangen. Die mit einem Großaufgebot anwesende Polizei verbot den Protestierenden dabei, Bilder von den Opfern türkischer Kriegsverbrechen zu zeigen. Angebrachter wäre es gewesen, den Verantwortlichen für die darauf zu sehenden Grausamkeiten dingfest zu machen. Denn gegen den türkischen Ministerpräsidenten war pünktlich zu dessen Deutschlandreise eine selbst in den Abend-Nachrichten des ZDF vermeldete Strafanzeige wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach dem Völkerstrafgesetzbuch eingebracht worden. Im Bonner Pahl-Rugenstein-Verlag ist diese vielbeachtete Strafanzeige unter dem Titel „Kriegsverbrechen der Türkei" nun vom „Verein für Demokratie und internationales Recht MAF-DAD" als Buch herausgegeben worden, um exemplarisch an Einzelbeispielen die grausame Realität des über 30-jährigen schmutzigen Kriegs des türkischen NATO-Partners gegen seine kurdische Bevölkerung aufzuzeigen und die Hintergründe zu beleuchten.

Grundlage der von den Hamburger Anwälten Britta Eder und Heinz-Jürgen Schneider eingebrachten Anzeige gegen Erdoğan sowie frühere und amtierende Verteidigungsminister und Generalstabschefs der Türkei sind zehn Verbrechen durch türkische Soldaten und Sicherheitskräfte wie extralegale Hinrichtungen kurdischer Aktivisten, die Schändung von Leichen getöteter Guerillakämpfer, Chemiewaffeneinsätze und Anschläge auf Zivilisten in den kurdischen Landesteilen der Türkei zwischen dem Jahr 2003 und dem Sommer 2011. Einzelschicksale zeugen von der Willkür und Brutalität der staatlichen Schergen ebenso wie der Untätigkeit der türkischen Justiz gegenüber diesen Verbrechen. So wurden am 21. November 2004 der unbewaffnete Ahmet Kaymaz und sein 12-jähriger Sohn Uğur vor ihrem Haus in Mêrdîn/Qoser (Mardin/Kiziltepe) von Mitgliedern einer Sondereinheit der Polizei grundlos durch eine Vielzahl von Schüssen getötet. Die Mörder in Uniform beriefen sich auf „Notwehr" und wurden freigesprochen. Der Guerillakämpfer Abbas Amani geriet nach einem Gefecht am 26. August 2005 mit einer Schusswunde am Bein und unbewaffnet in Gefangenschaft, wie durch Fotos belegt ist. Nach einem Verhör wurde er getötet. Die Autopsie ergab einen „Schaden am Rückenmark nach Genickbruch und Eintritt des Todes durch Verlust des Kreislaufs und der Atmung". Die türkische Justiz stellte ein Verfahren gegen die verantwortlichen Soldaten im Jahr 2009 mit der Begründung ein, Amani sei an seinen im Gefecht erlittenen Verletzungen gestorben. Die 12-jährige Ceylan Önkol wurde am 28. September 2009 beim Weiden von Schafen von einem Sprengkörper getötet. Zeugenaussagen und ein gerichtsmedizinisches Gutachten legen nahe, dass ein Armeeangehöriger das eindeutig als Zivilperson erkennbare Mädchen durch einen Schuss aus einem Granatwerfer tötete und die Explosion nicht etwa – wie von Armeeseite behauptet – durch einen Blindgänger erfolgte. Als Unterzeichnerstaat des Chemiewaffen-Übereinkommens hat sich die Türkei verpflichtet, keine derartigen Waffen einzusetzen. Doch der Menschenrechtsverein IHD hat eine ganze Reihe solcher Kriegsverbrechen dokumentiert. So setzte die türkische Armee im September 2009 gegen Guerillakämpfer der Arbeiterpartei Kurdistans PKK in einer Höhle bei Çelê/Colemêrg (Çukurca/Hakkari) chemische Kampfstoffe ein, durch die sechs PKK-Angehörige getötet wurden. Die leblosen Körper wurden anschließend zum Teil mit einem Panzerfahrzeug überfahren. Eine Menschenrechtsdelegation aus Deutschland hatte das Verbrechen im folgenden Jahr in der Türkei nachrecherchiert und ihr zugespieltes Bildmaterial veröffentlicht. Doch die türkischen Behörden halten die Obduktionsberichte und Akten zu dem Fall bis heute geheim. Am 21. August 2011 griff ein türkisches Kampfflugzeug vom Typ F-16 in der nordirakischen Kandilregion zwei zivile PKW mit Raketen an. Dabei wurden drei erwachsene Zivilisten und vier Kinder im Alter von sechs Monaten bis zu 11 Jahren getötet. Im Zusammenhang mit den regelmäßigen Luftangriffen auf mutmaßliche PKK-Guerillacamps in den Kandil-Bergen kam es zudem zu erheblichen Schäden an ziviler Infrastruktur und der Vertreibung der Bevölkerung aus ihren Dörfern. Unter den Anzeigestellern gegen Erdoğan befinden sich neben den Angehörigen der kurdischen Opfer auch der Bundestagsabgeordnete Harald Weinberg und die Nürnberger Stadträtin der Linkspartei Marion Padua, die im Juni 2011 als Wahlbeobachter in der kurdischen Stadt Şirnex (Şırnak) nur knapp einem offenbar von Sicherheitskräften zu verantwortenden Bombenanschlag entgingen.

All diese durch Zeugenaussagen und Fotomaterial dokumentierten Verbrechen sind nur die „Spitze eines Eisbergs, der

zu Recht als Staatsterror bezeichnet wird", schreibt der Hamburger Völkerrechtler Norman Paech, der selbst zu den Anzeigeerstattern gehört. Dies ist wohl wahr. So fanden zwei der grausamsten Verbrechen dieses schmutzigen Krieges erst nach Erstattung der Anzeige statt beziehungsweise wurden erst danach bekannt. So wurden 34 Dorfbewohner im türkisch-irakischen Grenzgebiet bei Qilaban/Şirnex (Uludere/Şırnak) am 28. Dezember 2011 bei einem Luftangriff zerfetzt. Den Armeeposten in der Region war bekannt, dass es sich bei den zum Teil minderjährigen jungen Männern um unbewaffnete Zivilisten handelte, die im Grenzhandel tätig waren, und nicht um bewaffnete Guerillakämpfer. Und Ende Februar 2012 wurde durch Aussagen entlassener Gefangener gegenüber dem Menschenrechtsverein bekannt, dass Kinder und Jugendliche im Jugendgefängnis von Pozanti bei Adana jahrelang von erwachsenen kriminellen Mitgefangenen vergewaltigt und von den Gefängniswärtern gefoltert wurden. Die jungen Kurden waren im Zusammenhang mit politischen Aktionen verhaftet und zu langjährigen Haftstrafen als „Terroristen" verurteilt worden, ihnen werden Steinwürfe auf Polizisten und die Teilnahme an nicht genehmigten Demonstrationen vorgeworfen. Die Journalistin, die den Skandal ans Tageslicht gebracht hatte, wurde kurz darauf zusammen mit weiteren Kollegen unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung selber inhaftiert.

„Wo Krieg herrscht, sind Kriegsverbrechen an der Tagesordnung", weiß Norman Paech. „Diese hässliche Symbiose von Krieg und Verbrechen ist nicht neu, neu hingegen ist die Möglichkeit, diese Verbrechen vor die Gerichte zu bringen und die Täter zur Verantwortung zu ziehen." So ermöglicht das 2002 vom deutschen Gesetzgeber beschlossene Völkerstrafgesetzbuch die Verfolgung schwerer Kriegsverbrechen auch dann, wenn diese weder durch den Tatort noch durch Täter oder Opfer eine Beziehung zu Deutschland haben. Dahinter stehe der Wille, die Kriegsführung „mit allen Mitteln zu zivilisieren und zu humanisieren, ohne dabei auf die kriegführenden Parteien angewiesen zu sein". Bei der Benennung Erdoğans und seiner Generalstabschefs und Verteidigungsminister als Verantwortliche für die angezeigten Verbrechen stützen sich die Einreicher der Anzeige auf die völkergewohnheitsrechtlich durch den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) und das Tribunal für die Kriegsverbrechen im früheren Jugoslawien anerkannte Verantwortlichkeit militärischer Befehlshaber und ziviler Vorgesetzter an den Taten ihrer Untergebenen. Dass Erdoğan persönlich eine generelle völkerstrafrechtsrelevante Vorgehensweise der Sicherheitskräfte angeordnet, gebilligt und öffentlich gerechtfertigt hat, zeigt etwa seine Äußerung von Ende März 2006, als es nach einem mutmaßlichen Chemiewaffeneinsatz gegen Guerillakämpfer in ihrem Winterlager zu massiven Protesten in den kurdischen Städten kam. „Ich wende mich an die Mütter und Väter. Diejenigen, die ihre Kinder auf die Straße schicken, die erlauben, dass sie von Terrororganisationen benutzt werden, wenn ihr morgen weint, wird es vergeblich sein. Auch wenn es sich um Kinder oder Frauen handelt, wer auch immer, wer zum Instrument des Terrors wird, gegen den werden unsere Sicherheitskräfte eingreifen, wie es nötig ist." Im Zusammenhang mit dieser Äußerung wurden fünf Kinder und drei Jugendliche von Sicherheitskräften erschossen.

Ergänzt wird die Strafanzeige durch die Darstellung der Hintergründe der kurdischen Frage seit Ende des Ersten Weltkrieges. Mit dem Lausanner Abkommen von 1923 wurde von den Großmächten und der kemalistischen Führung der Türkei über die Köpfe der Kurden hinweg die Aufteilung ihres Siedlungsraums auf drei Staaten verfügt. Kurz nach Gründung der türkischen Republik setzte dann eine Verleugnungs- und Assimilationspolitik gegen nichttürkische Bevölkerungsgruppen ein, Hunderttausende Kurden wurden in den 20er und 30er Jahren von der Armee ermordet oder in andere Landesteile deportiert. Die einst allmächtige Rolle des Militärs, das sich 1960, 71 und 80 an die Macht putschte und 1997 die gewählte Regierung zum Rücktritt zwang, wird in der Hintergrunddarstellung ebenso beschrieben, wie die von den Anzeigestellern als „Staatsterrorismus" definierte Rolle des für unzählige Morde an Oppositionellen verantwortlichen „tiefen Staates" aus Geheimdienst, Konterguerilla und Mafia. Durch die sogenannte Ergenekon-Operation hat die seit 2002 allein regierende islamisch-konservative AKP von Ministerpräsident Erdoğan die Armee inzwischen entmachtet. Hunderte zum Teil hochrangige Offiziere einschließlich des früheren Generalstabschefs İlker Başbuğ, gegen den sich die deutsche Strafanzeige wegen Kriegsverbrechen auch richtet, befinden sich heute in Untersuchungshaft. Doch keiner der inhaftierten Militärangehörigen wird wegen der in Kurdistan begangenen Kriegsverbrechen angeklagt. Sie werden vielmehr beschuldigt, Putschpläne gegen die AKP geschmiedet zu haben. Von daher ist das Ergenekonverfahren als Instrument eines „Elitentausches im Sinne der AKP" zu bewerten, die sich mit Hilfe der Gemeinde des pensionierten Imam Fethullah Gülen längst ihren eigenen islamischen „tiefen Staat" in Polizei und Justiz geschaffen und die einstige Macht des Militärs durch den Ausbau der Polizei zur Bürgerkriegstruppe ersetzt hat. An beispielhaften Fällen zeigen die Autoren der Strafanzeige, wie unter der von EU und Bundesregierung als demokratische Reformkraft hofierten AKP-Regierung grundlegende Rechte wie das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person, das Recht auf freie Meinungsäußerung und Religionsfreiheit sowie Frauen- und Kinderrechte weiterhin systematisch außer Kraft gesetzt und mit Füßen getreten werden. Zu verweisen ist hierbei auf die massenhafte Inhaftierung von mittlerweile fast 7 000 zivilen kurdischen Aktivisten und Politikern, darunter 31 Bürgermeistern und sechs Parlamentsabgeordneten der Partei für Frieden und Demokratie sowie zahlreichen Journalisten, Gewerkschaftern und Rechtsanwälten. Aufgrund ihrer kommunalpolitischen Arbeit, ihrer Zeitungsartikel, ihrer

„Ziel dieser Strafanzeige und dieses Buches ist es, bei der Suche nach Gerechtigkeit im Dickicht der Gesetze zu helfen wie ein kleines Licht im Labyrinth"

Anwaltstätigkeit für den gefangenen PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan, ihres Einsatzes für Menschenrechte und Frauenrechte sowie eine friedliche Lösung der kurdischen Frage wird ihnen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen.

„Die engen deutsch-türkischen Beziehungen im Bereich Politik, Wirtschaft, Militär, Rüstung und Sicherheit sind der offenbare Grund für die ‚schützende Hand' gegenüber den für Kriegsverbrechen Verantwortlichen“

„Ziel dieser Strafanzeige und dieses Buches ist es, bei der Suche nach Gerechtigkeit im Dickicht der Gesetze zu helfen wie ein kleines Licht im Labyrinth“, schreibt Öcalans aufgrund türkischer Verfolgung in Deutschland lebender Rechtsanwalt Mahmut Şakar im Nachwort. Şakars Hoffnung, dass die zuständigen deutschen Justizbehörden zu dieser Suche nach Gerechtigkeit beitragen werden, wurde mittlerweile enttäuscht. Die Bundesanwaltschaft weigerte sich Anfang Februar 2012, die Ermittlungen überhaupt einzuleiten und begründet dies ausschließlich mit formalen Gründen. So wird dem türkischen Ministerpräsidenten entgegen der Rechtsprechung des Internationalen Strafgerichtshofs und den Zielen des Völkerstrafrechts „uneingeschränkte Immunität“ zuerkannt. Von einer Verfolgung des türkischen Verteidigungsministers und des Generalstabschefs sieht die Bundesanwaltschaft nach Paragraph 153 f der Strafprozessordnung ab, da zu erwarten sei, dass sich diese lediglich „auf amtliche Einladung der Bundesregierung im Bundesgebiet aufhalten werden“. Ein solches Absehen von Verfolgung ist allerdings nur dann möglich, wenn Deutsche weder als Täter noch als Opfer an den Taten beteiligt sind. Dies war aber bei dem Granatenanschlag auf die Linksparteipolitiker der Fall. Die Bundesanwaltschaft ignoriert zudem, dass sich einzelne Beschuldigte regelmäßig auf der alljährlich Anfang Februar rechtlich als Privatveranstaltung der Rüstungslobby firmierenden Sicherheitskonferenz in München aufhielten und damit sehr wohl dem Zugriff der deutschen Strafverfolgung ausgesetzt sein können. „Das Völkerstrafgesetzbuch wird von der Bundesanwaltschaft zum Gesinnungsinstrument degradiert“, beklagen die anzeigestellenden Anwälte. Zu Ermittlungen sei es bislang nur in politisch opportunen Fällen gegen Beschuldigte aus afrikanischen Staaten oder Ex-Jugoslawien gekommen, während Anzeigen gegen Politiker und Militärs aus NATO-Staaten wie den für das Massaker am Kundus verantwortlichen Bundeswehroberst Klein unter formalen Gesichtspunkten niedergeschlagen werden. „Die engen deutsch-türkischen Beziehungen im Bereich Politik, Wirtschaft, Militär, Rüstung und Sicherheit sind der offenbare Grund für die ‚schützende Hand' gegenüber den für Kriegsverbrechen Verantwortlichen“, vermutet Rechtsanwältin Britta Eder und kündigte Einspruch gegen die „politisch motivierte Ablehnung“ der Bundesanwaltschaft an. Auch wenn die Strafanzeige vorerst abgelehnt ist, kann sie als gut dokumentiertes Buch dazu beitragen, ein realistisches und nicht durch politische Rücksichtnahme verfälschtes Bild der Situation in Kurdistan zu zeichnen. Denn wie Mahmut Şakar im Schlusswort geschrieben hat: „Aber das Leben geht weiter. Genauso wie unsere Suche nach Gerechtigkeit.“ ♦

Britta Eder/Dr. Heinz-Jürgen Schneider:

„Kriegsverbrechen der Türkei – Strafanzeige nach dem Völkerstrafgesetzbuch gegen Ministerpräsident Erdoğan und die türkischen Generalstabschefs“

Pahl-Rugenstein Verlag
Bonn 2012
169 Seiten, 12,90 Euro
ISBN 978-3-89144-501-3



Kundgebung der Samstagsmütter in Amed. Um auf die gewaltsam verschwunden Menschen in der Türkei zu erinnern, protestieren die Samstagsmütter seit 18 Jahren in der Türkei. Sie fordern von der Regierung, die Verantwortlichen für das Verschwindenlassen ihrer Angehörigen zu finden, um sie vor Gericht zu stellen. Dieser Protest findet in mehreren Orten der Türkei regelmäßig statt.
Foto: Hamburger Delegation

Konflikte, Staatlichkeit, Gesellschaft und Religion zwischen Nahem Osten und Diaspora

Kurdistan im Wandel

Rezension von Anja Flach

In der Einleitung des Herausgebers heißt es, „Kurdistan im Wandel“ soll als Einführung in die Kurdistan-Frage gelesen werden können, aber auch darüber hinausgehende Fragestellungen diskutieren. Entstanden ist diese Textsammlung aus einem Seminar unter dem Titel „Konflikt und Staatlichkeit in Kurdistan“ 2008/09 an der Universität Wien. Es handelt sich überwiegend um Arbeiten der Studierenden.

Interessant sind teilweise die Arbeiten zur Geschichte Kurdistans, bzw. der kurdischen Diaspora. So zum Beispiel der Artikel über die Beziehungen von KurdInnen, ArmenierInnen und YezidInnen von Christopher Sisserian (S. 63 ff.), der u. a. an die Bedeutung von Radio Yerivan erinnert. „Täglich wurden [*ab 1956*] 90 Minuten qualitativ hochwertigen Programms gesendet (…), die meisten türkischen KurdInnen hatten niemals Kurdisch in irgendwelchen Medien gehört oder gelesen. Die Sendungen aus Armenien erinnerten viele daran, dass es möglich war, in dieser Sprache zu senden, und haben möglicherweise auch zum Kampf gegen die Diskriminierung beigetragen.“

Jahrelange Unmöglichkeit der Forschung im türkisch besetzten Teil Kurdistans, sowie eine Beschneidung der Forschungsgelder, sobald ein positiver Bezug auf die PKK genommen wird, haben sich nicht nur negativ auf die Literatur in der Türkei, sondern auch auf die kurdologische Forschung in Europa ausgewirkt.

Ebenso interessant der Artikel von Christoph Osztovics (S. 77 ff.) über die Geschichte der JüdInnen aus Kurdistan, die heute in Israel lebend die kurdische Heimat romantisch verklären. Gute Einführungen, eher historisch und von offensichtlicher Sachkenntnis, sind die Artikel von Saya Ahmad und Soma Ahmad über die Geschichte Irakisch-Kurdistans, wobei sich Ersterer mit der Geschichte vor 1991, Zweiterer mit der Geschichte nach 1991 bis heute befasst. Beide stammen aus Kirkuk und es ist im Gegensatz zu zahlreichen anderen Texten in dem Buch offensichtlich, dass sie ihr Wissen nicht nur aus Literatur beziehen. Auch der Artikel von Alicia Allgäuer und Mary Kreutzer über Frauen in Irakisch-Kurdistan ist eine faktenreiche Einführung, in der auch Prostitution oder Genitalverstümmelung, die in der Tat die meisten Frauen in Südkurdistan betrifft, zwischen 63 % in Hewler und bis zu 82 % beispielsweise in Diyana (S. 187), nicht verschwiegen werden. Trotzdem bleiben einige Fragen offen. Dasselbe gilt für den Beitrag von Gudrun Pabst über den Iran, immerhin die einzige Arbeit, die sich der kurdischen Befreiungsbewegung vorurteilsfrei, wenn auch nicht detailliert nähert. Gute Einführungen über Syrisch-Kurdistan bieten auch Joel Galehr und Aleksandra Wierzbicka. Eine Einführung in die Religionen Kurdistans wird von dem Herausgeber Thomas Schmidinger, sowie von Lars Dietrich über die YezidInnen sowie den Alevitismus wiederum von dem Herausgeber geboten.

Sehr interessant ist der Beitrag von Dr. Andrea Fischer-Tahir, die schon 2003 eine umfangreiche Forschungsarbeit über die Peschmerga mit dem Titel „Wir gaben viele Märtyrer“ veröffentlichte. Sie ist im deutschsprachigen Raum die Expertin für Südkurdistan. Ihr Beitrag „Über Genozid sprechen – Geschichtspolitik in Irakisch-Kurdistan“ macht deutlich, warum es so schwierig ist, eine Auseinandersetzung über die Anfal-Offensiven zu führen. Sie setzt sich kritisch mit dem Begriff Genozid im Zusammenhang mit den Anfal-Offensiven auseinander: Es „wird durch Akteurinnen im wissenschaftlichen Feld, vor allem aber im politischen, versucht, die Besonderheit der Anfal-Überlebenden in den Hintergrund zu drängen, und stattdessen betont, dass das gesamte Volk Opfer von Anfal gewesen sei. Dafür steht der Begriff ‚Genozidierung des kurdischen Volkes‘. (…) So erscheint die Niederlage der Peshmerga plötzlich in einem anderen Licht, sie konnten ja nichts ausrichten, denn es war Genozid“. (S. 175) Fischer-Tahir kritisiert, dass so soziale und politische Ungerechtigkeiten [*unter der KDP/PUK-Regierung*] zugunsten der Vorstellung von einem homogenen Volkskörper unsichtbar gemacht werden. Sie weist auch auf die Anfal-Witwen hin, die ihre Geschichte, nicht die ihrer verschwundenen Ehemänner erzählen wollen. So konnten sie ein Denkmal errichten, sich selbst in der Geschichte positionieren.

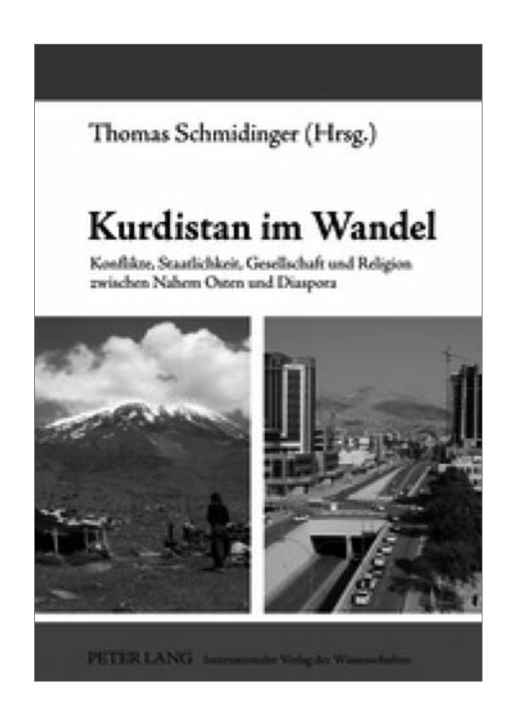
Soweit die Artikel, die nicht den türkisch besetzten Teil Kurdistans bzw. die PKK betreffen. Diese sind größtenteils weniger erfreulich. Allenfalls der Artikel von Julana Bredtmann ist einigermaßen objektiv. Es ist offensichtlich, dass keine/r der AutorInnen jemals selbst in Kurdistan war, bzw. sich intensiver mit der Bewegung auseinandergesetzt hätte. Wie sonst kommt Julia Grosinger z. B. zu der These, die „kurdische Diaspora in ihrer Heterogenität" könne „als relevanter ‚change agent' die politische Bühne betreten", um die PKK zu modernisieren (S. 104)? Abstrus auch der Artikel über die PKK in Syrien, von Wolfgang Hochmüller, dessen Quellen mehr als fragwürdig sind, wie z. B. der „Terrorism Monitor". Es sind viele durch nichts belegte Behauptungen in diesem Artikel, wie z. B. Syrien hätte Kader der PKK ausgebildet, oder die PKK sei 1998 militärisch am Ende gewesen.

Ein Artikel, der sich mit kurdischen Guerillafrauen befasst, von Agnes Rieder stützt sich zwar auf neue Literatur, überbetont aber den Aspekt der Ehre, von dem sich nordwestkurdische politisch aktive Frauen in einem mehr als 30 Jahre dauernden Kampf lösen konnten und heute eben aufgrund ihrer guten Organisierung nicht mehr Gefahr laufen zurückgedrängt zu werden. Aber Agnes Rieder glaubt, dass sie wie u. a. in El Salvador „am Ende des Kampfes wieder die traditionellen Rollen" einnehmen werden. Dieser Pessimismus kann nur durch mangelnde Kenntnis der zivilen kurdischen Frauenbewegung erklärt werden.

Jahrelange Unmöglichkeit der Forschung im türkisch besetzten Teil Kurdistans sowie eine Beschneidung der Forschungsgelder, sobald ein positiver Bezug auf die PKK genommen wird, haben sich nicht nur negativ auf die Literatur in der Türkei, sondern auch auf die kurdologische Forschung in Europa ausgewirkt. Ein Grund für diese Engstirnigkeit in der Betrachtung der PKK und ihr nahestehender Organisationen ist sicherlich die überwiegend schlechte Literaturlage. Alle älteren Arbeiten zu diesem Thema, auf die sich viele der oben genannten AutorInnen beziehen, zeichnen ein wenig aktuelles, von Eurozentrismus und paternalistischer Besserwisserei geprägtes Bild. Auch der antinationale Diskurs dürfte viel zu diesem undifferenzierten Bild beigetragen haben, mühen sich doch die meisten der AutorInnen mit der Nationalismusdiskussion ab, ohne zu sehen, dass die KurdInnen zunächst einmal den Tribalismus und die damit verbundene Kollaboration überwinden mussten und die PKK weit entfernt von einem nationalen Diskurs ist.

Eine solche wenig mutige und lösungsorientierte Wissenschaft trägt leider nicht dazu bei, dass Europa sich endlich ein realistisches Bild vom besetzten Kurdistan und dem Befreiungskampf machen kann. Im Gegenteil: Die AkteurInnen des Befreiungskampfes werden lediglich als Untersuchungsmaterial betrachtet, statt sich direkt mit ihnen auseinanderzusetzen. So wird ein überkommenes, vom türkischen Staat und seinen Waffenbrüdern inszeniertes Bild der PKK festgeschrieben, was letztlich auch dazu beiträgt, die Herrschenden in ihrer Verweigerung eines Dialoges und fortschrittliche Kreise in ihrer Ignoranz zu bestärken. Diese Haltung trägt zu einer Verlängerung des Krieges bei. Somit muss leider gesagt werden, dass zwar zahlreiche wertvolle Einführungen und auch Vertiefungen einiger Kurdistan-Thematiken etwa zur Religion, der Diaspora und zu Südkurdistan in dem Buch angerissen werden, aber das Ziel, „Kurdistan im Wandel" darzustellen, verfehlt wurde. Die großen Umwälzungen in Nordwestkurdistan, wie die breite Basisbewegung der Bevölkerung, die Frauenbewegung, ja die Lösungsvorschläge, die die PKK nicht nur für die Krise in Kurdistan, sondern für die Probleme der ganzen Region erarbeitet hat, werden ignoriert. Aufgabe fortschrittlicher Sozialwissenschaften sollte sein, in einem offenen gesellschaftlichen Prozess im Dialog mit den AkteurInnen, das freiheitliche Bewusstsein zu stärken und Lösungen für gesellschaftliche Probleme zu entwickeln, statt sie zu verstellen. Hinterfragt werden muss auch die reine Quellenarbeit, wenn diese offensichtlich schon von einer restriktiven Forschungslage, patriarchaler und ideologisch dem herrschenden Unterdrückungssystem verbundenen Sichtweise geprägt sind.

Angesichts des hohen Preises von 44,80 Euro ist die Textsammlung daher nur sehr eingeschränkt zu empfehlen. ♦



Schmidinger, Thomas (Hrsg.)
Kurdistan im Wandel
Konflikte, Staatlichkeit, Gesellschaft und Religion zwischen Nahem Osten und Diaspora
Erscheinungsjahr: 2011

http://www.peterlang.com/index.cfm?event=cmp.ccc.seitenstruktur.detailseiten&seitentyp=produkt&pk=53328

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-Mail: knk@kongrakurdistan.com

KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-Mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Ceni | Kurdisches Frauenbüro für Frieden
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-Mail: ceni_frauen@gmx.de

YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 451
E-Mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Internationale Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan
Postfach 100511, D-50445 Köln
Tel: (49) 221 130 15 59
E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com
http://www.freedom-for-ocalan.com

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V.
Büro für Internet und Öffentlichkeitsarbeit
Stahltwiete 10; 22761 Hamburg,
Tel: 040 / 42102845
E-Mail: isku@nadir.org
http://isku.org

Kurd-Akad. | Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V.
Postfach 102801, 44028 Dortmund
E-Mail: info@kurd-akad.com
http://www.kurd-akad.com

Österreich:
FEY-KOM
Jurekgasse 26
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9718824
E-Mail: info@feykom.at

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18, 00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-Mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: (33) 1 42 81 22 71
E-Mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-Mail: kurd-chr@freesurf.ch

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-Mail: fedko@dds.nl
http://www.fedkom.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-Mail: feykurd@kurder.dk
http://www.kurder.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-Mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-Mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ungarn:
KURDISZTÁNI INFORMÁCIÓS ÉS KULTÚRÁLIS EGYESÜLET
Dózsa György út 58; 1076 Budapest
(36) 30 405 8790, (36) 30 873 7521
E-Mail: info@kurdistan.hu
www.kurdistan.hu

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de
k.report@gmx.de

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro plus Portokosten

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Titelbild:
Hungerstreik in Straßburg nach 52 Tagen beendet
Foto: ANF

Rückseite:
Newroz 2012 wurde von der Bevölkerung gegen das Verbot der AKP-Regierung durchgesetzt.
Foto: H. Schultze

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



ISSN 0935-5375